

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.50 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern
alle oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beiträge...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 4. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiter Groß-Berlins! Gebt am Sonntag in den Massenversammlungen den Militärfanatikern wichtige Antwort auf den Versuch, weitere 136 000 Mann der Korporalsfuchtel zu unterstellen.

Die große Schröpfung.

(Schluß.)

IV. Demokratisierung des Heeres.

Es kann der Sozialdemokratie nicht genügen, das Ziel ihres militärischen Programms aufzustellen, sie muß auch für die Reformierung der augenblicklich bestehenden Heeresverfassung positive Vorschläge machen.

Niemals war die Gelegenheit günstiger, Vorschläge zur Befestigung offensichtlich feudaler Antiquitäten und für die Demokratisierung der Armee zu machen, als gegenwärtig, wo die Aussicht, bleichen zu müssen, die militärfrommsten Schwärmer ein wenig abkühlt.

- 1. Sofortige Einführung der zweijährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie.
2. Sofortige Einführung der einjährigen Dienstzeit für sämtliche Fußtruppen.
3. Bildung des Offizierkorps aus den dazu geeigneten Mannschaften.
4. Befestigung der militärischen Sondergerichtsbarkeit.
5. Dedung aller militärischen Ausgaben durch Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Einige dieser Vorschläge sind in einer Februarnummer des 'März' ebenfalls vertreten worden, und die beiden ersten Forderungen wurden erst kürzlich in diesem Blatte als 'Hindesforderungen' bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die dreijährige Dienstzeit tatsächlich schon heute nur noch für einen Teil der reitenden Truppen besteht.

Der dritten Forderung stehen — man denke nur an die kriegsgewaltigen Generale des ersten Bonaparte — am wenigsten militärische Bedenken gegenüber. Die ihr entgegenstehenden politischen Herrschaftsgründe können aber keine Veranlassung sein, auf die Propaganda dieser Forderung zu verzichten, und wir glauben, daß sie auch in nichtproletarischen Kreisen des deutschen Volkes Anklang finden wird.

Daß ferner die Schlagfertigkeit des Heeres dadurch nur gewinnen könnte, haben die Siege der Balkanstaaten über die Türkei bewiesen, zu denen der innige Zusammenhang zwischen Offizieren und Soldaten sein gut Teil beigetragen hat. Wer weiß, ob die Erklusivität unseres Offizierkorps für die deutsche Armee im Ernstfall nicht von den allerschlimmsten Folgen sein wird.

Ueber die Wichtigkeit und Notwendigkeit der vierten und fünften Forderung brauchen wir nicht viel zu sagen. Die militärische Sondergerichtsbarkeit ist mit ihrer beispiellosen Bevorrechtung der Offiziere und ihrer Rechtslosmachung der einfachen Soldaten fast im ganzen Volke ebenso unbeliebt,

wie die Dedung militärischer Ausgaben in der vorgeschlagenen Weise beliebt ist.

Die fünf Vorschläge machen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und manches könnte noch zur Ergänzung angeführt werden. Aber wichtig ist es, auch angesichts der neuen Heeresvorlage mit größtem Nachdruck auch unsere Einzelorderungen für die Reformierung des Heeres zu propagieren. Wir treten mit genau formulierten Vorschlägen auf allen Gebieten hervor, auch da, wo wir wissen, daß die völlige Umgestaltung in unserem Sinne erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist.

Besonders wichtig sind diese Einzelorderungen für die Agitation im Lande. Denn wir können auf dem Gebiete des Militarismus gar nicht anschaulich und populär genug sein. Und jeder Schritt zur Demokratisierung des Heeres (auch der allergeringste) ist um so wichtiger, als bei der restlosen Heranziehung aller nur eben Tauglichen die jungen Arbeiter ein stets wachsendes Kontingent stellen. Und wer weiß, ob dadurch die Zeit nicht näher rückt, in der der erste große Konflikt zwischen Proletariat und Bourgeoisie entsteht, weil ein solches Heer eine viel weniger taugliche Waffe für Angriff- und imperialistische Zwecke ist.

Die auswärtige Politik in der Budgetkommission.

Am Donnerstag nahm die Budgetkommission des Reichstags ihre Arbeiten mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des nationalliberalen Abg. Semler verlesen, worin er mitteilte, daß er in Zukunft keine kolonialreferate mehr übernehmen werde infolge der von sozialdemokratischer Seite gegen ihn gerichteten Angriffe.

Abg. Wasseremann berührte als Referent eine Anzahl schwebender politischer Fragen und verlangte vor allem Auskunft über die Situation auf dem Balkan.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, beantwortete in zum Teil vertraulichen Ausführungen eine Reihe von Fragen, die mit dem Balkankrieg im Zusammenhang stehen. Zunächst machte er Mitteilungen über die Entstehung des Balkanbundes, der, ursprünglich als eine Vereinigung sämtlicher Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei gedacht, infolge der ablehnenden Haltung der Pforte als eine Vereinigung der nicht türkischen Balkanstaaten zustande kam und mit der Spitze gegen die Türkei etwa im Juni 1912 endgültig abgeschlossen wurde.

Die Stimmung geschwankt, und der Kriegsbeginn sei gegen die Absicht der anderen Verbündeten durch den frühzeitigen Losbruch Montenegros erfolgt. Der Staatssekretär erörterte dann die verschiedenen diplomatischen Phasen des Krieges, besonders die albanische Frage, bei der die deutsche Diplomatie sich ständig auf Seiten unserer Verbündeten gehalten habe, unter Benützung jeder Gelegenheit zu vermittelndem Eingreifen.

Der Staatssekretär stellte hierbei fest, daß sämtliche Mächte dahin übereinstimmen, daß Skutari, die größte von Albanen bewohnte Stadt, zu Albanien geschlagen werden solle, nachdem über die Zuweisung von Zepi, Prizrend und Djakowa an die Balkanverbündeten eine Einigung erzielt worden sei.

Ueber den Gang der Verhandlungen, die den bulgarisch-rumänischen Ausgleich betreffen, lassen sich Einzelheiten gegenwärtig nicht mitteilen. Deutschland ist hier bemüht, den rumänischen Wünschen nach Möglichkeit zum Erfolg zu verhelfen.

Der Staatssekretär ging sodann auf den Zweck der gemeinsamen Note ein, die vor dem Sturze des Kabinetts Riamil an die Pforte gerichtet worden ist. Es handelte sich darum, nach dem Zusammenbruch der Türkei für diese das Mögliche zu sichern. Die Vorgänge in Konstantinopel machten die Bemühungen der Mächte fruchtlos.

Die Gesamtheit der finanziellen Fragen werde unter Zuziehung von Sachmännern in Paris erörtert werden. Vorbesprechungen seien seit einiger Zeit im Gange. Die Grenze Libia—Enos sei jetzt auf Anregung Italiens zur möglichst schnellen Beendigung der Feindseligkeit von den Mächten den Kriegführenden vorgeschlagen und von der Türkei bereits angenommen worden. Die Äußerungen der Balkanverbündeten zu den Mediationsvorschlägen ständen noch aus. Die Frage der Inseln, deren Lösung sich die Mächte vorbehalten hätten, biete erhebliche Schwierigkeiten. Deutschlands Politik gehe dahin, diese Frage tunlichst in einer Weise zur Lösung zu bringen, daß der asiatische Besitzstand der Türkei nicht gefährdet werde.

Auf weitere Anfragen gaben sowohl der Staatssekretär als der Unterstaatssekretär Zimmermann Auskunft. Bei der Ausübung des Schutzes der Türken habe man sich naturgemäß auf die Stammländer der Kriegführenden beschränkt. Deutschland habe leider nicht das Recht und die Macht gehabt, die Uebergriffe zu verhindern, die im Gebiet der kriegerischen Operationen, d. h. auf türkischem Boden, gegen die einheimische Bevölkerung vorgekommen sind.

Es sind hierüber zwar übertriebene Schilderungen in die Presse gekommen, doch scheint das, was sich wirklich ereignet hat, beklagenswert genug. Eine Nachprüfung im einzelnen war selbstverständlich nicht möglich. Es sind aber alle zur Kenntnis gekommenen Vorfälle bei den Regierungen der Balkanstaaten zur Sprache gebracht und es sei nach Kräften auf Abstellung des Unwesens hingewirkt worden. Zu entsprechenden Schritten seien die Mächte veranlaßt.

Genosse Scheidemann

führte aus: Nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wissen wir nun mit Bestimmtheit, daß die Diplomatie von dem Ausbruch des Balkankrieges vollkommen überrascht worden ist. Nachdem Herr Roincaré die Parole vorgeschlagen hat: 'der Statusquo der Türkei muß unter allen Umständen erhalten bleiben', hat sich die deutsche Regierung dieser Parole angeschlossen. Nach dem Verlauf der Ereignisse darf man jetzt unter Hinweis auf jene Parole die Mächte sagen: Die Diplomatie war vollkommen ahnungslos. Speziell unsere Diplomatie hat keine Ahnung gehabt von den Kriegsausbrüchen Bulgariens.

etwas auf neu bewiesen. Im Mittelpunkt der Debatten stand der Fall Traub. Vorher allerdings fühlte sich Herr Cassel bemüht, in einer scharfen Polemik gegen unseren Genossen Hofmann zu zeigen, daß der Sozialismus der Juden genau so abstoßend wirkt wie der Eifer der Katholiken und der evangelischen Geistlichkeit. Worauf es Hofmann bei seiner Kritik ankam, hat Cassel immer noch nicht begriffen, und er wird es wohl auch kaum begreifen, weil er geistlich um den Kern der Sache herumgeht. Herr Cassel glaubt, weil sich für ihn selbst alles um seine eigene Person dreht, habe auch Hofmann es einzig und allein auf persönliche Angriffe gegen ihn, noch dazu gegen ihn als Juden, abgesehen. Nichts falscher als diese Annahme. Was unser Redner treffen wollte, war die de- und wehmütige Art, wie eine gewisse Sorte von Juden sich nicht scheut, denselben Staat, der sie um ihres Glaubens willen als minderen Rechts betrachtet, um Geldmittel anzubetteln. Dieser Mangel an Selbstgefühl und Stolz verdient die schärfste Kritik, und daß die Hoffmannsche Kritik angebracht war, unterliegt für vorurteillose Menschen keinem Zweifel. Mag sich Herr Cassel in seinem Schmerz über die wohlverdienten Flecke Trost holen bei dem konservativen Vorkämpfer der Orthodoxie, dem Abg. Winkel, der ihm ritterlich zur Seite sprang.

Bei der Beratung des Falles Traub, der von dem Rationalisten Dr. v. Campe angeschnitten wurde, stellte sich der Kultusminister völlig auf die Seite der kirchlichen Behörden, er verneinte die Notwendigkeit, irgend etwas an den Bestimmungen über das kirchliche Disziplinarverfahren zu ändern. Ihm plädierte Abg. Hedendorff (L.) unter allerlei, einer Denunziation vertauselt ähnlichen Angriffen auf die Professoren Baumgarten und Gornack bei, während Abg. Kunze (Sp.) das Verfahren gegen Traub als ein mittelalterliches Geheimverfahren bezeichnete und Genosse Liebschitz die Grundursache in dem liberalen Kirchenregiment in Preußen erblickte.

Bei einem späteren Kapitel setzte dann noch eine kleine Jesuiten-debatte ein, bei der Genosse Hoffmann die Rationalisten wegen ihrer Furcht vor der Aufhebung des Jesuitengesetzes mit gutem Humor abführte.

Freitag: Fortsetzung.

Ans der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Donnerstag als Redner für die Militärvorlage die Genossen Daake, Scheidemann und Dr. Frank.

Ungünstige Reichstagswahl.

Der Wahlkreis Rauch-Beitzig-Zülpert-Ludersdorf hat eine Nachwahl vorzunehmen, da heute der Reichstag die Wahl des Reichsparteilers Ulrich von Dergen für ungültig erklärt hat, weil 412 Wähler der Heilstätte Beitzig sowohl vom Magistrat als vom Landrat und Regierungspräsidenten von der Wahl ausgeschlossen worden sind.

Die Aussicht, den Wahlkreis zu erobern, ist für uns recht günstig, denn bei der letzten Hauptwahl erhielt unser Kandidat Ewald 13 867, der Reichsparteiler 11 044, der Freisinnige 9226 Stimmen. Nur dadurch, daß bei der Stichwahl der größte Teil der Freisinnigen für den Herrn v. Dergen stimmte und ferner die oben erwähnten 412 Wähler nicht zur Wahl zugelassen wurden, erlangte letzterer mit 16 942 gegen 16 652 Stimmen das Mandat.

Die Konservativen und das Wahlurnengesetz.

Das dem Reichstag zugegangene Wahlurnengesetz, das, wie wir bereits gestern mitteilten, eine bestimmte Größe und Gestalt der Wahlurnen vorschreibt, macht zwar nicht die Verletzung des Wahlgeheimnisses und die Wahlfälschung durch die Wahlvorsteher und Wahlbeisitzer völlig unmöglich, erschwert aber immerhin diese Vergehen. Es ist daher begreiflich, daß das Gesetz bei den konservativen Wahlvorstehern, die das Wahlgeheimnis verletzt haben, um an jenen abhängigen Personen, die nicht den ihnen bezeichneten konservativen Reichstagskandidaten wählten, in niederträchtiger Weise ihren Verrag auszulösen. Die ehrsame „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich sogar allerlei alberne Wijs über die Wahlurnen; Wijs, die, ihrer Willkür nach zu urteilen, kaum von jemand anders fabriziert sein können, als von dem sächsischen Arzgermanischen Boeten, der sonst gewöhnlich zur Kennzeichnung seiner geistigen Verfassung die bekannte Drei-Sternen-Rognonmarke benutzt. Das Wänderblatt schreibt:

„Wie wir in der Morgennummer mitteilten, ist dem Reichstags der Entwurf einer Bekanntmachung über eine Abänderung der Wahlvorschriften zugegangen. Danach sollen künftig zum Vereinzeln der Stimmzettel verbedete vieredrige Gefäße an den Wahlvorstand gestellt werden, die mindestens 90 cm hoch und je 35 cm lang und breit sind. Der Entwurf nennt diese Gefäße „Wahlurnen“ und tut damit der deutschen Sprache Gewalt an. Es handelt sich tatsächlich nicht um Urnen, sondern um Kästen von absonderlicher Gestalt. Wenn man groß sein wollte, würde man vielleicht sagen können, daß die Form dieser Kästen einigermaßen an den Raststuhl erinnert. Infolgedessen können sie nicht abel zu der Wahlzelle, die von bösen Menschen bekanntlich „Wahllosetz“ genannt wird. Wir können beim besten Willen diese neue Wahlzelle nicht völlig ernst nehmen. Diese Art von Sicherung des Wahlgeheimnisses muß dem doch einen lächerlichen Eindruck machen. Natürlich haben wir nichts dagegen und sind durchaus nicht geneigt, diese wunderliche Keuerung als Haupt- und Staatsaktion zu behandeln. Daß das Reich die Kosten tragen muß, halten wir für selbstverständlich; den Gemeinden können sie nicht zugemutet werden. Wir lassen aber dahingestellt, ob es zweckmäßiger sei, die Kästen selbst zu liefern oder den Betrag von 4.80 M. in barer Gelde. Die Wahllisten sollen verständigerweise nicht auf den Tisch, sondern daneben gestellt werden. Nähere Bestimmungen über den Ort sind nicht getroffen worden. Das ist eigentlich bedenklich, denn auch die Wahl des Ortes könnte vielleicht die Sicherung des Wahlgeheimnisses gefährden. Vor dem Beginn der Wahlhandlung hat der Wahlvorstand festzustellen, daß die Höhe, die Breite und die Tiefe der Wahlzelle den Vorschriften entspricht. Auch hier sollte doch eigentlich eine gewisse Sicherheit geschaffen werden, daß nicht böshafter Weise falsche Maße angewendet werden. Es wird schließlich dem Reiche nichts übrig bleiben, als auch diese Maße zu liefern!“

Freilich, in einer Hinsicht hat das Wänderblatt recht: das Gesetz genügt nicht. Soll der konservativen Verletzung des Wahlgeheimnisses vorgebeugt werden, dann müßte in das Gesetz die Bestimmung Aufnahme finden, daß jede solche Verletzung mit Justizhaus bestraft wird.

Die Behörden können auch schnell arbeiten.

Viele Monate wartet die „Vollstufzorge“ auf die Genehmigung ihrer Statuten durch die Aufsichtsbehörde. Anfang März beschloß der sächsische Provinziallandtag, eine ausgesprochene Gunstverlammlung, als Gegengewicht die Gründung einer Volksversicherung durch die sächsische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, und schon am 2. März, also nach drei Wochen, war diese sozialdemokratische Gründung genehmigt, und am 20. März konnten die evangelischen Arbeitervereine die erste Propaganda für diese „Volksversicherung“ in die Wege leiten. Da sage noch einer, die Behörden arbeiten langsam; sie können auch sehr schnell arbeiten.

Doppelzüngigkeit.

Es gibt zwei Sorten von Zentrumsblättern: die „diplomatische“, die den Weisungen der verantwortlichen Parteiführer folgen und die offizielle Parteipolitik in Reich und Staat unterstützen — und die Naturdurschen im Zentrumspresbiter, die ab und zu noch den Mut besitzen, zu sagen, was sie denken, ohne Rücksicht auf die politischen Folgen. Die erstere Sorte erscheint meist in den größeren Städten, wo sie den sozialdemokratischen „Vorgängern“ und „Waterlandseinden“ gegenüber die opferwilligen Parteipolitiker spielt; die letztere in den kleineren Ortschaften, wo man noch „vollständig“ reden, gelegentlich, wenn's zu die kommt, sogar einmal ordentlich schimpfen darf. So wird nach oben hin der „staatserkhaltende“ Charakter der schwarzen Partei gewahrt und nach unten die unerhörte Volks- und Oppositionspartei gemimt.

Ein treffliches Beispiel für dieses Doppelgesicht und die Doppelzüngigkeit der Partei für „Wahrheit und Recht“ bieten, wie unser Mannheimer Parteiorgan nachweist, zwei badische Zentrumsorgane in ihren Äußerungen zu den neuen Rüstungsvorlagen und ihrer Dedung. Es sind die beiden kerikalen Organe von Mannheim und Lahr, das „Mannheimer Volksblatt“ und der „Anzeiger für Stadt und Land“. Hier ihre Äußerungen:

„Mannh. Volksblatt“:

„... Das trotz allen Getues in der deutschen Presse im Grunde eine ziemlich gleichgültige Zeit in betreff der Reichsvorlage herrscht, illustriert am besten die geradezu glänzende Einseitigkeit, mit der die Blätter aller Parteien fordern, daß der Reichstag die Dedungsvorschläge der Regierung natürlich einer leise genauen und eingehenden Prüfung unterziehen müsse.“ ... Sind denn die Millionen, die jetzt den Weisungen abgetrieben werden, ganz und gar hinausgeworfenes Geld oder kommt nicht vielmehr der größte Teil des „Nationalopfers“ wieder unter die Leute? Wir hören, es sollen Kasernen gebaut, neue Waffen, Luftschiffe eingeführt werden, die Industrie wird große Aufträge erhalten; die Landwirtschaft erhält Gelegenheit, Jehnauwende von Pferden zu liefern, kurzum, es gibt Arbeit und Verdienst. Die Stärkung unserer Reichswehr ist eine gebieterische Forderung der Zeit. Wir wollen mit ihr keinen Krieg provozieren, aber wir müssen uns mit allen Kräften gegen die Unklammerung und Erdrückung durch das Slawentum wehren. Unser nationale Ehre, die Ehre der freien, selbstbewußten, unabhängigen Nation gilt es zu erhalten. Und nichtswürdiger ist ein Volk, das nicht alles einsetzt für seine Ehre!“

„Anz. f. Stadt u. Land“:

„Erst sollten nur die Vermögenden über 50 000 M. daran glauben. Das war ein Bluff. Jeder Fortbildungsschüler weiß schon, daß die Vermögenden von der Höhe so heisse Schwänze haben, daß sie zum Geldschwizen nicht einzufangen sind. Dann gingen auf 15 000 M. herab. Eraberger meint im „Tag“, daß die unter 6000 M. kaum herbeigezogen werden; und jetzt liest man schon, daß die mit 4000 M. zum Teil schon blechen müssen. Schließlich wird die Vermögensabgabe auch wieder eine Abgabe der Nichtvermöglichen. Freue dich, Kleingeldler! Dein Haus mit zwei Kühen und fünf Hühnern ist wenigstens beim Steueramt 4000 M. wert; Lehrer, Beamte, Geistliche, auch ihr habt eine Hauseinrichtung, Bibliothek, alles in allem noch aus 4000 M. wert! Freut euch, ihr dürft eure Bettelpfennige auf dem Altar des Vaterlandes“ legen und die Panzerplatten“, Kanonenenerzeuger u. s. w. reden sie tieferer in ihren unergründlichen Sack! Die Karole der nächsten Jahre für den Reichstag und die Landtage der Bundesstaaten wird lauten: „Steuern, Steuern!“ Eine dankbare Arbeit für unsere Abgeordneten! Am 24. Februar 1892 hat Wilhelm II. zu seinen Untertanen gesprochen: „Herlichen Tagen führe ich euch noch entgegen.“ Jetzt wissen wir aber wirklich nicht: sind die „herlichen Tage“ schon wieder vorbei oder kommen sie erst?“

Es ist außer! heiter, zu sehen, wie der schwarze Naturdursche in Lahr alles das glatt widerlegt, was sein Prehbruder im „Diplomaten“-Organ von Mannheim über die sozialen Wirkungen der famosen Dedungsvorlagen sagt. Einer von den beiden kann natürlich nur recht haben. Es ist also entweder die „volksfreundliche“ Enttäuschung in Lahr Humberg oder der „patriotische“ Opfermann in Mannheim.

Eine Lügenachricht.

trat jüngst wieder die Kunde durch die bürgerliche Presse an. In Breslau sind zwei Voostleute auf einem Oberlohn, der unter der Kaiserbrücke vor Anker lag, an Kohlengas erstickt. Sofort tauchte in der bürgerlichen Presse der „Verdacht“ auf, das Unglück sei durch Streikende verursacht, die durch Manipulationen am Schornstein das Ausströmen des Gases verhindert hätten. Nach der behördlichen Untersuchung dürfte das Unglück auf Schuldhaftigkeit des Mens zurückzuführen sein. Das behördliche Gutachten stellt als wahrscheinlich hin, daß das Gas beim Kochen des Abendbrotes ausströmte. Da es schwer ist, sammelte es sich am Boden, so daß die Voostleute zunächst davon nichts merkten. Die Verämbung und Erstickung trat erst ein, als die beiden Männer sich in die niedrigen Betten der Kasse legten.

Das wird nun auch in der fraglichen bürgerlichen Presse mitgeteilt, allerdings in möglichst kleiner Schrift, und ohne daß der groß hinausposaunte „Verdacht“ widerrufen wurde. Dieser dürfte sich vielmehr in der Reichsverbandspresse sehr bald zur vollenbeten Tatsache eines „sozialdemokratischen Nordes“ auswachsen.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlkompromiß in Altens-Jerlöh.

Der Wahlkreisvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei von Altens-Jerlöh hat jetzt fest beschlossen, bei der Landtagswahl die nationalliberalen Scharfmacher und Wahlrechtsfeinde Hirsch und Haarmann zu unterstützen. Bezeichnend ist, daß auch der Bund der Landwirte für Hirsch und Haarmann eintritt. Ein Bundesgenosse, auf den die Fortschrittler stolz sein können!

Der dankbare Reichskanzler.

Ein Berliner Militärverein hat dem Reichskanzler 100 M. angeboten als Beitrag zu den Kosten der Heeresverstärkung. Dem Verein ging daraufhin folgendes Schreiben zu:

„Dem Verein der Kameraden vom Pionierbataillon v. Rastbach danke ich aufrichtig für die Darbietung eines Betrags von 100 M. zu den Kosten der Heeresverstärkung. Die patriotische Stimmung, die der Verein durch die Spende bekundet, hat mich sehr erfreut. Die Reichshauptkasse ist zur Annahme der Summe angewiesen.“

v. Besmann Hollweg.

Die Kriegervereine im ganzen Reich werden sich natürlich befehlen, eine kleine Spende zu senden in der Erwartung, daß ein Dankschreiben des Kanzlers zu bekommen, das dann im Vereinslokal unter Glas und Rahmen aufbewahrt werden kann. Für die Unterstützung der Veteranen bekunden die Kriegervereine eine solche Opferwilligkeit nicht. Die Reichshauptkasse nimmt also jetzt freiwillige Spenden entgegen. Nun können die Patrioten einmal zeigen, wie groß ihr Opfermut ist.

Dänemark.

Die Verfassungsänderung.

Kopenhagen, 3. April. In der heutigen Sitzung des Landstings wurde über die Regierungsvorlage betreffend die Verfassungsänderung verhandelt. Der Freikonservative Graf Frijs beantragte Uebergang zur Tagesordnung (sowie Ernennung einer Kommission zur Beratung der Angelegenheit. Ministerpräsident Berniseu widersetzte sich diesem Antrage, der nach längerer Debatte mit 33 Stimmen der Mitglieder der Rechten und der Freikonservativen gegen 21 Stimmen der ministeriellen Linken, der Radikalen und der Sozialisten angenommen wurde. Damit ist die Regierungsvorlage betreffend die Verfassungsänderung gefallen.

China.

Verhandlungen mit der Mongolei.

Urga, 3. April. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Gututu ist ein neues Schreiben der chinesischen Regierung zugegangen, worin diese die Mongolen auffordert, durch Aufgabe ihrer Unabhängigkeit den Konflikt friedlich beizulegen. China sei bereit, alle Schulden der Mongolen zu bezahlen und verspreche dem Gututu und den Fürsten Belohnungen. Es verpflichte sich, die Nordmongolei nicht in eine chinesische Provinz zu verwandeln und die Kolonisation durch Chinesen nicht zuzulassen. China fordere aber, daß Verhandlungen in mongolischen Angelegenheiten mit Rußland unbedingt von der chinesischen Regierung geführt würden. — Der Gututu antwortete darauf, die Mongolen teilten den Wunsch, den Konflikt friedlich beizulegen, seien aber nicht geneigt, ihre Unabhängigkeit zu opfern. Vor allem müßten beide Regierungen ihre Truppen zurückziehen, worauf China einen Bevollmächtigten, der ein Anhänger des Friedens sei, zur Führung der Verhandlungen nach Urga entsenden möge, wo dieser jedoch ohne Militär einzutreffen habe.

Soziales.

Veteranenfreunden!

Dem deutschen Arbeiter ist bekanntlich seine Existenz gesichert bis ins hohe Alter hinein. Besonders wenn er das Glück hatte, zu den Kriegsteilnehmern der letzten glorreichen Kriege zu gehören. Dann steht er so gesichert da, das dankbare Vaterland sorgt so sehr für ihn, daß er vor Wohlstand und Wohlleben sich kaum auskennt. Es sind zwar schon einige hinter Scheunen und in Strohschuppen, sogar in vollem Schmutz ihrer Orden, tot aufgefunden worden. Uebelgerichte behaupten, sie seien verhungert. In der Tat haben die betreffenden wahrcheinlich nur in vollem Ordensschmutz mit ihrem Tod demonstrieren wollen, wie gut es ihnen in ihrem Leben gegangen ist, wie sehr das dankbare Vaterland für sie gesorgt hat, sonst hätten sie sich wahrscheinlich nicht so öffentlich zum Sterben niedergelegt.

Ein Beispiel, wie gut es den Veteranen besonders dann ergehen kann, wenn sie noch in ihren alten Tagen einen Betriebsunfall erleiden, liefert der Kriegsteilnehmer W. aus einem Hüttenort bei Oberwalde. Er hat bei Königgrätz gekämpft, hat an den mörderischen Schlachten bei Gravelotte und Sionville teilgenommen und hat den Marsch nach Paris mitgemacht. Bei Sionville hatte ihn ein Sprengstück einer Granate an der Brust und am Arm getroffen und ihn besinnungslos niedergeworfen. Sieben seiner Nachbarsleute waren von derselben Granate getötet worden. Er hat dann längere Zeit an dem Bein kurieren müssen, bis es einigermaßen wiederhergestellt war. Im Jahre 1893 nahm er Arbeit bei der Firma Hoffmann u. Koch.

Vor einem Jahre, am 30. März 1912, erlitt er einen Unfall, der ihm das rechte Auge kostete. Auch das linke Auge wurde stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß er nicht mehr viel sehen kann. Das Rentenverfahren schwebt bei der Eisen- und Stahlwerks-Gesellschaft in Landberg. Diese hat es mit der Erledigung nicht sehr eilig. Bis vor fünf Wochen hat er ja von der Rentenkasse vorläufige das übliche Krankengeld erhalten. Seit fünf Wochen hat die Kasse auf Anweisung der Berufsgenossenschaft die Zahlungen eingestellt. Er wandte sich nun vor etwa zwei Wochen an die Genossenschaft mit der Forderung, ihm einen Rentenparcours zu zahlen. Bis heute hat er noch keinen Bescheid erhalten. Er muß sich mit seiner alten Frau von einem Ehrensold von 10 M. pro Monat erhalten, der ihm auch erst seit April 1912 gezahlt wird. Aber den bekommt er noch nicht einmal ganz. Die Bescheide wird in dem Kontor der Firma Hoffmann u. Koch ausbezahlt. Da er nun in den Werkhäusern dieser Firma eine Wohnung, man nennt es wenigstens so, inne hat, so muß er von den 10 M. sofort 6 Mark Miete abgeben, denn sonst würde er seine Wohnung verlieren. Mit 4 Mark muß er sich also ernähren, bis es der Genossenschaft endlich gefällt, das Unfallverfahren zu einem Abschluß zu bringen, das nun seit einem Jahre schwebt. Es geht doch nichts über die gesicherte Existenz der Arbeiter und über das dankbare Vaterland.

Die Polizei in der Lebnungsstunde des polnischen Gesangsvereins.

Der Anstaltsleiter zu Schönborg hatte am 20. November 1911 in die Lebnungsstunde des polnischen Gesangsvereins „Chopin“ zu Orzegow (Kreis Reuthen O.-S.) einen Polizeibeamten geschickt, damit er alle Personen unter 21 Jahren beziehungsweise alle Personen unter 18 Jahren feststelle. Der Verein war zu der Zeit bereits für einen politischen erklärt worden. Der Zweck des politischen Vorgehens war ein doppelter. Die Polizei wollte einmal feststellen, ob man sich gegen das Vereinsgesetz verbehe, indem man Jugendliche unter 18 Jahren an den Sitzungen eines politischen Vereins teilnehmen lasse. Zweitens wollte man feststellen, ob eine unzulässige Erteilung von Unterricht, nämlich von Gesangsunterricht, an Minderjährige durch polnische Gesangslehrer stattfindet, die keine Erlaubnis zur Unterrichtsverteilung hatten.

Der Vorsitzende des Vereins, Kolprieur Binias, klagte vergeblich auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung, durch die jene Sitzung der Gesangsstunde veranlaßt worden war. Der Kreisaußschuß zu Reuthen wies die Klage ab. Der Bezirksaußschuß zu Oppeln bestätigte das Urteil. Er führte aus, daß, abgesehen von der Frage der Unterrichtsverteilung an Minderjährige, zu befürchten gewesen wäre, daß Jugendliche entgegen dem Vereinsgesetz an den Sitzungen des für politisch erklärten Vereins teilnehmen würden. Früher hätte der Verein auch an noch nicht achtzehn Jahre alte Personen Unterricht durch nationalpolnische Gesangslehrer erteilen lassen.

Der Vorsitzende legte nun Revision beim Oberverwaltungsgericht ein.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch dieser Tage die Revision des Klägers mit folgender Begründung ab: Das Gericht sei in diesem Falle Revisionsinstanz, vor der tatsächliche Feststellungen nicht mehr angreifbar seien. Der Bezirksaußschuß habe nun aber tatsächlich festgestellt, daß für die Polizei Anlaß vorgelegen habe zu dem Verdacht, daß in den Versammlungen des Gesangsvereins „Chopin“, der zweifellos ein politischer Verein sei, entgegen dem Vereinsgesetz Jugendliche unter 18 Jahren anwesend sein könnten. Die Polizei sei darum berechtigt gewesen, in die Versammlung (Lebnungsstunde) am 20. November 1911 einzudringen, um festzustellen, ob Jugendliche unter 18 Jahren anwesend seien, und sie eventuell zu entfernen. Diese Befugnis der Polizei, einzudringen, ergebe sich rechtlich aus den Aufgaben der Polizei nach dem Vereinsrecht und dem Polizeirecht. Ob sie im übrigen berechtigt gewesen wäre, einzudringen, um festzustellen, ob an Personen unter 21 Jahren Gesangsunterricht erteilt werde, das komme gegenüber der ersten Feststellung, die schon das Vorgehen rechtfertigte, nicht weiter in Betracht. Es habe kein Anlaß vorgelegen, darauf einzugehen.

Was doch alles unter dem Reichsvereinsgesetz möglich ist!

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Maler und die Kündigungsfrist!

Ein Urteil, das von allgemeiner Bedeutung für alle Arbeiter ist, das sich nach Beendigung eines Tarifs der Gefahr ausgesetzt sehen, ausgesperrt zu werden, fällt am Dienstag das Gewerbegericht in Eberswalde. Bekanntlich war der Reichstarif der Maler am 15. Februar abgelaufen und die Verhandlungen auf Erneuerung hatten keinen Erfolg, weil den Malermeistern die gefällten Schiedssprüche zu weit gingen. Die Organisationen der Maler hatten sich ja den Schiedssprüchen gegenüber zustimmend verhalten, obwohl sie den Malern nur recht bescheidene Zugeständnisse machten. Bekanntlich ist es aber trotzdem zur Aussperrung gekommen, die dann in der Provinz Brandenburg am 8. März perfekt wurde. Die Herren Malermeister waren natürlich überall überzeugt und sind es zum Teil wohl auch heute noch, daß zwar der Reichstarif nicht mehr bestehe, daß alle die Punkte, die darinnen geregelt waren, nicht mehr beachtet werden brauchen, daß aber der Punkt, der die Kündigung ausschließt, noch zu Recht besteht. Anders dachten die Malergehilfen in Eberswalde. Sie standen auf dem Standpunkt, daß wenn der Tarif beseitigt sei, dies natürlich für den ganzen Tarif zutrifft und ein einzelner Punkt nicht ausgenommen werden kann. Sie lösten unter sich einen Kollegen aus, der seinen Meister, der ihn am 8. März ebenfalls ausgesperrt hatte, auf Zahlung von Lohn für die folgenden 14 Tage verklagte. Vor Gericht machte der beklagte Meister geltend, daß bezüglich der Entlassung in Eberswalde ortsüblich sei, daß diese ohne Kündigung erfolgen könne, ebenso das Aufhören der Gehilfen. Demgegenüber beriefen sich die Gehilfen darauf, daß die Ortsüblichkeit nur während der Vertragszeit gegolten habe, daß, nachdem der Vertrag gefallen, dieser Punkt ebenso ungerügt sei, wie die übrigen Punkte auch und daß in diesem Falle also die Gewerbeordnung einzutreten habe, die vierzehn Tage Kündigung vorsehe. Entscheidend für die Stellungnahme des Gewerbegerichts war, daß in Eberswalde auch schon vor dem Reichstarif seit 1904 ununterbrochen Verträge zwischen den Parteien bestanden, worin die Kündigung ausgeschlossen war. Diese Zeit kam völlig außer Betracht und wurde auf Antrag der Gehilfen in die Prüfung der vertragslosen Zeit vor 1904 eingetreten. Die Meister suchten den Nachweis der Ortsüblichkeit dadurch zu erbringen, daß sie immer und immer wieder feststellten, daß sie bis zu dieser Zeit immer strikte auf eine vertragliche Festlegung drängten, wonach in ihrer Werkstatt die Kündigung ausgeschlossen sei. Sie ließen sich zu diesem Zweck von den Gesellen eine entsprechende Werkstattordnung unterschreiben, worin dieser Passus enthalten war, außerdem hatten sie einen dahingehenden Ausdruck auf dem Arbeitszettel. Das Gericht schloß sich der Auffassung der Gehilfen an, daß gerade in diesem Umstand der Beweis von dem Nichtvorhandensein der Ortsüblichkeit läge, denn wenn jemals in der vertragslosen Zeit die Kündigung durch Ortsüblichkeit ausgeschlossen gewesen sei, dann hätte man dies nicht besonders vertraglich festzulegen brauchen. Der beklagte Meister wurde verurteilt, an den Kläger den Lohn für vierzehn Tage zu zahlen. Da das Urteil für alle Fälle bindend ist, die gleich gelagert sind, wie der Vorsitzende bei der Urteilsverkündung ausführte, so dürften die Eberswalder Malermeister ihre Aussperrungswut mit rund 1000 M. Strafe bezahlen müssen. Sie wollen sich jetzt dadurch rächen, daß sie, wie der verurteilte Malermeister zum besten gab, die Innungen zu einem einmütigen Protest aufrufen, um dem Vertreter der Malergehilfen, dem Geschäftsführer U. M. des deutschen Metallarbeiterverbandes, in Zukunft das Vertreten vor dem Gewerbegericht unmöglich zu machen. Ob's was nützen wird?

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung der Rohrleger und Helfer.

Am Mittwoch waren in Kellers Festsälen etwa 3000 Rohrleger und Helfer versammelt, um den Bericht von den Tarifverhandlungen, die der Allgemeine Metallarbeiterverband mit den Unternehmern gepflogen hatte, entgegenzunehmen.

Diese gab ein Bild von den Beratungen, die sich sehr schwierig gestaltet hätten. Er hob hervor, daß die Arbeitgeber erst 5 Pf. Zulage pro Stunde zugesagt hatten, dann aber nachträglich erklärten, daß dies ein Verstum sein müsse, da sie nur 2 1/2 Pf. bewilligen wollten. Diese Mitteilung löste große Entrüstung aus. Redner erklärte unter stürmischer Zustimmung, daß die Kommission die Annahme der Zugeständnisse nicht empfehlen könne. Nunmehr müsse das Einigungsamt das letzte Wort sprechen. Als Redner darauf zu sprechen kam, daß Bisenthal ohne Wissen und Willen der Tarifkommission mit den Unternehmern in Verbindung getreten sei und dadurch bewirkt habe, daß nicht mehr herausgeholt werden konnte, brach die Versammlung in stürmische Pfuierei aus. „Verräter!“ rief es von allen Seiten.

Der im „Vorwärts“ veröffentlichte Beschluß des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei sehr vernünftig. (Großer Beifall.) Die Unternehmer würden nunmehr einsehen, daß sie keinerlei Vorteil aus den Streitigkeiten innerhalb der Rohrlegerbranche ziehen könnten. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion begrüßten sämtliche Redner die Geschlossenheit unter den Rohrlegern und Helfern.

Siering, vom Deutschen Metallarbeiterverband, erklärte: Mögen die Rohrleger kurze Zeit auch gepalmt sein, so dürften jedenfalls die Arbeitgeber keinen Nutzen davon haben. Ob der Deutsche Metallarbeiterverband dem Tarif, wenn derselbe zum Abschluß komme, beitreten werde, könne er jetzt noch nicht sagen. Die Hauptsache sei jetzt, daß die Rohrleger und Helfer fest zusammenstünden. Er empfehle ebenfalls, die Resolution einstimmig anzunehmen. Das eine könne er schon jetzt sagen: wenn der Tarif nicht zustande komme, werde der Deutsche Metallarbeiterverband dafür sorgen, daß die Rohrleger ohne Unterschied der Organisationen geschlossen zusammenstehen werden. (Lobender Beifall.)

Dannenberg begrüßt den Standpunkt Sierings.

Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die Versammlung beschließt, 1. die angebotene Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde für eine 3jährige Vertragsdauer als zu gering abzulehnen, da diese nicht im geringsten den Bedürfnissen der Rohrleger entspricht.

2. Die Arbeitnehmer der Schlichtungskommission zu beauftragen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzureufen, um so schnell als möglich einen Schiedsspruch des Einigungsamts herbeizuführen.

Die Versammlung erklärt, daß es zum Abschluß eines Lohn-tarifs besonders notwendig ist, daß die Unternehmer eine Lohnerhöhung gewähren, die einen Ausgleich für die in den letzten Jahren eingetretene horrenden Lebensmittelerhöhung bietet. Das ist um so mehr notwendig, als die Löhne der Rohrleger und Helfer hinter Löhnen anderer Bauhandwerker weit zurückbleiben.

Des weiteren erklärt die Versammlung, daß sie mit den von den Arbeitnehmern der Schlichtungskommission bisher unter-

nommenen Schritten einverstanden ist. Ferner erklärt die Versammlung, daß sie mit Entrüstung von dem verräterischen Treiben Bisenthals Kenntnis nimmt und daß derselbe kein Recht hat, im Namen der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend irgendwelche Verhandlungen anzuknüpfen.

Der Kampf in der Berliner Herrenkonfektion.

Am geistigen Abend nahm eine überfüllte Versammlung der Schneider aus der Herrenkonfektion das Resultat der bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen.

Die Mitteilungen des Brandenleiters Kunze lösten stürmischen Widerspruch aus. In der nachfolgenden Diskussion verteilte die Redner einmütig den Standpunkt, daß die bisherigen Angebote der Arbeitgeber einfach undiskutabel seien. Es wurde der sofortige Abbruch der Beratungen gefordert.

Kunze nahm noch einmal das Wort und ersuchte die Anwesenden, von einem derartigen Beschluß abzugehen und das Gesamtergebnis der Verhandlungen abzuwarten. Wenn es sich dann herausstelle, daß die Bewilligungen in ihrer Gesamtheit für die Arbeiter unannehmbar seien, so wäre immer noch Zeit genug, entsprechende Beschlüsse zu fassen. Niemand von der Tarifkommission der Arbeitnehmer müde den Arbeitern zu, die Arbeit blindlings und unter entwürdigenden Zumutungen aufzunehmen. Jetzt aber sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um entscheidende Maßnahmen zu treffen.

Die Versammlung erklärte sich zuletzt damit einverstanden, daß vorerst das Gesamtergebnis der Verhandlungen abgewartet werde.

Achtung, Steinarbeiter! Der Zwischenunternehmer Engler, Culmburger, bedient sich, wahrscheinlich, um Reklame für sein Geschäft zu machen, der sonderbarsten Mittel. Am Mittwoch bestellte er sechs Steinmehnen. Als dieselben am Donnerstag früh erschienen, um bei ihm in Arbeit zu treten, wies er sie kurzerhand ab und leugnete, überhaupt jemand bestellt zu haben. Der Betrieb ist als gesperrt zu betrachten, falls Herr Engler wirklich einmal Steinmehnen gebrauchen sollte. — In ähnlicher rüchichtsloser Weise gehen übrigens mehrere Unternehmer und Köchere mit den arbeitslosen Kollegen um. Um ihren Bedarf an Arbeitskräften jederzeit decken zu können, bestellen sie die entsprechenden Arbeitslosen fortwährend wieder zu sich hin, um gegebenenfalls dann „den rechtzeitig kommenden“ einzustellen, während die übrigen ihre nutzlose, Geld und Zeit kostende Wanderung wieder fortsetzen. Eine geeignete Arbeitsvermittlung wäre hier dringend notwendig. Solange eine solche nicht besteht, werden wir uns darauf beschränken müssen, wie im Falle Engler, den größten Mißbräuchen entgegenzutreten.

Zentralverband der Steinarbeiter: Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe.

Die nach dem Vorschläge der Unparteiischen und der Zustimmung der Parteien bis zum 19. April beendet sein müssen, haben in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Da die Vorschläge der Unparteiischen zu dem Hauptvertrag und dem Vertragsmuster als ein untrennbares Ganzes angesehen werden müssen, so bleibt den örtlichen Verhandlungen nur vorbehalten, die Festsetzung der Löhne und Arbeitszeit für die neue Vertragszeit, die Einteilung der Arbeitszeit und der Pausen und die Regelung sonstiger örtlicher Dinge. Im Vordergrund dieser Verhandlungen steht natürlich die Entscheidung über die Lohnerhöhung und über die Arbeitszeitverlängerung. Ueber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wird uns wie folgt berichtet:

In Königsberg i. Pr. ist eine Einigung erzielt. Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt 2, 3, 5 Pf., zusammen 10 Pf. auf die dreijährige Vertragsdauer (für Hilfsarbeiter 12 Pf.). Arbeitszeit 9 1/2 Stunden (bisher 10 Stunden) täglich.

Für Pommern liegen aus einer Anzahl Orten die Angebote der Unternehmer vor. In Stettin sind für Gesellen 5 Pf., für Hilfsarbeiter 3 Pf. auf eine Vertragsdauer von drei Jahren verteilt, angeboten. Danach würde bis zum Jahre 1916 der Gesellenlohn auf 65 und der für Hilfsarbeiter auf 47 Pf. steigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit haben die Unternehmer grundsätzlich abgelehnt. Eine Einigung ist nicht erzielt. Für das Vertragsgebiet Pommern-Pasewalk-Jahnsdorf haben die Unternehmer für Maurer und Hilfsarbeiter die gleiche Erhöhung von 6 Pf. pro Stunde, verteilt auf die Vertragsdauer, angeboten. (Kalk- und Steinträger sollen mit 5 Pf. über den Lohn der Hilfsarbeiter, der zurzeit 35 Pf. beträgt, entlohnt werden.) Dieses Angebot kompensieren die Unternehmer mit der Forderung auf Verringerung der bisherigen Landgeldzulage. Dadurch verringert sich das Angebot ganz allgemein um 3 1/2 Pf. für die Hälfte der Orte des Vertragsgebietes. In Barth sind 3 Pf. Lohnerhöhung und 3 Pf. Landgeld (bisher waren es nur 2 Pf.) geboten. Gefordert werden 5 Pf. Der jetzige Lohn beträgt 47 resp. 37 Pf. Für Grimmen und Triebsee werden 3 Pf. geboten und das bisherige Landgeld von 4 Pf.; Hilfsarbeiter sollen vom Tarifvertrag ausgeschlossen sein. Für Richtenberg-Franzburg werden geboten 3 Pf. und das bisherige Landgeld, das 2 Pf. beträgt; Hilfsarbeiter sollen mit 10 Pf. unter dem Gesellenlohn in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden, aber keine Landgeldzulage erhalten. In diesem Gebiet hat der „rühmlich“ bekannt gewordene „Pommersche Bau- und Handwerkerband“ bei den Angeboten der Unternehmer Gevatter gestanden.

In Magdeburg ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern abgelehnt. Lohnerhöhung sind 4 Pf. auf drei Jahre geboten. Magdeburg hat noch einen sog. Durchschnittslohnfuß, der für Maurer gegenwärtig 58—61 und für Hilfsarbeiter 45—49 Pf. beträgt.

Für Thüringen ist in Jena bereits ein Vertrag zustande gekommen. Die Unternehmer haben eine Lohnerhöhung von 5 Pf. auf die Dauer des Vertrages angeboten, mit 3 Pf. Erhöhung in diesem Jahre. Dem haben die Arbeiter zugestimmt und der Vertrag ist von den örtlichen Organisationen abgeschlossen.

In der Provinz Hannover sind gefordert: in Hildesheim 6 Pf., geboten sind 3 Pf.; in der Stadt Hannover und in Wunstorf sind gefordert 5 Pf., geboten sind 2 Pf.; in Goslar, Gronau, Reustadt, Sarstedt und Salzdorf sind gefordert 4 Pf., geboten sind im letzten Ort 3 Pf., in Goslar 2 Pf. für die Vertragsdauer und in den übrigen Orten nichts. Im Unterwesergebiet und im Jeberland haben die Verhandlungen in den Hauptorten ebenfalls zu keinem Resultat geführt. In Bremen werden die Verhandlungen am 4. April fortgesetzt, nachdem es in der ersten Verhandlung über eine Aussprache nicht hinausgekommen ist. In Delmenhorst boten die Unternehmer 9 Pf. Lohnerhöhung während der Vertragsdauer und eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung. Nachdem man sich über die Verteilung der Lohnerhöhung nicht sofort einigen konnte, haben die Unternehmer das Angebot sofort zurückgezogen. In Wilhelmshaven verlangen die Unternehmer die Verlängerung des jetzigen Vertrages auf drei Jahre ohne Lohnerhöhung. Für Stenum-Wandersee sind 3 Pf. geboten; gefordert werden 8 Pf. Für das Jeberland sind in Schortens 7 Pf., in Sande 5 1/2 und in Jeber 5 Pf. angeboten.

Für Leipzig sind 4 Pf. geboten. Die Fortsetzung der Verhandlungen ist auf den 5. April festgesetzt. In Rügen (Provinz Sachsen) und in Dahle sind 6 Pf., in Ojchah und Strehla 5 Pf. geboten. In Grimma lautet das Angebot der Unternehmer auf 1 Pf. Lohnerhöhung für 1914.

In Mittelfranken, wo durchgängig für das Vertragsgebiet und für die Vertragsdauer 7 Pf. Lohnerhöhung gefordert werden, wurde für 3 Pf. ab unter Verzichtung der unteren Lohnstufen für 1914 und 1915 je 1 Pf. Lohnerhöhung zugestanden.

In Altdorf, wo der Lohn der Maurer zurzeit 50 Pf. und der für Hilfsarbeiter 38 Pf. beträgt, wurden geboten 40—50 resp. 32 bis 38 Pf. Es wird also eine Herabsetzung des Stundenlohnes verlangt. In 10 weiteren Orten, darunter auch in Rürnberg, werden 3 Pf. geboten. In 4 Orten wird für 1914 und 1915 je 1 Pf. geboten. Dazu gehört auch Erfangen. In einem Ort wurde jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Arbeitszeitverlängerung wird außer in 3 Orten, wo die 5stündige Wochenschicht zugestanden wird, in allen Orten von den Unternehmern abgelehnt. In Reustadt a. Aisch werden 6 Pf. und in Weichenburg i. S. 5 Pf. Lohnerhöhung geboten und ist man sich bis auf Kleinigkeiten einig.

Für Südbayern ist bisher nur in München verhandelt worden. Die Unternehmer sind über eine Erklärung, demnach mit ihren Mitgliedern über eine Lohnerhöhung Rücksprache nehmen zu wollen, nicht hinausgekommen. Die weiteren Verhandlungen finden am 19. April statt, ausgerechnet an dem Tage, wo die örtlichen Verhandlungen beendet sein sollen.

In der Provinz Posen und in Westpreußen ist an einigen Orten ohne greifbare Erfolge verhandelt worden. In den meisten Fällen haben die Unternehmer entweder gar nichts oder 1 oder 2 Pf. Lohnerhöhung für die Vertragsdauer geboten. Eine Ausnahme haben nur zu verzeichnen die Orte Gnesen, wo 2 1/2 Pf. zugestanden wurden; Frauapadt mit 3 Pf. und Rakel, Rotsch und Bromberg, wo in den ersten beiden Orten 4 Pf., im letzten für Gesellen 3 Pf. und für Hilfsarbeiter 6 Pf. zugestanden worden sind. In Bromberg ist auch bis auf die Betonarbeiterfrage im allgemeinen über das Vertragsmuster eine Einigung erzielt.

Die streikenden christlichen Färber Kreuels weigern sich, der Aufforderung ihrer Führer, die Arbeit aufzunehmen, nachzukommen. Die Betriebe sind am 3. April geöffnet worden. Die Aussperrung ist damit aufgehoben. Nicht ein einziger christlicher Färber ist zum Streikbrecher geworden! Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat beschlossen, alle im Streik ausstehenden christlichen Färber auf Verlangen zu unterstützen. Die Regierung hat 150 Gendarmen in das Streikgebiet beordert.

In dem Mühlenbetrieb der Firma Simmer in Grünzowinkel, zu der auch eine Brauerei und Brennerei mit Preßfabrik gehört, haben 60 Arbeiter wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Firma lehnte die Unterhandlung über die geforderten Wochenlöhne ab und bot Zulagen von 15 bis 20 Pf. pro Tag als Kompensations. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab und legten einmütig die Arbeit nieder.

Streik der Heizungsmonteure und Helfer in Hamburg.

Der Metallarbeiterverband verhandelte seit einiger Zeit mit dem Unternehmerverband der Heizungsindustrie in Hamburg-Altona über die Neugestaltung des Tarifverhältnisses der Heizungs- und Helfer. Nachdem sowohl in der Festsetzung der Arbeitszeit wie auch der Löhne eine Einigung nicht erzielt werden konnte, beschloßen 800 Heizungsmonteure, am 3. April die Arbeit einzustellen.

Töpferstreik in Lübeck. Sämtliche Töpfergesellen, die bei Lübecker Meistern beschäftigt waren, sind am 1. April in den Ausstand getreten. Die Unternehmer hatten den Tarif, der bis zum 1. April d. J. lief, am 1. Januar 1913 gekündigt. Sie hatten dabei die Absicht, einige Positionen des Tarifes zu verschlechtern. Von den Gesellen wird nunmehr die Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze um 5 Proz. gefordert. Weiter wird verlangt, daß diejenigen Positionen, die vor zwei Jahren nicht aufgebessert worden sind, um 10 Proz. erhöht werden. Die Gültigkeitsdauer des neuen Tarifes soll zwei Jahre betragen. Es wird an den Meistern liegen, ob sie das nötige Entgegenkommen zeigen werden, das zur baldigen Beendigung des Streiks erforderlich ist.

Ausland.

Streik der Pariser Umzugleute.

Ein Streik, der alle Mieter und Vermieter in Aufregung versetzt, broht hier auszubrechen. Am 15. April ist der Hauptumzugstag der Pariser Bevölkerung. Gerade an diesem Tage wollen die Pariser Umzugleute streiken, bis sie einen höheren Lohn erhalten haben, der ihnen bisher verweigert wurde. Natürlich sind Mieter und Vermieter in Paris augenblicklich in begreiflicher Aufregung.

Letzte Nachrichten.

Der Gnadenfonds abgelehnt.

Straßburg, 3. April. (B. L. Z.) Die Zweite Kammer beendete heute die zweite Lesung des Etats. Gegen Schluß der Sitzung kam der Kaiserliche Gnadenfonds zur Beratung und Abstimmung. Das Ergebnis der ersten Abstimmung durch Erheben der Hand war zweifelhaft. In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Gnadenfonds mit zwanzig gegen zwanzig Stimmen abgelehnt. Mehrere Vertreter der Zentrumsfraktion hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Unterbrechung der Kriegsoperationen bei Stutari.

Wien, 3. April. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Cattaro meldet, wurden die Kriegsoperationen um Stutari und am Tarabosch vorläufig unterbrochen, weil die Verluste bei den letzten Gefechten überaus groß waren. Die Truppen sind damit beschäftigt, die Toten zu begraben und die Verwundeten wegzuschaffen.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.

Wien, 3. April. (B. L. Z.) Die „Reichspost“ erhält aus Cattaro folgende Nachricht: In Begleitung der Transportflotte, welche eben in San Giobanni mit serbischen Truppen und Geschützen eingetroffen ist, befindet sich auch ein russisches Schiff, welches in Antivari 7 Geschütze, 11 Millionen Patronen und 40 000 Minenmunitionen zur Ausladung bringt. Die Ladung ist ein Geschenk Rußlands an die kriegsführenden Staaten Montenegro und Serbien.

Das verirrte Zeppelinluftschiff.

Rosen, 3. April. (B. L. Z.) Die Offiziere des in Lunenburg gelandeten Zeppelinluftschiffes gaben an, außer mit dem starken Ostwind hätten sie auch mit einem Motordefekt zu tun gehabt. Die Vollmenge habe offenbar ihr Luftschiff zuerst für ein französisches gehalten; sie selbst hätten aus den Nummern bald geschlossen, daß sie sich in Frankreich befänden. Die Offiziere haben sich in ein Hotel begeben, vor dessen Tür mehrere Posten aufgezogen sind. Weiter wird gemeldet, daß sie nach Paris um Wasserstoffgas telegraphiert hätten, woraus man schließt, daß sie morgen die Rückfahrt nach Deutschland anzutreten hoffen.

Die Verurteilung der Pariser Automobilbanditen verworfen.

Paris, 3. April. (B. L. Z.) Der Kassationshof hat die Verurteilung von neun der Automobilbanditen, darunter derjenige der vier zum Tode verurteilten Verbrecher verworfen.

Der Königsmörder Schinas ein Schwindlügler.

Saloniki, 3. April. (B. L. Z.) Die mit der Untersuchung des Königsmörders Schinas beauftragten Ärzte haben festgestellt, daß er Pöthijer ist.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Siegen 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

131. Sitzung vom Donnerstag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Zunächst werden einige Rechnungssachen debattiert erledigt. Bei der Rechnung über den Haushalt der Schutzgebiete für das Jahr 1906 bemerkt

Abg. Koße (Soz.):

Wie mangelhaft unser Rechnungswesen ist, geht daraus hervor, daß jetzt erst die Rechnung für 1906 zur Beratung kommen und dabei auch nicht einmal völlig erledigt werden kann. Aus den Bemerkungen des Rechnungshofes geht hervor, wie toll in den Schutzgebieten gewirtschaftet worden ist. Doch ist zuzugeben, daß manche Dinge, die wir früher rügen mußten, abgestellt worden sind. Wir hoffen aber auch in dieser Rechnung vielfach auf die Spuren Puttkamers und seiner tolleren Wirtschaft in Kamerun. Herr Brand hat bei der Beratung des Etats für Kamerun die Spuren des Herrn v. Puttkamer, die man dort findet rühmend hervorgehoben. Der Reichstag muß es als unangenehm empfinden, daß Herr v. Puttkamer für seine jahrelang betriebene Wirtschaft, die nur unter Mißachtung des Staatsrechts des Reichstages möglich war, unbefristet bleibt. Daß aber diesem Manne, der in so frivoler Weise das Staatsrecht des Reichstages mißachtet hat, für seine auf anderem Gebiet doch sehr zweifelhaften Verdienste Auszeichnungen geschenkt werden, das will ich doch bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zurückweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Brand (Sp.): Mein Lob des Herrn v. Puttkamer bezog sich nicht auf seine Staatsübergriffe. Er war nicht bürokratisch genug beanlagt, um sie zu vermeiden. Es ist aber eine maßlose Ungerechtigkeit, wenn man deshalb das Große und Gute, das der Gouverneur v. Puttkamer für Kamerun geleistet hat, nicht anerkennt.

Damit schließt die Diskussion. Für die Rechnung wird mit den von der Rechnungscommission bezeichneten und beantragten Vorbehalten Entlastung erteilt.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abg. Hüttmann (Soz.) und Werlo (S.), werden debattiert für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. v. Dergen (Sp.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich beantrage, diese Wahlprüfung an die Kommission zurückzuverweisen. 412 Anwesen der Heilstätte Weelitz wurden entgegen ihrem Antrag vom Magistrat in Weelitz nicht in die Wählerlisten aufgenommen, und auch der Regierungspräsident hat die hiergegen erhobene Beschwerde zurückgewiesen. Die Wahlprüfungskommission hat das für ungültig erklärt und diese 412 Stimmen dem Gegner des Herrn v. Dergen zugezählt, der dann die Mehrheit gehabt hätte. Aber die Wahlprüfungskommission hat nicht geprüft, ob diese 412 Personen überhaupt sämtlich Wähler waren, ob nicht vielleicht Kinder, Ausländer darunter waren, auch vielleicht solche, die Armenunterstützung bezogen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Wenn lungentranke Personen Armenunterstützung bekommen, so beweise das nur das gegenwärtige Wirken der Armenpflege, dabei ist nicht unerhört. Vielmehr gehört zu der Annahme, daß diese 412 Personen sämtlich Wähler waren, eine parteiische Voreingenommenheit unerhörtester Art. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Es ist eine Beugung des Rechts (Unruhe links), wenn ohne genügende Prüfung eine Wahl bestätigt wird.

Präsident Kaempf: Der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen Mitglieder des Hauses ist unparlamentarisch; ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. Arendt (fortfahrend): Ich habe diesen Vorwurf gar nicht erhoben, sondern gesagt, es würde das Recht gebeugt werden, wenn dem Antrage auf Zurückweisung an die Kommission nicht stattgegeben würde. Ich zweifle aber nicht daran, daß dieser Antrag auf Zurückweisung angenommen werden wird. (Lachen links.)

Abg. Schmidt-Weizen (Soz.):

Die Kommission hat ihren Beschluß einstimmig gefaßt. Auch die Frage, ob der Aufenthalt in der Heilstätte, der in der Regel zwei bis drei Monate dauert, als Wohnsitz im Sinne des Wahl-

gesetzes zu gelten hat, hat die Kommission mit großer Mehrheit bejaht. Sie ist damit der ständigen Praxis des Reichstages gefolgt. Die Wähler sind nicht eingetragen worden, trotzdem sie sich geradezu darum gedrängt haben, in die Liste aufgenommen zu werden. Ihr Einspruch gegen die Nichtaufnahme ist stets von den Behörden abgewiesen worden mit dem Hinweis darauf, der Aufenthalt in der Heilstätte sei kein Wohnsitz im Sinne des Wahlgesetzes. Der Regierungspräsident kannte sogar den entgegenstehenden Beschluß des Reichstages, hat sich aber einfach darüber hinweggesetzt. (Hört! hört! b. d. Sozialdemokr.) Wenn dem Verlangen des Abgeordneten Arendt nachgekommen würde, so würde das nichts als eine Verschleppung bedeuten. Es müßten dann auch die sonst in dem Wahlkreis vorgekommenen Unregelmäßigkeiten geprüft werden, auf die sich die Kommission gar nicht weiter eingelassen hat, weil diese Tatsache allein zur Ungültigkeitserklärung ausreichte. Ich bitte daher, dem Beschluß der Kommission beizutreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (S.): Wir wissen in der Tat nicht, ob die betreffenden, die Einspruch erhoben haben, Wähler waren. Das muß also noch geprüft werden. Wir wissen auch nicht, ob sie alle gewählt hätten resp. wen.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.): Ob die 412 Anwesen der Heilstätten den Gegner des Herrn v. Dergen gewählt hätten oder nicht, geht uns gar nichts an. Die Frage, daß der Aufenthalt in der Heilstätte dem Wohnsitz gleich zu achten ist, hat die Kommission mit überwiegender Mehrheit bejaht. Die Nachprüfung, die die 412 alle wahlberechtigt waren, kann vom Reichstag nicht verlangt werden. Das würde zu viel zu weit gehenden Konsequenzen führen. Im übrigen hat die Kommission in Zweifelsfällen immer den für den Gewählten ungünstigsten Fall unterstellt.

Abg. v. Brodhagen (S.): Wenn eine Partei bei einer Wahlprüfung den Wunsch nach weiterer Klarstellung hat, so hat der Reichstag diesem Wunsch stets Folge gegeben. Deshalb werden meine Freunde für den Antrag auf Zurückweisung an die Kommission stimmen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Herr Arendt hat schwere Beschuldigungen gegen die Wahlprüfungskommission erhoben. Aber auf das Vertrauen des Herrn Arendt pfeift jedes Mitglied der Kommission; es wäre geradezu heischend, das Vertrauen des Herrn Arendt zu finden (Unruhe rechts). Herr Arendt hat die Tatsachen auf den Kopf gestellt und fragt dann im Tone der Entrüstung: Wo ist die Berechtigung? Und das in demselben Atemzug, in dem er die allerberühmtesten Rechtsgrundsätze aufstellt, die dem Recht geradezu ins Gesicht schlagen. Es ist geradezu verblüffend, wie er den absoluten Unsinn mit jeder Stirn behauptet.

Präs. Kaempf: Der Vorwurf des „Unsinn“ ist unparlamentarisch.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Herr Arendt findet die Annahme, daß die 412 Antragsteller sämtlich wahlberechtigt waren, unerhört. Dabei ist die Frage geprüft worden, denn ihre Zurückweisung ist lediglich aus dem Grunde erfolgt, daß ihr Wohnsitz nicht in Weelitz war. Ein anderer Grund für die Zurückweisung lag also nicht vor. Wir dürfen doch bei jemandem, der seine Aufnahme in die Wählerliste beantragt, nicht annehmen, er wolle Wahlfälschung treiben. Herr Arendt freilich sagt, die Anwesen der Heilstätte seien dringend verdächtig, Armenunterstützung bezogen zu haben. Dieser Vorwurf muß aus schärfste zurückgewiesen werden. Herr Arendt traut also diesen Leuten ohne weiteres Wahlfälschung zu, er imputiert ihnen, daß sie Betrüger seien. Es ist kein Wunder, daß wir entrüstet waren, als diese Beschuldigung ausgesprochen wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Arendt nimmt nur deshalb an, daß die Leute Wahlfälscher sind, weil sie Arbeiter, Sozialdemokraten sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Würden wir dem Abg. Arendt folgen, so wäre das das Unerhörteste, was wir tun könnten. Wollten wir bei jedem, der wegen der Nichtaufnahme in die Wählerliste Protest erhebt, in diese Prüfung eintreten, ob er nicht aus irgendeinem anderen Grunde hätte zurückgewiesen werden müssen, ob er vielleicht nicht die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, so wäre das eine völlige Umkehrung der Beweislast. Wenn Herr v. Dergen nicht von Herrn Arendt beeinflusst wäre, hätte er das Mandat längst niedergelegt. Aus Keckheitsgründen bitte ich, den Antrag Arendt abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Es ist gar keine Prüfung der Wahlfähigkeit der 412 Antragsteller vorgenommen worden, weil sie aus dem prinzipiellen Grunde zurückgewiesen sind, daß ihr Aufenthalt in der Heilstätte nicht einen Wohnsitz in Weelitz begründete. Es ist nicht einmal geprüft worden, ob sie sämtlich Aflisten waren. Wir dürfen

bedenken nicht annehmen, daß sie sämtlich wahlberechtigt waren; das muß vielmehr besonders festgestellt werden. — Wenn eine Wahlbeeinträchtigung wirklich vorgekommen wäre, hätte Herr v. Dergen das Mandat längst niedergelegt.

Abg. Fischer (Soz.):

Ausgerechnet Herr Arendt beruft sich auf sein verletztes Rechtsgefühl. Dabei hat es wenig Wahlfürungen gegeben, bei denen nicht die faulsten Dinge durch Herrn Arendt in irgend einer Weise zu erklären gesucht worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist er niemals aufgestanden, um gegen die skandalösen Verstöße zu protestieren, wenn es sich um rechtsstehende Kandidaten gehandelt hat. Dagegen erinnere ich mich, wie vor ein paar Jahren Herr Arendt hier erklärt hat: „Ach was, Beschwerden und Proteste, wir werden uns doch nicht um Proteste kümmern, jetzt kurz vor den Wahlen werden wir doch keine Wahl mehr verlieren.“ Wo blieb da der Rechtsstandpunkt des Herrn Arendt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Damals handelte es sich um eine

Gesellschaft zur gegenseitigen Rettung wurmstichiger Mandate.

Herr Arendt sprach von den Aflisten in Weelitz. Das sind keine Aflisten, sondern Patienten, die auf Grund ihrer für die soziale Versicherung, von der Sie sonst so viel Wesen machen, geleisteten Beiträge dort aufgenommen sind. Unter Aflisten versteht man in Weelitz noch meist etwas anderes, das sind die Leute, von denen ein Parteigenosse des Herrn Arendt einmal sagte, es ginge ihnen nicht so schlecht, wenn sie nicht so viel Methylnalkohol gemessen würden. Ich bezweifle, daß Herr Arendt, wenn etwa Herr Eulenbarg im Sanatorium wäre, von dem Aflisten Eulenbarg sprechen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Arendt meint, wir dürfen hier nicht gegen die Zurückweisung der Wahl stimmen, weil wir auch die Wahlen der Abg. Haupt und Köstlich zurückverweisen hätten. Hat er denn damals für die Zurückverweisung gestimmt? Soviel ich weiß, nicht, aber heute sollen wir in diesem Falle dafür stimmen, wo gar kein materieller Grund dafür vorliegt. Herr v. Brodhagen meinte, es müßte erst festgestellt werden, ob die Patienten zur Zeit der Wahl noch in Weelitz gewesen seien. Von ihm als langjährigen Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission hat mich dies Argument besonders gewundert. Es steht doch unzweifelhaft fest, daß jeder das Recht hat, dort zu wählen, wo er in der Wählerliste steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer dem Beschluß der Wahlprüfungskommission nicht beitrifft, für den können lediglich Parteio- oder Fraktionsinteressen maßgebend sein, er sollte aber dann nicht vom Rechtsbewußtsein sprechen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Brodhagen (Soz.): Ich habe nur gesagt, daß die Frage der Wahlberechtigung derer, die am Tage der Wahl nicht mehr am Orte wohnen, wo sie in der Liste stehen, für Nachwahlen strittig sei, und von der Kommission zu prüfen seien. Bei dieser Gelegenheit muß aber auch diese Frage für die Hauptwahlen geklärt werden.

Abg. Waldheim (Sp.): Herr Arendt hat Unrecht mit seiner Behauptung, daß vor Aufnahme jedes Wählers in die Liste seine Wahlberechtigung geprüft werde. Die Gemeindebehörde hat vielmehr die Pflicht, die Wählerlisten anzufertigen.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über den Antrag Arendt auf Zurückverweisung an die Kommission, für den die Rechte, das Zentrum mit ganz wenigen Ausnahmen und ein größerer Teil der Nationalliberalen stimmen, bleibt zweifelhaft. Es findet daher Hammersprung statt, der die Ablehnung des Antrags mit 155 gegen 151 Stimmen ergibt. Auch bei der nun folgenden Abstimmung über den Kommissionsantrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl muß durch Hammersprung entschieden werden. Er ergibt die Ungültigkeitserklärung mit 160 gegen 140 Stimmen.

Die Wahl des Abg. Arendt (Sp.) wird hierauf ohne Debatte gemäß dem Kommissionsantrag für gültig erklärt.

Es folgen

Petitionen.

Einige Verbände von Händlern verlangen Maßnahmen gegen den geheimen Warenhandel und Ähnliches.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung, soweit die Petitionen Abhilfe gegen den geheimen Warenhandel bezwecken, und Uebertragung zur Tagesordnung, soweit die Einschränkung des Betriebs von Tabakfabrikaten durch Gast- und Schankwirte gefordert wird.

Abg. Brey (Soz.)

bestimmt einen Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung über beide Sorten von Petitionen. Die Petenten verlangen einen folgen-

Kleines feuilleton.

Die Adrianopel erobert wurde. Luigi Borzini, der als erster Zivilist im Gefolge der bulgarischen Truppen die eroberte Stadt betrat, gibt von den Eindrücken, die der Anblick der eben erstickten, von Blut und Trümmern bedeckten Festungswerke auf ihn machte, im „Gaciete della Sera“ folgenden Bericht: Der Sturm richtete sich gerade gegen jene Teile der Festungswerke, die sich dem Auge als die furchtbarsten offenbarten. Im Osten Adrianopels steigt das Terrain schrittweise auf 4 oder 5 Kilometer bis zu einem großen Damman an, von dem es jäh zur Ebene abfällt. Auf diesem Damman gruppieren sich die Verteidigungsforts, die erstürmt wurden. Die Wiederholung dieser starken Position bedeutet einen Triumph der Artillerie. Gegen sie richteten seit Monaten 80 Belagerungsgeschütze ihr mörderisches Feuer, von der Helbartillerie ganz zu schweigen. Um 1 Uhr nachmittags am 24. März begann die Aktion. Sie wurde durch eine allgemeine Kanonade auf allen Seiten eingeleitet. Um 4 Uhr früh erfolgte dann der Generalansturm. Die Bulgaren arbeiteten sich bis auf 400 Schritt an die türkischen Positionen heran, ohne einen Schuß abzugeben. Dann gingen sie mit ohrenbetäubendem Kartregenschrei zum Bajonettsangriff über, vor dessen Eile die übermächtigen Türken das Feld räumten. Das nun folgende Artillerieduell entwickelte sich ein wahres Höllenchaosspiel. 160 große und kleine Kanonen konzentrierten ihr Feuer auf eine Front von 2 bis 4 Kilometern. Die Bomben, deren jede 10 Kilo Kellmit enthält, fielen in Ketten von 20 Stüd. Nicht weniger als 30 000 schwere Belagerungsgranaten wurden an diesem Tage in dieser Zone allein verfeuert. Man muß die Forts durchwandert haben, um sich einen Begriff von der Wirkung dieses einen apokalyptischen Sturm entsetzlichen Bombardements machen zu können, das die solideste Barriere der türkischen Verteidigungslinie zertrümmerte. Man denke sich ein von den Schlägen einer riesigen Spitzhade bearbeitetes Terrain. Offene Krater von enormer Tiefe reihen sich aneinander, umfaßt von unformlichen Erdmassen, die die Höhe verbrannt und zusammengebadet hat, von Geschossteilen mit Leichen. Die Kasematten der Forts sind von dem Eisenbogl zerklüftet worden, und unter den Trümmern liegen im Schatten der Wogazine die Leichen über die Munitionskisten ausgebreitet.

Man muß indessen bemerken, daß diese vielgepriesenen famosen Festungswerke Adrianopels in Wahrheit nur elende primitive Befestigungen darstellen mit Wehrschloßmatten, die ganz oberflächlich mit ein wenig Erdwerk besetzt sind, mit artilleristischen Wollkugeln, die einfach im Boden eingegraben wurden, wie man es heute in keiner Feldschlacht mehr tut. Nicht eine einzige Zementmauer, kein wie immer gearteter Schutzwall, keine Gräben, keine Eskarpes und Kontereskarpes, und das ganze unzulängliche Werk obenhin mit Kanonen armiert, die einen uralten Typ darstellten. Die modernen Befestigungswerke Adrianopels sind eine weitere türkische Legende, die heute zerbröckelt ist. Der einzige Wert der Forts

bestand in ihrer natürlichen Lage: die Natur selbst hat eben Adrianopel mit einem natürlichen Festungsgürtel umgeben. Hätten die Bulgaren gewußt, wie in Wahrheit die gefürchteten Werke der härtesten Festung des türkischen Reichs beschaffen waren, so hätten sie schon vor drei Monaten den Angriff wagen und die Wälle mit dem Bajonett erstürmen können. Aber Scharki Pascha verstand es vortrefflich, den Mangel an Geschützen, an dem er litt, zu verschleiern und durch beständige Verstärkung des einer Attade ausgelegten Punktes durch andere gerade einberührende Kanonen wußte er die Illusion einer furchterregenden Verteidigungsmacht vorzuzulassen.

Wie kann das Brot frisch erhalten werden? Das Ziel, das die Bäcker so lange erstreben, die Abschaffung der Nacharbeit, dürfte durch eine neue Erkenntnis ermöglicht werden. Dies beruht auf einer Arbeit des Amsterdamer Arztes Dr. J. A. Kay über das Altbadenwerden des Brotes. Man nimmt gewöhnlich an, daß das Altbadenwerden nichts anderes ist als das Austrocknen des Backwerks. Das ist aber nicht der Fall, denn man kann — wie wohl jede Hausfrau weiß — altbadenes Backwerk frisch machen, indem man es feucht erhit. Wenn diese Maßnahme auch nur teilweise wirksam ist, so zeigt sich doch, daß nicht die Trockenheit des Backwerks die Ursache des Altbadens ist. Die exakten Versuche von Dr. Kay zeigen nun, daß der Uebergang frischer Backware in altbadene ein chemisch-physikalischer Vorgang ist. Die weiche, feuchte, elastische und biegsame Krume wird hart, trocken und krümelig, und das Quellungsvermögen der verbanenen und verklebtesten Stärkelöcher, die Fähigkeit Wasser aufzunehmen, wird geringer. Die Stärkelöcher werden kleiner. Es hat sich aber ferner gezeigt, daß man diesen Vorgang verhindern kann, wenn man das Backwerk in richtiger Temperatur erhält. Als solche Temperaturen haben sich die von 60 bis 92 Grad geeignet erwiesen. Selbst nach 48 Stunden blieb Brot bei dieser Temperatur vollkommen frisch, während es bei 40 Grad schon deutlich altbaden wurde. Am stärksten altbaden ist das bei — 2 Grad bis 3 Grad aufbewahrte Brot, während das noch mehr gefüllte seine geschädigten frischen Eigenschaften wieder eingebüßt hätte. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, frische Backware längere Zeit aufzubewahren, indem man sie nämlich auf wenigstens 60 Grad warm hält oder sie stark unterkühlt. Die Bäcker dürften das Heißhalten vorziehen. Sie können am Tage baden und in einem Dörrraum oder in einem dazu eingerichteten Backofen das Backwerk bis zum Morgen, wenn es gebraucht wird, stehen lassen. Damit kann sich eine wichtige soziale Neuerung vollziehen, die jedermann nur begreifen kann, nämlich die völlige Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien. Aus diesem Grunde gewinnt die Arbeit des Dr. Kay ein sehr großes Interesse und zeigt, wie wissenschaftliche Untersuchungen, die voreerst nur der Erkenntnis dienen wollen, die wichtigsten praktischen Ergebnisse zeitigen können.

Der Segen der Bruchteile. Bekanntlich werden auf den russischen Hochschulen nur 3—5 Proz. Juden aufgenommen, auf anderen wieder

gar keine (auf Mittelschulen 5—15 Proz.). Dabei ergeben sich oftmals sonderbare Rechenegempel. Nehmen wir z. B. an, in der medizinischen Fakultät der Universität R. befinden sich 384 Nichtjuden (diese sonderbare Masse hat die russische Verwaltungspraxis ausdrücklich geschaffen), und es können 3 Proz. Juden aufgenommen werden. Das Ergebnis wäre: 384 x 0,03 = 11,52 Juden. Wenn nun der entscheidende Beamte (manchmal der Rektor in höchstgelegener Magnifizenz) die 0,52 nach oben zu einem ganzen abrundet, d. h. in gegebenem Falle ganze 12 Juden aufnimmt und in gleicher Art 5—6 Jahre hintereinander verfährt, so... lauft er sich merklich würdigerweise im besten Stadtviertel schuldensfreie feinerne Häuser. — Hierin liegt die hohe Bedeutung der Verträge für das russische Universitätsleben.

Notizen.

— Dohnanyi im Deutschen Opernhaus. Die nächste Robotte des Deutschen Opernhaus bringt Ernst v. Dohnanys jüngste Bühnenwerke, die einmalige komische Oper „Tante Simona“ und die dreiatige (von Arthur Schnitzler verfasste) Pantomime „Der Schiefer der Pierette“ zur Aufführung. In der Pantomime betritt Frau Elsa Galachos in der Titelfolle zum erstenmal die Bühne des Deutschen Opernhaus.

— Jubiläumskritik. Im „Kunstwart“ erörtert Avenarius die Welt der Jubiläumskritik, besonders der Feiern der fünfzigjährigen. Mit Recht bemerkt er zusammenfassend: Wie über Gebirgsberge spricht keiner gern über Jubilare schlecht. Wie es aber in diesem Jahrgang fünfzigjähriger Literaten und Christgeburtstage von den Geschäftsleuten und ihren Affizierten zu hant getrieben, so kann eine Kulturpflicht daraus werden: zu den Vereinsangehörigen der Jubellage Enttäuschung zu halten.

— Ein neuer Titel. Dem Vorsitzenden des Bundesmuseumsvereins für Vorpommern wurde der Titel I. (äserl.) I. (öngl.) Denkmaltat verliehen. Schade, daß die Titulatur nicht mit den wenigen verbräuteten Mustern behelfen muß. Wie nett und verständlich wäre z. B. Kartoffelkarl statt Oekonomierat, oder Buderrat statt Kommerzienrat (für einen bekannten Puderfabrikanten). Und hätte nicht der synagogale Cassel Anspruch auf den Titel: Kirchengastator?

— Die stehende Uhr der Reichsduma. Wie die Petersburger Blätter mitteilen, befindet sich die Uhr im Sitzungssaal der Duma in völliger Unordnung. Zunächst stand sie einige Tage vollkommen; nun geht sie wieder, aber jedes der beiden Zifferblätter zeigt eine andere Stunde, und beide Zeilen sind falsch! Die symbolischen Kommentare über die Uhr des russischen Parlaments unterbleiben wohl aus Rücksicht auf die Zensur.

— Eine gefällige Handschrift für eine halbe Million. Kurz vor seinem Tode hat Rogozin noch in Kasprien eine Papyrushandschrift für eine halbe Million Franz gekauft, die sich inzwischen als gefällig erwiesen hat.

schweren Eingriff in unser gewerbliches Recht. Den zur Erörterung stehenden Petitionen sind im Laufe der letzten Monate noch andere gefolgt, die das gleiche Ziel verfolgen und noch viel weiter gehen. Wir müssen dem ersten Schritt auf diesem Wege entgegen-treten. Gewiß befindet sich ein großer Teil der Petenten, der Kleinrentner in einer sehr bedrückten Lage, die vor allem hervorgerufen ist durch unsere Steuer- und Wirtschaftspolitik, aber das Mittel, das hier vorgeschlagen ist, ist nicht geeignet, um jenen Schichten des Mittelstandes zu helfen. Durch unsere Politik sind die Leute in Not geraten und nun will man ihnen diese Waffe des Zusammenschlusses aus der Hand schlagen. Aber diese Maßnahmen würden nicht eine Vermehrung des Ver-brauchs herbeiführen und daher den Petenten gar nichts nützen. Die Petenten fragen auch gar nicht danach, was aus den Produzenten wird, aus den kleinen Tabakfabrikanten und Arbeitern. Sie wollen ihren eigenen Umsatz heben auf Kosten der Gastwirte. Mit demselben Recht könnten auch die Händler mit Badwaren, ebenso die mit Surfwaren verlangen, daß die Gastwirte keine Badwaren, keinen Aufschnitt zu unmittelbarem Genuß verkaufen dürfen. Dabei gehören die Gastwirte doch auch zum Mittelstande, den Sie schützen wollen. Wir warnen Sie vor dem Betreten dieser Bahn und empfehlen ihnen deshalb den Uebergang zur Tagesordnung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sir (3.):
Der Schleichhandel ist ein Krebsgeschwür für den gesamten kauf-männischen Mittelstand. Eine geringe Hilfe für den Mittelstand er-blicken wir in der Erfüllung der Forderungen dieser Petition, und wenn wir nicht mehr erreichen können, sind wir auch mit dieser Ab-schlagszahlung zufrieden. Die Gewerbetreibenden unter den Sozial-demokraten bitte ich, mit uns für die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung einzutreten. Es ist höchste Zeit, daß etwas für den schwer leidenden Mittelstand getan wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Siehr (Sp.): Wir werden für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen. Den Schaden, den Ladenge-schäfte dadurch haben, daß nach Schluß des Geschäfts Zigarren aus dem Restaurant gekauft werden, wird sehr überschätzt. Es wäre auch eine eigentümliche Mittelstandspolitik, die einen andern Teil des Mittelstandes, die Gastwirte, schädigt. Soweit die Petition den geheimen Warenhandel betrifft, werden meine Freunde für den Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Berücksichtigung stimmen.

Abg. Schulenburg (natl.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Brey (Soz.):

Herr Sir wird seine Rattenfängerrede vergebens ge-lassen haben, für seine Hilfe des Mittelstandes wird ihm von meiner Partei niemand folgen. Was haben Sie denn für den Mittelstand getan. Durch Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik ist der gewerbetreibende Mittelstand, besonders die Zigarrenhändler, in diese traurige Lage gebracht worden; das beweisen die in den letzten Jahren sich häufenden Petitionen dieser Art. Wir erleben so das Schauspiel, daß die Mehrheit dieses Hauses unsere Wirtschaftspolitik verurteilt, und wenn die, die darunter leiden, darüber klagen, will die Mehrheit die Schäden reparieren auf Kosten der ohnehin schwer geschädigten Verbraucher. Das machen wir nicht mit, wir mühen uns schämen, wenn wir derartiges mitmachen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Sir (3.) schließt die De-batte.

Unter Ablehnung des Antrags Albrecht (Soz.) wird der Kommissionsantrag angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Etat des Reichstags und des Reichshofrats mit den Veteranenbeihilfen, Petitionen.)

Schluß 1/7 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Petroleummonopol.

Die Kommission erledigte in ihrer Sitzung am 3. April zu-nächst einen Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ge-m-ein-dliche Abgaben auf Petro-leum nicht mehr erhoben werden dürfen. Das geschieht heute in einer Reihe Gemeinden des Reichslandes. Nach Erhebt z. B. 4 Pf. pro Kilo, Straßburg 4 1/2 Pf. pro Kilo und Colmar gar 5 1/2 Pf. pro Liter. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Regierung behielt sich ihre Stellungnahme vor.

Sodann wurde diskutiert die Ab-fö-sung und Entschädi-gung der Unternehmer, die die Herstellung von Weidstül- oder den Großhandel zum Gegenstand haben. Ein freisinniger An-trag will in der Hauptsache die Regierungsvorlage wieder herstellen. Ein Zentrumsantrag geht in einer Reihe von Bestimmungen wesentlich weiter als die Vorlage der Regierung. In der Abstim-mung wurde der Antrag des Zentrums abgelehnt und der noch ergänzte Antrag der Freisinnigen angenommen. Wiederhergestellt wurden dann die §§ 8, 9 und 10 der Regierungsvorlage.

Längere Zeit nahm die Frage der Entschädigung der Ange-stellten in Anspruch. Es lagen hier Anträge des Zen-trums und der Sozialdemokraten vor, die in einer Anzahl von Punkten weit über die Regierungsvorlage hinausgehen. So will der sozialdemokratische Antrag für alle Angestellten und Arbeiter, die nicht übernommen werden, das Gehalt oder den Lohn nicht für drei, sondern für sechs Monate weiterbezahlen. Bei Feststellung der Entschädigung soll den Angestellten die volle Zeit, die sie in Petroleumunternehmungen beschäftigt waren, angerechnet werden. Angestellten, die länger als zwei Jahre beschäftigt waren, soll für jedes begonnene weitere Jahr die Hälfte der Bezüge des letzten Anstellungs-jahres, Angestellten, die bei Errichtung der Betriebsgesellschaft das 45. Lebensjahr erreicht haben, drei Viertel und die das 55. Lebens-jahr erreicht haben, die vollen Bezüge des letzten Anstellungsjahres gewährt werden. Die Entschädigung soll das 7/8fache der Bezüge des letzten Anstellungsjahres nicht übersteigen. Die Regierung sah nur den fünfjährigen Jahresbetrag vor. Die Gesamtentschädigung soll in keinem Falle über den Betrag von 75 000 M. hinausgehen. Angestellte, die von der Betriebsgesellschaft weiter beschäftigt, aber in den ersten 5 Jahren nach Errichtung derselben entlassen werden, soll die volle Differenz zwischen dem bezogenen Gehalt und der zu beanspruchenden Entschädigung gezahlt werden. Erfolgt die Rin-digung aber nach Ablauf von 5 Jahren, so wird nur die Hälfte der Entschädigung gewährt. Die Entschädigung soll auch den nicht weiter beschäftigten Arbeitern und Reisenden, die gegen festes Ge-halt angestellt waren, gezahlt werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten schließlich hier noch, daß die Betriebsgesellschaft mit den Arbeitern oder deren Organisationen Tarifverträge abschließen solle, in die jetzt bestehenden oder ohne weiteres eintreten müsse, daß Ange-stell-ten- und Arbeiterausschüsse durch gleiche und geheime Wahl zu bilden seien und daß schließlich die Arbeits- und Dienst-verträge keine Bestimmungen enthalten dürfen, die das Ver-einigungsrecht der Angestellten und Arbeiter verhindern oder ausschließen. Diese Anträge wurden angenommen gegen drei Stimmen der Konservativen. Ihnen gingen diese Anträge so sehr gegen den Strich, daß sie nun gleich den ganzen § 11, der die Entschädigung der Angestellten regelt, ab-lehnten.

In § 14 wollte der Gesetzesentwurf dem Bundesrat die Befug-nis erteilen, aus Billigkeitsrücksichten über die im Gesetz fixierten Entschädigungssätze hinausgehen zu dürfen. Der Paragraph wurde abgelehnt.

In der Frage der Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf der auf 20 Jahre erteilten Konzession wird ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, daß die Auflösung nicht einfach durch Beschluß der Generalversammlung unter Zustimmung des Reichsreglers, sondern nur durch Reichsgesetz zulässig sein soll. Die letzten Paragraphen des Gesetzesentwurfes wurden sodann ohne Debatte angenommen. Damit ist die zweite Lesung er-ledigt. Die dritte wird in zwei bis drei Wochen stattfinden.

Aus der Partei.

Eine Richtigerstellung.

Ein russischer Genosse schreibt uns:
In Ihrer Notiz in Nr. 78 über den früheren Vorsitzenden des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates Chruschalew möchte ich folgende Ungenauigkeit richtigstellen. Chruschalew war nie „sozialdemokratischer Abgeordneter“, sondern nur einer der zehn Delegierten der Petersburger Druckerarbeiter im Arbeiter-deputiertenrat, der im November 1905 eine so hervorragende Rolle gespielt hat. Der sozialdemokratischen Partei schloß er sich erst an, nachdem er zum Vorsitzenden des Deputiertenrates gewählt worden war. Im Prozeß des Arbeiterdeputiertenrates wurde er zur Ver-bannung nach Sibirien verurteilt, er entfloh aber nach einiger Zeit nach dem Auslande, wo er bald darauf mit der Partei brach. Seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie war nur eine kurze Episode in dem abenteuerreichen Leben Chruschalews.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung.

Von dem sozialdemokratischen Geschichtskalen der, den die Buchhandlung Vorwärts unter diesem Titel herausgibt, liegt nunmehr der erste Jahrgang, die Ereignisse des Jahres 1912 umfassend, abgeschlossen vor. Er bildet einen Band von mehr als 850 Seiten, in dem alles zusammengetragen und verzeichnet ist, was von den Vorgängen des letzten Jahres, vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus gesehen, irgendwie bedeutungsvoll erscheint. 435 Seiten des Bandes werden von der Darstellung der Vorgänge im Deutschen Reich und den Einzelstaaten eingenommen; der Rest verteilt sich auf die verschiedenen Staaten des Auslandes. Ein drei Bogen umfassendes, sorgfältig bearbeitetes alphabetisches Sach-register bietet einen Wegweiser durch die unendliche Mannigfaltig-keit der verzeichneten Ereignisse und Tatsachen. Eine ausführliche Einleitung, die die Ereignisse von 1912 in knapp berichtender Zusammenfassung Revue passieren läßt, erleichtert die allgemeine Uebersicht.

Das Erscheinen dieses wichtigen Wertes in vierteljährlichen Lieferungen wird fortgesetzt, und zweifellos wird mit jedem neuen Heft sein Wert und seine Unentbehrlichkeit für alle geistigen Ar-beiter der Arbeiterbewegung klarer erkannt werden. Ohne genaue Kenntnis früherer Entwicklungsstadien einer Angelegenheit ist ihre weitere Darstellung und Behandlung unmöglich, die Kenntnis des Vergangenen wird aber unter Vermeidung umständlicher Spezialforschungen durch dieses übersichtliche und nützliche Hand-buch mit Leichtigkeit vermittelt. Darum wird sich wohl sehr rasch die Einsicht Bahn brechen, daß das Internationale Jahrbuch überall, wo für die Arbeiterbewegung parlamentarische, journalistische, ge-werkschaftliche oder sonstige Arbeit geleistet wird, als unentbehrliches Hilfsmittel bei der Hand sein muß.

Das Internationale Jahrbuch erscheint vierteljährlich und kostet pro Jahr 10 M. Der gebundene Jahresband kostet 12,50 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Latenzliste der Partei.

In Gotha ist vor einigen Tagen im Alter von 84 Jahren nach einer längeren Krankheit der Arbeitersekretär Genosse Karl Helmig gestorben. Genosse Helmig stammt aus Hannover, war von Beruf Schmied und arbeitete als solcher jahrelang im gothaischen Orte Georgental, wo er auch der erste Sozialdemokrat im Gemeinde-parlament wurde. Er wirkte dort bis zu der im Jahre 1901 er-folgten Begründung des Arbeitersekretariats in der Stadt Gotha. Das Sekretariat wurde bis Ende 1909 auch vom Staate mit 2000 M. jährlich unterstützt. „Der alte Helmig“ war allzeit ein tüchtiger Mensch und ein fleißiger Sekretär. Ehre seinem Andenken!

Dolzzellisches, Gerichtliches usw.

Sozialdemokratische Verhältnisse.

Genosse Rauch von der „Vollzeitung“ in Jittau sollte in einem Artikel in der „Vollzeitung“ den in der Mehrzahl antisemitischen Stadtrat in Dauen beleidigt haben. Er hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht in Jittau zu verantworten. In dem Artikel wurde von dem Stadtrat verlangt, Auskunft darüber zu geben, ob für die auswärts wohnenden Großabnehmer von Strom vom städtischen Elektrizitätswerk Verkaufspreise unter Selbstkosten festgesetzt seien, wöhligen die städtischen Stromabnehmer mehr zahlen müßten. — An diese Anfrage waren einige Betrachtungen über die vermutliche Antwort des Stadtrats geknüpft, die als Beleidigung angesehen wurden. — Genosse Rauch erhielt 300 Mark Geld-strafe.

Vor dem Düssel-dorfer Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Genosse Paul Gerlach von der Düssel-dorfer „Vollzeitung“ wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Venrath (Kreis Düsseldorf) und eines Polizeikommissars zu verantworten. Am 26. Januar, einem Sonntag (!), war auf einem Neubau in Venrath ein Bauarbeiter abgestürzt und hatte sich schwere Verletzungen zu-gezogen. Im Anschluß an einen Bericht über diesen Unfall hatte Genosse Gerlach die mangelhafte Bauteilkontrolle scharf kritisiert. Durch diese Kritik fühlten sich die beiden Beamten beleidigt, und pflichtschuldigst erbob der Staatsanwalt Anklage. In der Verhandlung wurde die mangelhafte Bauteilkontrolle erwiesen, der ange-lagte Redakteur aber trotzdem wegen Beleidigung, die in der Art der Abfassung liegen soll, zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Schuß des § 139 des Strafgesetzbuchs (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten versagt, weil er angeblich das Maß einer objektiven Kritik überschritten habe.

Wegen Beleidigung des eilffischen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Dr. Paegh hatte sich Genosse Fischer von der Straß-burger „Freien Presse“ zu verantworten. In einem Artikel wurde die Abstammung dieses Abgeordneten, der für sich selbst von ihm als Korruptionsfonds angelegene Dismarckzulage gestimmt hat, weil auch die eilff-lotringischen Beamten dabei bedacht werden sollten, mit einigen recht scharfen Worten glosiert. Genosse Fischer wurde zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhte Industrieerträge durch die neue Militärvorlage

versprechen sich mit anderen Prozentpatrioten auch die deutschen Lederindustriellen. Schon am nächsten Tag nach der offiziellen Be-lanntgabe der Militärvorlage verließ deren Organ, die „Säch-sische Arbeiter-Zeitung“, ihrer Freude Ausdruck über die Vorteile, welche durch die Equipierung der 136 000 Mann denjenigen Branchen geboten würden, die Artikel für die Heeresverwaltung herstellen. „Die deutsche Lederindustrie“ — jubelt das Un-ternehmerblatt — „kann sich also auf beträchtliche Mehrerlöse gefaßt machen.“ Die Lederindustriellen setzen ihre Hoffnungen je-doch nicht allein darauf, daß ihnen mit dem Fiskus ein gutes Geschäft bevorsteht, indem bei den zu erwartenden enormen Liefe-rungen auch die Preisfrage in einer Weise gelöst wird, die den schwierigen Verhältnissen der Industrie Rechnung trägt, son-dern der plötzliche Mehrbedarf an Leder von dieser Seite gibt ihnen eine willkommenen Gelegenheit, die Lederpreise allgemein zu erhöhen.

Der Konsum wird bei der vorhandenen Knappheit des Roh-materials nach Annahme der Militärvorlage für Leder und Leder-waren die höchsten Preise zu bezahlen haben. Durch den rasch zu-nehmenden Verbrauch von Leder infolge vermehrter Verwendungs-möglichkeit sind die Preise für Rohhäute während der letzten Jahre um 80 bis 80 Proz. gestiegen, was besonders auch dadurch bewirkt wurde, daß seit der zollfreien Einfuhr aus Nordamerika auf dem deutschen Hautmarkt als Käufer auftritt. Wenn nun zu dieser bereits vorhandenen Knappheit noch ein außerordentlich großer Konsums liegender vermehrter Lederverbrauch hinzutritt, dann werden mit dem Hautpreisen die Lederpreise eine vorher nie ge-lannte Höhe erreichen.

Jeder findet in der Arme Verwendung für Helme, Stiefel, Tornier, Patronentaschen, Riemen, Pferdegeschirre und Wagen-decken, an Automobilen usw., wobei noch zu beachten ist, daß hier-vo große Quantitäten in mehrfacher Herstellung als Kammer-vorräte aufgespeichert werden. Die Folge der so geschaffenen Situation wird sein ein Steigen der Schuhpreise und der Um ein großer Anzahl kleiner und mittlerer Gerber-meister, die nicht in der Lage sein werden, auf dem Rohhäutemarkt mit den Großindustriellen konkurrieren zu können.

Krieg und Konjunktur.

Die Aussichten auf eine Reubebung der Konjunktur scheinen nun auch in industriellen Kreisen mehr und mehr zu schwinden. So bringt die „Rhein-Westfälische Ztg.“ folgende pessimistische Be-wertung über die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes: „Die Marktverhältnisse haben sich leider unter dem Druck des teuren Geldstandes und der politischen Sorgen nicht geändert. Der dringende Frühjahrsbedarf hat zwar in den letzten Wochen eine kleine Belebung der Kaufkraft gezeitigt und manchen Werken die schon recht notwendige Ergänzung ihres Auftragsbestandes ge-bracht, zu einer durchgreifenden Belebung des Geschäftes scheint es aber nicht kommen zu sollen, denn die Zurückhaltung der Käufer-sichten besteht in der Hauptsache fort. Damit aber verringern sich die Hoffnungen auf einen allgemeinen neuen Aufschwung in unserem Wirtschaftsleben, die bisher noch vielfach, gerade in industriellen Kreisen, laut wurden. Die Regelung der Balkanangelegenheiten wird zweifelsohne auch nach Einstellung der Feindseligkeiten noch geraume Zeit auf sich warten lassen, und ebenso wird mit einer durchgreifenden Besserung am heimischen Geldmarkt schwerlich für die nächste Zeit schon gerechnet werden können. Dafür ist der Geldbedarf des Staates und der Gemeinden zu groß, und es braucht hier nur an die einmaligen und dauernden Mehrausgaben erinnert zu werden, die die neuen Wehrvorlagen bringen. Es fehlen die anregenden Faktoren für einen neuen geschäftlichen Aufschwung, und so kann es nicht wunder nehmen, wenn die Zurückhaltung mehr und mehr an Boden ge-winnt. Für die Händler namentlich bietet das Geschäft immer größere Schwierigkeiten, und deshalb mag man auch nicht, größere Geschäfte abzuschließen. Das Risiko ist zu groß. Die Werke sind zwar noch leidlich gut beschäftigt und sie können mit Befriedigung darauf hinweisen, daß die diesjährigen Gewinnergebnisse die vor-jährigen ziemlich sicher noch erheblich übersteigen werden, da die Abschöpfungsergebnisse noch in keiner Weise zur Geltung kommen. Auf die Dauer aber werden die Folgererscheinungen doch nicht ausbleiben. Der bisher flotte Eingang der Ausführungs-aufträge hat in der letzten Zeit doch etwas nachgelassen und die Lieferfristen sind bei einzelnen Werken schon auf 2-3 Wochen zurückgegangen. Der Beschäftigungsgrad ist ein einheitlich glän-gender mehr, wenn er auch bis Jahresmitte durchschnittlich gestiegen ist. Die Widerstandskraft der Preise gerät allmählich ins Wanken, und wenn bisher lediglich der Stabelfennmarkt davon betroffen war, so beginnen jetzt allmählich auch andere Marktgebiete in Rülleiden-schaft gezogen zu werden, besonders scheint dies in Blechen der Fall zu sein, bei denen die Siegerländer Werke nicht gleichmäßig mehr an den bisher gültigen Preisen festhalten. Die weitere Ent-wicklung des Marktes scheint danach keine günstigen Perspektiven zu eröffnen, sie bleibt unsicher.“

Tabaktrust und Zasmah.

Obleich die Dresdener Zigarettenfirma G. A. Zasmah i. L. G. in dem Text ihres Geschäftsberichts für 1912 die Tatsache zu verschleiern sucht, daß sie zum amerikanischen Trust in Beziehung steht, bestätigt gerade die Bilanz des Unternehmens diese Ab-hängigkeit. In der Bilanz erscheint nämlich als Besitz von Wert-papieren und Beteiligungen ein Posten in Höhe von 7 745 481 M. gegen nur 921 888 M. im Vorjahre. Die Erhöhung dieses Postens um fast 7 Millionen innerhalb eines Jahres ist dadurch möglich ge-worden, daß die Firma im letzten Jahr ihr Kapital von 10 auf 14 Millionen erhöhte. In dem Konto Beteiligungen finden neben Aktien der „British American Tobacco Co.“ in London, der eng-lischen Tochtergesellschaft des Trusts, wahrscheinlich noch Betei-ligungen der übrigen Trustfirmen (Josetti, Sulima, Delta usw.).

Gründungen und Kapitalerhöhungen. Wie sehr Geld- und politische Sorgen im ersten Quartal 1913 das Wirtschaftsleben be-einflusst haben, geht aus einer von der „Ban!“ veröffentlichten Zu-sammenstellung der Gründungen und Kapitalerhöhungen hervor. Danach sind in den ersten drei Monaten 44 Aktiengesellschaften mit 59,5 Millionen Mark Kapital gegründet worden (1912: 42 Gesell-schaften mit 78,7 Millionen Mark Kapital) und 1141 Gesellschaften m. b. H. mit 87,4 Millionen Mark Kapital (i. V. 1185 Gesellschaften mit 108,4 Millionen Mark). Einen außerordentlich starken Aus-gang weisen aber vor allem die Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften auf. 1912 erhöhten 114 Aktiengesellschaften ihr Kapital um 240 Millionen Mark, 1913 nur 72, die ein Kapital von nur 66 Millionen beanspruchten.

Konzentration im Rheinischen Braunkohlenbergbau. Vor kurzem berichteten wir, daß die Rheinische L. G. für Braun-kohlenbergbau und Bräunefabrikation von der Generalität Bellerhemmer die Grube „Carl“ gepachtet hat. Jetzt geht die Rheinische L. G. eine enge Interessengemeinschaft mit der Clarenberg L. G. für Kohlen- und Tonindustrie ein. Die Rhein-ische L. G. übernimmt auch hier den Bergwerksbetrieb der Claren-berg L. G. und garantiert dafür eine Dividende in doppelter Höhe der eigenen. Schon seit längerer Zeit befindet sich ein großer Teil der Clarenberg-Aktien im Besitz der Rheinischen L. G.

Um den Rähfabren. In der Rähfabrenbranche herrscht ein scharfer Kampf zwischen der Mechanischen Zwirnerei Heilbronn vorn. C. Akermann u. Co. und der Zwirnerei und Rähfabren-fabrik Göggingen-Augsburg. Mehrere bisher unabhängige Rähfabren sind diesem Kampfe zum Opfer gefallen. So hat kürzlich die Firma Julius Schürer in Augsburg bei einer Sa-nierung nur einen Teil der Aktien den alten Aktionären angeboten, den Rest aber der Gögginger Firma übergeben. Der Direktor der Fabrik Göggingen ist auch in den Aufsichtsrat der Augsburger Fabrik eingetreten.

Spielerprozeß Stallmann.

Siebenter Tag.

In der gestrigen Sitzung wurde der Hauptzeuge für den An-klagefall (den Fall Dippe) der 24-jährige Leutnant von Dippe ver-nommen, der in der Uniform des 12. ostpreussischen Infanterie-regiments erschien. Neben den Fall gibt er folgende Darstellung: Er wisse nicht mehr genau, wo er den damaligen Leutnant Niemela kennen gelernt habe. Wüies sei ihm jedenfalls bei einem Rennen in Magdeburg durch einen Gutsbesitzer Brede unter dem Namen eines „Herrn von Henrichs“ vorgestellt worden. Jemandem freund-schaftliches Verhältnis zwischen ihm und Wüies habe nie bestanden. Wüies habe ihm öfter geschrieben, ihn auch einmal bei der Durch-fahrt in Stendal besucht. Im Sommer 1910, kurz vor der Prinz-Heinrichsfahrt, habe Niemela an ihn geschrieben und ihm mitge-teilt, er beteilige sich an dieser Fahrt, die am 2. Juli beginne-n sollte; vorher möchte er ihn noch einmal sprechen. Er zeuge, habe telegraphisch sein Einverständnis erklärt und mit Niemela eine Zu-sammenkunft im „Fürstenthor“ vereinbart. Als er in dem Mittags-schnellzug saß, der auf dem letzten Bahnhof gegen 1/2 Uhr ein-trat, habe er plötzlich kurz hinter Rathenow den ihm seinerzeit als „von Henrichs“ vorgestellten Wüies im Zuge gesehen. Der ange-bliche Henrichs erzählte, daß er in Rathenow habe landwirtschaftliche Maschinen kaufen wollen, er werde nun von einem guten Be-kannten, dem „Baron von König“, erwartet. Man habe dann ver-einbart, gemeinschaftlich nach dem „Fürstenthor“ zu fahren, wo Niemela schon wartete, den er dem Herrn von Henrichs und Herrn von König vorgestellt habe. Nach dem Frühstück habe man sich in

einen der Salons zurückgezogen, dochhin wurden Schnäpse und Kaffee bestellt. Er habe hier noch Benediktiner, Kognak und Chartreuse getrunken. Das Gespräch sei dann auf das Bräutigamsproblem gekommen, nach seiner Erinnerung habe von König die Karten bestellt und ihm dann ein Bräutigamsproblem gezeigt, welches er nicht lösen könne. Den Buias habe er nur unter dem Namen von Heinrich gelannt, die anderen hätten ihn auch nur so bezeichnet. Nachdem er sich vergeblich mit der Lösung des Bräutigamsproblems abgemüht, habe er sich dem inzwischen von Buias und v. König begonnenen Spiel *Hoix et Noix* zugewandt und zunächst zugehört, und dann sei er von Herrn v. König aufgefordert worden, ihm zu helfen und zu raten, da er doch habe. Der Zeuge hat, wie er aussagt, zunächst geglaubt, es handele sich um eine zwischen den beiden ausgespielte Partie, dann aber, nachdem man ihm das Spiel erklärt hatte, sei richtig gespielt worden und er habe sich mit v. König (Stallmann) zusammengetan und mit ihm gespielt, während Buias (v. Heinrich) die Bank hielt. Die Sätze hielten sich zunächst in „mittleren Grenzen“, man setzte zuerst 500 M., dann wurden 1000 M. gesetzt. Die Sätze steigerten sich, da sie sich im Verlust befanden. Kleinere Beträge gewannen sie manchmal, höhere Verluste wurden regelmäßig verloren. Die Aufzählung von den „braunen Lappen“ müsse er entschieden bestreiten. Als Schlusswort waren dann die 80 000 M. gekommen, die Stallmann und er rüsten wollten. Der Zeuge will seinen Begriff mehr über die Höhe des Spiels gehabt haben; er erklärt dies durch den Hinweis darauf, daß man im Restaurant des „Fürstenhofs“ schon mehrere Flaschen Weißwein und Sekt und oben auf dem Zimmer zum Kaffee noch Kognak, Chartreuse und Benediktiner getrunken hatte. Als die große Summe verloren war, sei v. König aufgesprungen, habe erklärt, er höre nun auf, und habe die Karten zertrümmert. Buias habe dann Beschlußformulare hervorgezogen und sowohl v. König wie er selbst habe je einen Wechsel über 80 000 M. unterschrieben. Daß er selbst die Summe mit „80 Tausend“ Mark eingeschrieben habe, lasse sich nur durch seine Angetrunkenheit erklären. Buias nahm beide Wechsel an sich. Niemela habe während des Spiels abwärts gesehen, er spielte nicht mit. Der Zeuge bestreitet auch, daß er in irgendeinem Moment gesehen habe, daß Niemela sich am Spiel beteilige oder, wie behauptet wird, am Stallmann 500 M. verloren habe. Niemela habe ihm Vorwürfe über die Höhe des Spiels gemacht und ihm geraten, den Wechsel vorläufig doch nicht zu bezahlen.

Der Zeuge äußert sich dann über die späteren Vorgänge, die sich abgespielt hätten, nachdem sich eines Tages der „Affessor“ Bergell bei ihm im Kasino hatte melden lassen. Bergell habe ihm erklärt, er komme im Auftrage des Kommandanten Niemela, der ihn warnen lasse. Er solle auf keinen Fall die 80 000 M. bezahlen, denn die Sache sei nicht ganz recht gewesen. Bei einer doch darauf erfolgten Zusammenkunft mit Niemela in Berlin habe ihn dieser geraten, er solle die ganze Sache seinem Rechtsanwalt übergeben. Da er hier keinen Anwalt kannte, habe ihm Niemela den Justizrat Marcuse empfohlen, dem er dann die Erledigung der ganzen Sache übertrug. Im Wandel sei dann eines Tages ein Automobil angekommen, in dem zwei Herren saßen, die sich als Graf Wolff-Retternich und Kapitän Rawdon vorstellten und den Wechsel präsentierten. Er habe die beiden an Justizrat Marcuse gewiesen, bei dem die Sache geregelt werde. Dort sei dann der Wechsel besichtigt worden. Niemela habe ihn seinerzeit gebeten, er möchte, wenn es nicht unbedingt nötig sei, seinen, Niemelas, Namen nicht nennen.

Als er mit Niemela damals sprach, habe ihm Niemela gewisse Vorwürfe gemacht, daß ihn der Zeuge „mit solchen Worten“ bekannt gemacht habe. Er habe hinzugefügt, daß ihm damals Unannehmlichkeiten vom Regiment entsetzt hätten; er wolle sich in ein Kavallerieregiment versetzen lassen und sei verlobt, deshalb bitte er den Zeugen um den Gegendienst, bei seiner Vernehmung nichts von seiner (Niemelas) Anwesenheit während des Spiels zu erwähnen.

Es wird dann weiter der Punkt behandelt, wo dem Angeklagten Cramer

Erpressung

vorgeworfen wurde. Der Gang der Dinge in diesem Falle war folgender. Niemela hatte bei Herrn v. Dippe angefragt, ob er ihn bei seiner Vernehmung erwähnt habe und v. D. hatte brieflich geantwortet, daß er von der Anwesenheit Niemelas nichts erwähnt habe, ihn aber hätte, dies nach nachträglich tun zu dürfen. Im Oktober 1911 erhielt Herr v. Dippe von Cramer unter dem Namen „von Bredow“ einen Brief aus London, in welchem er schrieb, daß Niemela jenen Brief besitze, in welchem Herr v. D. zugegeben, daß er Niemela nicht genannt habe; es wäre gut, wenn ich nach London käme und einmal über diese Sache spräche, denn ich könnte für beide nicht sehr angenehme Folgen haben. Herr v. D. lehnte ab, dann folgte ein zweiter Brief mit dem Hinweis, daß v. D. die Sache doch zu leicht nehme. Der Zeuge schrieb nochmals ab und erst auf den dritten Brief entschloß er sich, da er gerade Urlaub hatte, nach London zu reisen. Er stieg in einem vorher bezeichneten Hotel ab. Am nächsten Tage suchte ihn der Angeklagte Cramer auf und kam auf den Brief zu sprechen, wobei v. D. jede Andeutung, wonach er eine falsche Aussage gemacht habe, entschieden ablehnte. Dann erzählte v. Bredow-Cramer, es ginge Niemela sehr schlecht, er hätte seine ganzen Maschinen verloren und Herr v. D. habe ihn doch quasi in die ganze Sache hineingezogen, er sei doch eigentlich moralisch verpflichtet, dem Niemela etwas zu helfen. Niemela möchte in die ganze Sache nicht hineinkommen und am liebsten nach Argentinien gehen. Da erklärte sich v. D. bereit, ihn mit 7000 Pfund Sterling zu unterstützen. — Vorhänder: Das sind doch 140 000 M. Ist Ihnen denn das nicht sehr hoch vorgekommen? — Zeuge: Nein; denn er ist in Argentinien sehr teuer, zweitens sollte er sich doch neue Flugapparate anschaffen und schließlich war ich doch auch damals der Meinung, daß mir Niemela 80 000 M. gerettet habe. — Weiter befand der Zeuge: v. Bredow-Cramer habe bezüglich der Ausbringung der 7000 Pfund angesetzt, ob v. D. sich nicht an seinen Vater wenden wolle, was v. D. ablehnte. Dann hat ihm Cramer empfohlen, sich an den Geldgeber Pariser oder dessen Agenten Domarus zu wenden. Dann unterschrieb v. D. Herrn Cramer ein Schuldbekenntnis über 7000 Pfund, die er angeblich von Cramer erhalten habe und eine Zahlungsverspflichtung, wonach er 7000 Pfund Sterling in 14 Tagen bezahlen würde. Der Zeuge schrieb dann auch von London aus an Domarus und war dann erstaunt, von seinem Vater und von Rosenfeld Briefe über diese Angelegenheit zu erhalten. Dr. Rosenfeld ging dann mit dem Zeugen zum Staatsanwalt Bergell und er wurde vom Untersuchungsrichter Brief vernommen. Ansprüche gegen ihn sind wegen der 7000 Pfund niemals geltend gemacht worden.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld äußert sich des längeren über die Mitteilungen, die ihm der Zeuge v. Dippe gemacht, über die Verhandlungen, die er mit dem Agenten Pariser, Herrn Domarus, gehabt und über seine persönlichen Verhandlungen mit dem angeklagten v. Bredow in London. Dr. Rosenfeld wurde eines Tages von Domarus aufgesucht, der sich bei ihm über die Verhältnisse der Familie v. Dippe erkundigen wollte. Die Sache interessierte Dr. R. sehr, da er zu dem Vater des v. D., dem Vandesökonomen v. D., in anwaltlichen Beziehungen stand. Dr. R. erfuhr von dem Agenten, daß dieser für den jungen v. Dippe 140 000 M. künftighin machen solle und dazu durch einen Brief desselben aus London aufgefordert worden sei. Dr. Rosenfeld fragte den Agenten, was er bei der Sache verdiene, und als dieser sagte: 1/3 Prozent, versprach ihm der Zeuge 5000 M., wenn er „pfeifen“ und ihm den Brief des Herrn v. Dippe aus London zeigen würde. Nachdem dies geschehen, hat Dr. Rosenfeld sich sofort an den alten Herrn v. Dippe gewandt und ihm telephonisch mitgeteilt: „Soeben will Ihr Sohn Georg mittels Briefes aus London 140 000 M. pumpen.“ Der alte Herr v. Dippe erklärte dies für Unsinn, da sein Sohn ja in Bonn und nicht in London sich befände. Da sich Herr v. D. sofort telephonisch erkundigte, trat sehr bald die telephonische Mitteilung ein, daß Georg v. D. wirklich nicht in Bonn, sondern in London sei. Nun ließ Dr. Rosenfeld den jungen v. D. sofort zu sich kommen und erfuhr von ihm die Einzelheiten der Schwelgerei im „Fürstenhof“, seiner Richterwählung des Niemela und seines

Besuches in London auf Aufforderung des „Herrn v. Bredow“. Darauf kam das Rad ins Rollen, denn Dr. Rosenfeld ging sofort mit Georg v. Dippe zum Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter und hat dann nach Rücksprache mit amtlichen Personen und auch mit Herrn v. Mantuffel eine schlaue Komödie aufgeführt, um mit Herrn v. Bredow in Verbindung zu kommen und schließlich zu können, ob und inwieweit es auf Erpressungen abgesehen sei. Er schrieb deshalb an v. Bredow-Cramer nach London als Bevollmächtigter des v. Dippe, teilte mit, daß die Beschaffung des Geldes Schwierigkeiten mache. Er sei bereit, zur Bezahlung der Angelegenheit vorläufig hinter dem Rücken des Vaters bemüht zu sein, müsse aber zu seiner Verhütung folgendes sagen: 1. das Geld soll zur Fortschaffung ins sein. Ich höre, daß gegen R. ein Steckbrief erlassen ist. Welche Sicherheit könne gegeben werden, daß mit dem Geldpfeifer auch der Jwed der Fortschaffung erreicht wird? 2. Welche Sicherheit werde gegeben, daß Dippe durch die Opfer keine Unruhe bekommt und daß dies nicht eine Schraube ohne Ende wird? 3. Würde es vielleicht genügen, daß erst 1000 Pfund Sterling bezahlt werden und der Rest in 3 bis 6 Jahren. — Der Zeuge betont nochmals, daß dieser Brief und die anderen Korrespondenzen Kumpff gewesen seien und nur dem Jwed der Entlastung dienen sollten. — Darauf erhielt Dr. R. unter dem 2. November 1911 von Cramer einen Brief, in welchem u. a. gesagt wurde: „Was nun den Fall Niemela angeht, so habe ich R. bereits vor Eintreffen Ihres Schreibens fortgeschickt, und zwar geschah dies auf Wunsch des Dippe.“ In dem Briefe wird weiter gesagt, daß Niemela als Angellagerter dadurch die Wohltat genieße, nicht mehr gegen Dippe unter seinem Eide aussagen zu müssen, und dies sei ungeheuer wichtig für Herrn v. Dippe. Es existiere ein Brief von der Hand des Dippe, welcher außer allem Zweifel bestätige, daß Dippe in Sachen Stallmann und Gewissen wesentlich einen Meineid geleistet habe. Er selbst, v. Bredow, vertrete die Interessen des Niemela und er wisse, daß gewisse Maßnahmen gegen Dippe geplant seien und diese erst im Verhandlungstermin vorgebracht werden sollten. Der Kardinalpunkt sei jener Brief und von diesem Briefe hänge alles ab. — Auf diesen Brief gab Dr. R. folgende Antwort: „Verleumere Ernst der Situation keineswegs. Habe sofort Vater verständigt, zu Opfern Vollmacht erhalten, Verschwiegenheit, wenn Hilfe, für alle geboten, um Schritte gemäß § 163 Abs. 2 machen zu können. Bedarf Kenntnis Briefinhalts. Bitte angebotene Zusammenkunft baldmöglichst Berlin stattfinden zu lassen. Bin zur Spesenstattung und Vorschuhleistung bereit.“ — In Berlin war die Kriminalpolizei sehr begierig darauf, ob Cramer-v. Bredow so früh sein würde, nach Berlin zu kommen. Er kam aber nicht, sondern deponierte, daß er krank sei. In einer anderen Depesche des Cramer heißt es u. a.: „Brief beweist nicht Falschheit, sondern abstrakt wissenschaftlich falsche Eidesabgabe, nicht § 163, sondern 158 anwendbar. Opfer verbieten. Anwaltswort nicht erhalten. Entweder Sie kommen, oder ich ziehe jede Unterstufung zurück. Ich korrespondiere nicht mehr. Bredow.“ — Dr. Rosenfeld traf dann am 2. Dezember 1911 in London ein und hatte in Kaisers Hotel eine Unterredung mit v. Bredow. Daß dieser in Wahrheit Cramer hieß, wußte Dr. R. schon, er hatte sogar eine ihm von der Polizei überlassene Photographie in seiner Tasche, sagte aber von dieser feiner Kenntnis noch nichts dem Cramer. Der Schluß dieser Unterredung, bei welcher Cramer außerordentlich vorsichtig und es zweifelhaft war, ob nach englischem Recht Erpressung vorliege, ging dahin, daß Dr. R. sich überlegen wolle, ob er noch Veranlassung nehmen würde, den an Niemela gerichteten Brief für seinen Klienten Dippe zu erwidern. Bredow habe nämlich weder den Brief vorgelesen noch eine Abschrift desselben vorlegen können. Er hatte sich nur angeblich einige Stellen auf einem Zettel aufgeschrieben. Diese Stellen bewiesen aber gar nicht das, was Cramer-v. Bredow behauptet hatte, und deshalb benutzte Dr. R. die Gelegenheit, zu sagen, er wolle sich noch überlegen, ob der Erwerb des Briefes für seinen Klienten einen Wert habe. Damit Bredow in Zukunft nicht einmal den Inhalt dieses Gesprächs, bei welchem Cramer wahrscheinlich ebenfalls spielte, wie Dr. Rosenfeld, ableugnen konnte, schrieb ihm Dr. Rosenfeld einen sehr ausführlichen Brief, in welchem er den Inhalt des Gesprächs rekapituliert und die Frage erbot, ob unter welchen Opfern sein Klient noch ein Interesse daran habe, den Brief zu erhalten.

Es fanden dann noch einige Unterredungen statt und, um die Sache abguschließen, hat Dr. Rosenfeld sich bereit erklärt, ihm das selbe zu geben, was er dem Finanzagenten gegeben, der die Sache verraten, nämlich 5000 M. Darauf antwortete Cramer-Bredow lächelnd: „Sie meinen wohl 5000 Pfund Sterling?“ Damit trennte sich Dr. R. von Cramer. Nachträglich haben sowohl Cramer wie Niemela mit Dr. R. korrespondiert. In einigen Depeschen Cramers wurde wieder auf allerlei fürchterliches und allerlei Gefahren für Dippe hingewiesen, dann ging mit einem Male eine Depesche Cramers ein, in welcher es hieß: „Niemela ist ein Schurke, er habe beim Kommandeur den Dippe denunziert.“ In der Tat war bei dem Kommandeur ein „Docteur en droit Dubonnet“ unterzeichnete Denunziation aus dem Terminushotel in Paris eingegangen. — Dr. Rosenfeld hat schließlich dem Cramer mitgeteilt, daß ihm sehr gut sein wirklicher Name Cramer bekannt sei und daß ihm an dem Brief nichts mehr gelegen sei. Die nächste Sitzung soll am Montag stattfinden.

Aus aller Welt.

Ein Zeppelin-Luftschiff in Frankreich gelandet.

Der gestern von uns erwähnte Aprilscherz eines französischen Provinzialblattes, daß ein großes Zeppelin-Luftschiff in Frankreich gelandet sei, ist schneller als man glauben konnte, zur Wirklichkeit geworden. Wie uns ein Telegramm aus Lunéville meldet, landete auf dem dortigen Marsfeld am Donnerstagmittag infolge eines Motordefekts das Zeppelin-Luftschiff „Z. 4“, das mit drei deutschen Offizieren in Uniform in Friedrichshafen aufgestiegen war. Das Luftschiff wurde von Kapitän Glund geführt, einem Angestellten des Luftschiffbaues Zeppelin, dem das Luftschiff gehört. Die an Bord befindlichen Offiziere gehören der Abnahmekommission an. Es sind Hauptmann George, Oberleutnant Jacobi und Oberleutnant Brandes.

Ueber den Zwischenfall meldet ein späteres Telegramm: Als das Flugschiff auf dem Manöverfeld landete, hielt dort gerade eine berittene Jägerbrigade Übungen ab. General Lescot verbot die Offiziere, sie erklärten, früh 6 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen zu sein, sie wollten einen größeren Flug ausführen und seien durch die Wolken über ihre Richtung getäuscht worden; aus Versehen seien sie nach Lunéville gelangt. Das Luftschiff wurde mit Beschlag belegt und wird vom Militär bewacht. Der Unterpräfekt und der Staatsanwalt sind an Ort und Stelle eingetroffen.

An den Behauptungen der vernommenen Offiziere, daß das Luftschiff durch widrige Umstände aus der Fahrtrichtung gelenkt worden ist, wird wohl niemand zweifeln. Besser wäre es aber gewesen, daß diese Möglichkeiten vor Eintritt der Fahrt Rücksicht zu nehmen, und dem Luftschiff von Anfang an eine Richtung zu geben, die ein Ueberstreifen der Grenze vermieden hätte. Das war unjenseitig notwendig, als es sich um eine Prüfungsfahrt handelte, bei der ein Versagen der Motore und ein Abstreifen immerhin in Rechnung gezogen werden mußte und die in Frankreich erfolgte Landung mit Offizieren an Bord den Chauvinisten ganz überflüssigweise Wasser auf ihre Röhren liefert.

Glücklicherweise scheint man ja an maßgebender Stelle in Frankreich die Sache nicht tragisch nehmen zu wollen. Denn wie uns ferner mitgeteilt wird, ist man in Paris weit davon entfernt, der Landung des deutschen Luftschiffes auf dem Übungsplatz bei Lunéville irgendwelche tiefer liegende Bedeutung beizumessen. Man erklärt, es handle sich um einen Vorfall, welcher lediglich vom Gesichtspunkt der Luftschiffahrt aus Interesse haben könnte.

Die Rostocker Leichenfunde aufgeklärt.

Der unheimliche Leichenfund, der, wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, in der Warnow bei Rostock gemacht wurde, hat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Die beiden Anaben und ihr jüngerer Bruder sind von dem Vater, dem Kaufmann Bladt aus Gehlsdorf, ertränkt worden. Bladt selbst hat sich in der Nacht zum Donnerstag in der Nähe des Rostocker Exerzierplatzes vor einen Eisenbahnzug geworfen; ihm wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt. In einem hinterlassenen Briefe teilt er mit, daß er seine drei Kinder in der Warnow ertränkt habe. Die Leiche des jüngsten Kindes konnte bisher nicht geborgen werden. Ueber die Ursachen, die Bladt zu seiner unseligen Tat geführt haben, ist nichts bekannt.

Das Urteil gegen Frau Panthurst.

Wie uns ein Privattelegramm aus London berichtet, stand Frau Panthurst, die Führerin der englischen Suffragetten, am Donnerstag vor dem Londoner Schwurgericht, um sich wegen der im Hause des Schatzkanzlers erfolgten Bombenexplosion zu verantworten. Frau Panthurst bekannte sich schuldig, sie wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. In ihrer Rede vor den Geschworenen sagte die Frau Panthurst, daß sie, sobald sie den Gerichtssaal verlassen werde, in den Hungerstreik treten werde. Sie würde so bald als möglich aus dem Gefängnis kommen, entweder tot oder lebendig. Im letzteren Falle werde sie den Kampf mit allen ihren Freundinnen, die bereit seien, sich der Sache der Frauenemanzipation zu opfern, fortsetzen.

Schwerer Unfall auf einem französischen Dampferkreuzer.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Mittwoch in Orient an Bord des Dampferkreuzers „Admiral Courbet“ zugetragen, an dessen artilleristische Ausrüstung (soeben die letzte Hand gelegt wird). Aus noch unauferklärter Ursache glitten zwei 305-Millimeterkanonen aus ihren Lafetten nach rückwärts und stürzten in die Tiefe des Wanzerturmes, in dem eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt war. Den meisten gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Zwei Arbeiter wurden jedoch von den herabstürzenden Kanonen erfasst. Der eine wurde zermalmt und war auf der Stelle tot; der andere hat so schwere innere Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Selbstmord mit einem Maschinengewehr.

Auf eine sonderbare Art hat Donnerstag früh in der Landwehr-Lafette in Graz der Gefreite Kupenil von der Maschinengewehr-Abteilung seinem Leben ein Ende bereitet. Als das Regiment ausrüden sollte, stellte sich der Gefreite im Magazin der Maschinengewehr-Abteilung vor ein Maschinengewehr, steckte in das Maschinengewehr seinen ganzen Gürtel voll Patronen hinein, besetzte an der Schußvorrichtung eine Zündschnur und gab auf diese Weise mehrere Schüsse auf sich ab. Einige Kugeln durchbohrten das Herz. Kupenil wurde furchtbar zugerichtet und war auf der Stelle tot.

Kleine Notizen.

Ihr laßt den Armen schuldig werden... In der bayerischen Ostpfalz Unfinden wurden zwei junge Mädchen von 17 und 19 Jahren verhaftet, welche ihre neugeborenen Kinder ermordet und die Leichen vergraben hatten.

Eine Familientragödie hat sich am Donnerstag in der Söderstraße 144 in Hamburg ereignet. Eine Ehefrau, die schon längere Zeit an hochgradiger Nervenlähmung litt, hat sich mit ihren Kindern im Alter von 6 bzw. 1/2 Jahren durch Seuchtgas vergiftet. Als der Ehemann nach Hause kam, fand er die drei Personen tot auf dem Fußboden liegend vor, während die Gasflamme in der Küche geblitzt war.

Opfer der See. Der Marinepräfekt von Toulon teilte dem Marineminister mit, daß auf dem nach Biserta fahrenden Unterseeboot „Turquoise“ sieben Mann durch eine Woge über Bord gespült worden seien, von denen nur zwei gerettet werden konnten. Unter den Ertrunkenen befinden sich ein Leutnant und ein Fähnrich zur See.

Eisenbahnunglück in Spanien. Auf dem Bahnhof San Paulo in Barcelona stieß ein Personenzug mit einem Güterwagen zusammen. Der Anprall war so heftig, daß mehrere Wagen zertrümmert wurden. Drei Personen waren auf der Stelle tot, zehn andere haben schwere Verletzungen davongetragen. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 27. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Um Albanien. Von Hermann Wendel. — Das Proportionalwahlrecht. Von J. Leber. — Die sozialistische Lösung der Landarbeiterfrage. Von A. Holzer (Klein-Daun). — Ein Kämpfer des Islam. Von W. von Katerstein (Norderdam).

Mit diesem Heft beginnt das Abonnement für das zweite Semester des 31. Jahrgangs.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“ Jahresschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 14 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Internationales Recht. — Von der Tugend der arbeitslosen Heimarbeiterrinnen. Von G. H. — Luise Otto-Peters. Von Kathilde Sturm (Schluß). — Bezirks-Frauenkongress IV. Von Luise Frey. — Ueberlumpenung in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. — Der sozialdemokratische Frauenrat: In Russland. Von Alexandra Kollontaj. In Dänemark. Von Karla Waaga. In Ungarn.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 8. Nummer des 30. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen und bringt u. a. aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Todesjahres von Josef Dieggen eine Abhandlung über den Arbeiterphilosophen aus der Feder Konrad Schmidts nebst einem Portrait Dieggen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. D. B. Dieggen, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportagen zu beziehen.

Marktpreise von Berlin am 2. April 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,76 bis 19,90, mittel 19,48—19,62, geringe 19,20—19,34. Roggen, gute Sorte 16,00, mittel 16,00—16,00, geringe 16,00—16,00 (ab Vahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,50, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,80—19,70, mittel 16,90—17,30 (frei Wagen und Vahn). Mais (mitged.), gute Sorte 14,30—14,70. Mais (runder), gute Sorte 15,20—15,60. Roggenstroh 1,50. Heu 5,60—7,50.

Marktpreise 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speiseerbsen, weiße 30,00—30,00. Linsen 35,00—30,00. Kartoffeln (klein) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,40. 1 Kilogramm Rapsen 1,20—2,40. Wale 1,60—2,20. Gander 1,40—2,60. Federn 1,40—2,80. Barfische 1,20—2,40. Schote 1,60—3,20, Weie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—30,00.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse
132-137 Alexander-Platz

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

Soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Butter und Käse

- Tischbutter Pfund 1.25
- Fabelbutter Pfund 1.35, 1/2 Pfund 68 Pf.
- Limburger Pfund 50, Romatour 30 Pf.
- Brie vollfett Pfund 80, Schweizer Pfund 88 Pf.
- Camembert-Käse . . . 2 Stück 35 Pf.
- Bayer. Emmenthaler Pfund 1.00
- Allgäuer Alpenkäse Pfund 68 Pf.
- Tilsiter Käse vollfett . Pfund 85 Pf.

Obst und Gemüse

- Amerik. Aepfel Pfund 20, 23 Pf.
- Kaliforn. Aepfel Pfund 25, 35, 45 Pf.
- Ananas Pfund 68, 72 Pf.
- Kanar. Bananen . . . Pfund 30 Pf.
- Feigen Kist. 35, 43, Leum. 70 Pf.
- Blut-Apfelsinen Dtz. 30, 45, 70 Pf.
- Röm. Pflaumen Pfund 1.30, Kiste ca. 1.40
- Zitronen Dtz. 35, 45 Pf.
- Rhabarber Bund 10 Pf.
- Spinat Pfund 20, Tomaten Pfund 25 Pf.
- Blumenkohl 7, 10, 15 Pf.
- Schwarzwürzeln . . . 2 Pfund 15 Pf.

Wurstwaren

- Rotwurst Pfund 55, 85 Pf.
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Feine Leberwurst . . . Pfund 1.20
- Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
- Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25
- Jagdwurst Pfund 1.10
- Teewurst Pfund 1.30
- Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.30
- Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfund 1.25
- Mausschinken ca. 2-3 Pfund schwer . Pfund 1.40
- Fetter Speck Pfund 90 Pf.
- Magerer Speck Pfund 1.00
- Jägersalat, Fleischsalat, Schweinekopf, Delikatessülze 55 Pf.

Fruchtsäfte

- garantiert rein, mit Raffinade eingekocht
- Himbeersaft 1/2 Fl. 90 Pf.
- Himbeersaft extra 1/2 Fl. 1.20
- Kirschsafft 1/2 Fl. 1.00
- Kirschsafft extra 1/2 Fl. 1.30
- Johannisbeersaft 1/2 Fl. 1.00
- Erdbeersaft 1/2 Fl. 1.20

Räucherwaren

- Kieler Flundern Pfund 40, 50 Pf.
- Ahlbecker Flundern Pfund 30 Pf.
- Kieler Schleibücklinge 20 Pf.
- Kieler Bücklinge . . . 2 Stück 10 Pf.
- Makrelenbücklinge . . . Stück 5 Pf.
- Goldfische Stück 8 Pf.
- Sprottbücklinge . . . Pfund 35 Pf.
- Kieler Sprotten Pfund 45 Pf.
- Seehasen Stück 25 Pf.
- Gewürz Gurken 4 Liter-Dose . 1.45
- Sardellen . Pfund 75, 90 Pf., 1.20

Obst-Schaumwein

- Olympia-Silber 1/2 Fl. 1.45
- Original-Kiste 12 Flaschen . 17.00
- Olympia-Gold 1/2 Fl. 1.65
- Original-Kiste 12 Flaschen . 19.00

Frisches Fleisch

Ochsenfleisch

- Schmorfleisch Pfund 90 Pf., 1.00
- Roastbeef 1.00, ohne Knoch. 1.50
- Kamm u. Querrippe Pfund 65 Pf.
- Brust 70, Fehlrippe 75 Pf.
- Pökelbrust 95 Pf., -zunge 1.30
- Talg Pfund 45, ausgelassen 55 Pf.

Schweinefleisch

- Schinken im Ganzen, 9-10 Pfund schw., Pfund 90 Pf.
- Kotelettes Pfund 1.10
- Kamm u. Schuft 95 Pf. bis 1.00
- Rückenfett 65 Pf., 5 3.10
- Kass. Rippespeer 90 Pf. bis 1.10

Wild

- Renntierfleisch
- Keule 1.00, 1.10, Rücken 90 Pf., 1.00
- Blatt 60, 70 Pf., Ragout . . 30 Pf.
- Kaninchen wilde, gestr. 80 Pf. bis 1.00

Kalbfleisch

- Keule u. Rücken i. Ganz. Pfund 95 Pf.
- Kamm, Bug, Brust Pfund 75, 85 Pf.
- Brustspitze . . . Pfund 1.00

Ständiger Verkauf:
Trumpf feine Speise-Schokolade . 1.50
Residenz-Zwieback Paket 25 Pf.

Boa-Lie

Getränk aus frischen Zitronen . Flasche 20, 30 Pf.
Inkl. Flasche, leere Flaschen werden mit 7 Pf. zurückgenommen.

Aus der eigenen Konditorei:
Streusselkuchen m. Cremefüllung Tortenform . . 45 u. 90 Pf.

Fische

- Kabeljau ohne Kopf, in ganz. Fisch, Pfund 12 Pf.
- Seelachs ohne Kopf, in ganz. Fisch, Pfund 10 Pf.
- Schellfische Pfund 15, 25 Pf.
- Dorsch Pfund 11 Pf.
- Bratschollen . . . Pfund 8 Pf.
- Rotzungen . . . Pfund 15 Pf.
- Grüne Heringe . . Pfund 6 Pf.
- Zander Pfund 68 Pf.
- Lachs Pfund 63 Pf.
- Lebende Plötzen . Pfund 38 Pf.
- Leb. Hechte ab. 6 Pf. Pfund 75, 95 Pf.
- Leb. Karpfen . . Pfund 88 Pf.
- Leb. Aale 1.05, 1.20, 1.40
- Krebse Mandel 70 Pf. bis 4.00

Geflügel

- Junge Gänse Pfund 90 Pf., 1.15
- Suppenhühner 1.35, 2.40
- Brathühner . . . 1.35, 2.40
- Grosse Masthühner . 2.90
- Poulets gefroren . . . 1.65
- Tauben 35, 45, 75 Pf.
- Enten 2.35 bis 3.25
- Eier frisch, Mdl. 90 Pf. Kiebitzeier

Theater.

Freitag, den 4. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Mammertheater. Die Entnahme von Bergop-Boom.
Königsgräber Straße. Macbeth.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Hansa. „Hohenzollern“-Fahrten.
Deutsches Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Leitung. Sitten der Gesellschaft.
Theater des Westend. Der liebe Augustin.
Berliner. Filmzauber.
Steines. Professor Bernhardt.
Kurfürstentempel. Der Schmutz der Madonna.
Deutsches Opernhaus. Der Freischütz.
Schiller O. Klein Dorrit.
Schiller-Charlottenburg. Boltenfräulein.
Groß-Berlin. Das Farmernmädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Erlangen. Wenn Frauen reisen.
Heidelberg. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Montis Operetten. Der Zigeuner-primas.
Luisen. Vor hundert Jahren.
Köpenick. Verlassene Frauen.
Herrnsfeld. Die Schanzelstige.
Liebesprobe.
Casino. Achters Aeltermädchen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Bühnengrößen.
Walhalla. Parole Walhalla.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Rollendorfplatz. Extravag nach Nizza.
Friedr. -Wald. Schauspielhaus.
Siegfried.
Südbühnen. Rajalla.
Sollid Caprice. Des Löwen Erwachen. Hohe Seltenpränge.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Fege.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Gishkell: Mit in St. Petersburg.
Berliner Gishkell. Lebende Gishkell.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Theater am Rollendorfplatz
In allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Extravag nach Nizza.
Sonntag, 5. April, 3 Uhr: Erste Auff. der Opernreihe d. Sternwarte.
Beantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neuföln. Für den

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Macbeth.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Theater des Westens.
8 Uhr: Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Frauensticker.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schmutz in 3 Akten
von H. Henneguin u. P. Becker.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Luisen-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: Napoleons Sieg und Fall.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: Napoleons Sieg und Fall.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: Napoleons Sieg und Fall.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Verlassene Frauen.
Bühnenstück in 5 Akten von A. Klingner.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Neue Jahresabonnements täglich an den Schalterkassen erhältlich.
Voigt-Theater.
Freitag, den 4. April 1913:
Im Irrenhause.
Schauspiel in 9 Akten von D. Basse.
Reifenstraße 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Stunde v. Bahn. Jambonhybride
Ich komme von Herrn Meyer!
und das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Wenn Frauen reisen
Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinot.
Kino-Theater
:: Marienbad ::
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant:
Heute großes Militär-Konzert.

Metropol-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Paul Freund und G. Oskofsky.
Musik von Jean Gilbert.
Die Szene geleitet v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Herrnsfeld Theater
Schonzeit-Jäger.
Komödie in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnsfeld.
Liebesprobe.
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Admiralspalast Eis-Arena
Abends 9 Uhr:
Das große Eis-Ballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.
„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Loretto Tesone.
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baars.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Gr. Nachmittags-Konzert
Wochentagen: bei freiem Eintritt.

Nur noch kurze Zeit!
Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Direktor A. Schumann mit seinen unerreichbaren Schul- und Freiheitsdressuren.
Acrobatic-Doppel-Jockey-Akt. Gebr. Powell.
10 Lio-Hoi-Tsch'n's 10 chinesische Gaukler.
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.
MIS Mabel O'Brien Rokkünstlerinnen.
Apachenanz des span. Clowns „Carpi & Noggi“.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Nur kurze Zeit!
Zirkus Barum
nebst gr. Raubtier-Dressurschau
Berlin NW, Beusselstraße, vis-a-vis dem Bf. Beusselstraße.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellungen mit täglich wech. Programm.
In allen Vorstellungen: Vorführung der gesamten Raubtierdressuren und Auftreten aller übrigen Attraktionen. 290b*
Casino-Theater
Zoftringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Stürme der Wetterwelt erregt die neue urkomische Pöffe
Ariurs Flitterwochen.
Dazu der erstklassige hunte Teil.
Nur Attraktionen 1. Ranges.
Sonntag 4 Uhr: Die Hochstaplerin.
Folies Caprice.
Des Löwen Erwachen.
Pöffe von Bernhard Haffel.
Der Rehbod.
Pöffe mit Gelang von Theo Haffel.
Hohes Seitensprünge.
Pöffe von Günter und Lauff.
Anfang 8 1/2 Uhr. Borderl. 11-2 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Gastspiel Harry Walden.
Alt-Heidelberg.
Sichern Sie sich rechtzeitig bei A. Wertheim, Billeubureau, Leipziger Straße, Ihre Karten für die
CIRCUS CARRÉ FESTSPIELE
ehe es zu spät ist!
Berliner Premiere
infolge der kolossalen Massenandränge in der Provinz und der damit bedingten Pro-longation, findet
morgen
Sonntag, den 5. April, 8 Uhr, statt.
Walhalla-Theater.
Reichenbergstr. 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr.
Parole: Walhalla!
Große Jahresrevue.
Borgungsorten haben täglich Galtigkeit.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Passage-Panoptikum
DER LEBENDE LEICHNAM
Das Wunder atavistischen Ver-scheidens. LEBEND:
FUSSKÜNSTLER SARTONI
Der armlose PAGANINI
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bühnen-Größen“
Burleske von Meysel und Britton.
Anfang 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

166. Sitzung. Donnerstag, den 3. April 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Der Kultusetat.

Zweiter Tag.

Abg. Cassel (Sp.): Das Verlangen nach Staatsbeiträgen für Leistungsschwache Synagogengemeinden ist von zahlreichen jüdischen Korporationen gestellt und ich verahre mich dagegen, daß Abg. Hoffmann dieses Verlangen als eine Vettelei verächtlich macht. Wir wollen nur Gerechtigkeit, die Juden zahlen doch sehr viel Steuern. Herr Hoffmann hat den Abgang des Magistrats von Berlin bei der Jahrhundertfeier und meine Rede über die Jahrhundertfeier als Kriecherei und Byzantinismus bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wird doch einem Deutschen wohl noch erlaubt sein, dem deutschen Vaterlande und dem deutschen Einheits- und Freiheitsgedanken ein Wort auszubringen! Hoffmann blieb es vorbehalten, mir meinen Glauben vorzuhalten. Dabei sagt das Programm seiner Partei: Religion ist Privatfache! Ich verbitte es mir, daß Abg. Hoffmann es so darstellt, als ob ich nicht stets energisch für die Gleichberechtigung der Juden eingetreten wäre. Aber mit dem Vaterlande darf man nicht schmollen. Hoffmanns Kampfesweise steht auf dem gleichen Niveau, wie die der Antisemiten. Mein Vater, ein Rabbiner, hat mir eine tiefe Liebe zum Vaterland eingeprägt. Auf die Anspielungen Hoffmanns über die Lebensstellung meiner Kinder einzugehen, wäre unter der Würde dieses Hauses. Ich bleibe bis zum letzten Atemzug ein seinem Glauben treu anhängender Jude und ein das Vaterland liebender, Recht und Freiheit ernst erstrebender Mann. (Beifall.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn Herr Cassel gesagt hat, ich hätte gewohnheitsmäßig Kraus und wirz geredet, so ist mir das zehnmal lieber, als wenn er von mir behaupten könnte, ich hätte mich allglatz durchgewunden. Ich spreche, wie es im Volke üblich ist (Allgemeines Sehr richtig!) und wie ich es auf dem Herzen habe, aus dem ich noch nie eine Würdegrube gemacht habe. Es ist mir gar nicht eingefallen, dem Bestreben jüdischer Verbände nach ausgleichender Gerechtigkeit nahe zu treten, sondern ich habe mich gegen das Verlangen nach einer ausgleichenden Ungerechtigkeit gewendet, die überhaupt in der Verwendung von Steuergeldern, die die Allgemeinheit aufbringt, für einzelne Religionsgemeinschaften besteht. Ausgleichende Gerechtigkeit wäre es, die Aufwendungen des Staates für die Kirche überhaupt aufzuheben und zunächst auch nur auf das den Kirchen zusehende Maß zurückzuschrauben, wie das sogar Herr Cassel wünscht. Wenn aber Herr Cassel ausgleichende Gerechtigkeit will, müßte er auch Staatsunterstützungen für die Freireligion, Dissidenten und Freireligiösen verlangen, die treulich darauf verzichten, um ihre Selbständigkeit nicht für die Großen aus der Futterkrippe zu opfern. Ich stelle nochmals fest, daß ich für die Erlämpfung der Gleichberechtigung für die Juden, aber nicht für ihre Erziehung und Ermahnung bin. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten.) Herr Cassel wirft mir vor, daß ich an der Unterdrückung der Juden, die ich für eine Schande der preussisch-deutschen Geschichte erklärt habe, meine Freude hätte; aber wieso soll das möglich sein, wo ich ja in Herrn Cassel selbst die Folgen solcher Unterdrückung sehe. (Große Unruhe.)

Die Gedächtnisreden des Herrn Cassel für 1813 sind gerade in den Kreisen der Juden so gewürdigt worden, daß wir kein Wort hinzufügen brauchen. Das müßte man gesehen haben! Wir bestreiten gar nicht die Wirkung des Befreiungskampfes von 1813; wohl aber bestreiten wir, daß die Junker, die Regierung und die Hohenzollern das Verdienst an diesem Befreiungskampf haben, denn sie sind gedrängt worden; eine Junker- und Fürstendeskree wurde es und das Volk wurde um die versprochene Befreiung betrogen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Pfui! Rufe und Rufe rechts: Raus!)

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bönig: Sie haben durch diese Worte die nationalen Empfindungen des Hauses auf das schwerste verletzt, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo!)

Abg. Hoffmann (fortfahrend):

Am meisten sind die Juden um die ihnen 1813 versprochenen Rechte gebracht worden. Ich will die Liberalen, Fortschrittspartei, Freisinnigen, Volkspartei — Sie haben ja so oft die Firma gewechselt, daß man sich nicht gleich an die jetzige erinnert (Weiterkeit) — daran erinnern, daß Sie 1863 gegen die 50-Jahrfeier von 1813 protestierten; Sie fanden damals allerdings gegen den Militarismus und protestierten gegen die Auflösung der demokratischen Landwehr. In diesen 50 Jahren haben Sie sich freilich sehr geändert.

Wenn Herr Cassel sagte, daß ich seinen Glauben heringejert und meinen Biss daran geübt hätte, obwohl in unserem Programm steht, Religion sei Privatfache, so habe ich doch nur darauf hingewiesen, daß der Glauben des Herrn Cassel gerade von der Mehrheit dieses Hauses und von der Regierung als im Staate mindestens wertig betrachtet werde und daß man deshalb nicht Unterstützungen vom Staat verlangen sollte. In unserem Programm steht übrigens die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatfache. Wäre sie es schon, so wäre es wohl! Heute ist sie noch Staatsfache, Herrschaftsfache, Machtsache, und damit sie es nicht noch mehr werde, bekämpfen wir den Antrag Cassel. Ich achte durchaus jede erbliche Ueberzeugung, und wenn der verstorbene Abg. D. Hadenberg oder wenn sogar Herr Friedberg mit der ihn so schön kleidenden Nonchalance ihren Patriotismus betonen so lagen mir nichts dagegen. Aber selbst nicht in einem Kriegerverein bei der größten Hurra Stimmung hat man jemals eine solche Rede voll Ueberchwang, Ueberreizung und Ränkelei gehört, wie die des Herrn Cassel zur Jahrhundertfeier. Dafür hat freilich die „Kreuzzeitung“ den Herrn Cassel gelobt, die erst am 29. Januar die Juden in der heftigsten Weise angegriffen hat, weil sie den Kapitalismus gepöpst hätten; es wird den Juden dort weiter nachgelagt, daß das Wortelgewerbe ihr Monopol sei, daß ihre Kriminalität die höchste sei, daß sie die christlichen Handwerker verdrängten und daß sie unser ganzes Leben durch Untergrabung der Autorität vergifteten. Und von dieser Zeitung läßt sich Herr Cassel loben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe nichts anderes gesagt, als daß man von einem Staat, der einen nicht als gleichberechtigt ansieht, keine Geldmittel zu erhalten sucht und das ich selbst ein solches Angebot stolz zurückweisen und lieber sagen würde: Gebt gleiches Recht und behaltet eure Almosen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Synagogengemeinden, die wirklich so erhebliches an Armenunterstützungen leisten, würden selbst solche Almosen zurückweisen. Die reichen Synagogengemeinden könnten die armen Gemeinden genügend unterstützen und ebenso könnten es die reichen Juden, wenn sie nur die Hälfte von dem hergeben würden, was sie zur Erlangung von Kommerziantzinsen usw. hergeben. Statt dessen aber erbauen sie evangelische Kirchen und dafür werden dann die jüdischen Berliner Stadtverordneten durch geschmacklose architektonische Witz, durch eine Kamelinakrist, wie an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche verspottet. Eine Kirche im Westen unserer Stadt, wo sich die Juden besonders gern taufen lassen, wird ja schon L. d. W. „Faulhaus des Westens“ genannt (Weiterkeit) und man zitiert dort den Vers:

Reise zieht durch mein Gemüt | Oben sitzt die Fürstin Wied,
Keiner Götterfrieden, | Unten lauter Jüden!
(Große Weiterkeit.)

Mir sagt Herr Cassel antisemitische Kampfesweise nach! Als die Berliner Arbeiterchaft durch das Sozialistengesetz niedergedrückt war und Stöcker aufrat, um die Arbeiter für den Antisemitismus einzufangen, da war es die entrechtete Sozialdemokratie, die Front machte gegen den von Polizei und Regierung unterstützten Versuch, eine Judenverfolgung in Deutschland zu beginnen. Wenn in Deutschland ein solcher Antisemitismus wie in Oesterreich und Ungarn nicht geschaffen werden konnte, so ist das der Sozialdemokratie allein zu danken. An ihr hat Stöcker elend Schiffbruch gelitten und ich habe in diesem Kampfe meine ersten rednerischen Erfolge gehabt. Die Sozialdemokratie hat den Antisemitismus zur Stütze gebracht und bewiesen, daß sie nicht nur frei von jedem Antisemitismus ist, aber sie hat allerdings auch bewiesen, daß sie servile, heuchlerische und rückgratlose Juden ebenso verachtet wie das Strebertum, das die christliche Religion zum Deckmantel nimmt. (Beifall! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.) gibt dem Abg. Hoffmann den Vorwurf des Ueberchwanges zurück und tritt für den Antrag Cassel ein.

Abg. Windler (L.) freut sich über die Glaubensstreue des Abg. Cassel, ist aber doch gegen seinen Antrag, der nicht der historischen Entwicklung entspricht, die die christlichen Kirchen auf den heutigen Stand gebracht haben.

Abg. Ströbel (Soz.):

Nach den Lobsprüchen, die Abg. Windler dem Abg. Cassel wegen seiner historischen und religiösen Ausführungen gezollt hat, nach diesen vernichtenden Lobsprüchen glaube ich, auf alle weiteren Ausführungen verzichten zu können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Abg. Cassel (Sp.): Warum soll mit die Anerkennung Windlers unangenehm sein, lehnen habe ich ja auch die Anerkennung der Sozialdemokraten gefunden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das war, als er gegen die unerhörte Behandlung Berlins durch die Junker und die Regierung auftrat und es ist das ein Verweis für unsere Objektivität. Wir loben, wo zu loben ist und tadeln, wo zu tadeln ist.

Der Fall Traub.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) will die Schuldfrage ganz außer Acht lassen und keine zersetzende, sondern eine wohltuende, aufbauende Kritik üben. Als objektiver Jurist müßte er aber sagen, daß das Urteil an schweren Fehlern leidet. Bedarf das kirchliche Disziplinarverfahren nicht dringend einer Aenderung? (Beifall links.)

Kultusminister v. Trost zu Solz: Bei der besonderen Lage dieses Falles kann eine Kritik an der Entscheidung der höchsten Gerichtsbehörde berechtigt sein, aber die Schlüsse des Vorredners kann ich nicht teilen. In einer Aenderung der Bestimmungen ist kein Grund vorhanden.

Abg. Dr. Runge (Sp.) schildert die Entwicklung des kirchlichen Gerichtswesens und kritisiert die Mängel des Verfahrens gegen Traub. Ein freies Wahlrecht ist auch auf kirchlichem Gebiet erforderlich, damit die Kirchenbehörden nicht mehr einseitig zusammengesetzt sind. Das Verfahren gegen Traub war ein mittelalterliches Geheimverfahren, gegen das sich Harnad und Baumgarten in der schärfsten Weise gewendet haben, wofür man freilich Baumgarten einen Straßprofessor an die Seite geleht hat. 150 preussische Pastoren haben dem Oberkirchenrat ihre Meinung gesagt, freilich sollen sie ja angeblich nicht mehr beforstet und dekoriert werden! Der Redner erwähnt dann den Abmarsch der Soldaten aus dem Charlottenburger Gottesdienst des Pfarrers Kraay und eines Mädchenpensionats während der Predigt eines liberalen Pastors (Hört! hört! links). Die theologischen Professuren werden über die Köpfe der Fakultäten hinweg von den höchsten kirchlichen Behörden besetzt.

Abg. Hedenroth (L.) greift Harnad und Baumgarten heftig an. Was brauchen sich an Erregung gegen den Oberkirchenrat breitgemacht hat, übersteigt alle Grenzen und das höchst leichtfertige Auftreten Baumgartens jedes Maß der Berechtigung. Dabei hat er doch die Aufgabe, die jungen Theologen in der Unterordnung gegen Staat und Obrigkeit zu erziehen. Nach seiner scharfen Stellungnahme gegen Jatho hat sich Harnad durch das „Berliner Tageblatt“ im Fall Traub umschwanken lassen. Die sozialistischen Blätter haben ja auch mit Wärme seine Keuperungen übernommen. Das zeigt, wie weit sich Harnad verirrt hat. Die Synode Helsingburg hat mit Recht Baumgarten die Eignung zum Theologieprofessor abgeprochen. (Beifall rechts.)

Abg. Bierck (H.) findet das Verfahren gegen Traub prozessual im ganzen einwandfrei, jedoch hätten sich die Richter, die dem Spruchkollegium angehörten, besser für besangene erklären sollen.

Abg. Clossenberg (Däne) beschwert sich über eine Konfistorialverfügung, durch die die Bestattung von Angehörigen freier Gemeinden auf den evangelischen Friedhöfen verweigert wird.

Abg. Dr. Wagner-Dreslau (H.) wünscht Befreiung der Bezahlung von Handwerkerarbeiten beim Kirchenbau.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Von einer richterlichen Behörde kann man in dem Falle Traub gar nicht sprechen, es ist einfach eine Verwaltungsmaßnahme, die äußerlich den Anschein eines richterlichen Verfahrens zu erwecken sucht. Hier von einem Gerichtsverfahren zu sprechen, ist eine Blasphemie. (Sehr wahr! links.) Die Behauptung des Herrn v. Campe, daß wir in einer Zeit des religiösen Aufschwungs leben, ist eine vollkommene Verkennung unserer heutigen geistigen Verfassung. Das Gegenteil ist wahr. Richtig ist allerdings, daß der Fonds an Idealismus in unserem Volk sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr steigert, aber er nimmt politischen Charakter an und ist zumeist in der sozialdemokratischen Arbeiterchaft zu finden. (Lachen rechts.) Viele einsichtige Politiker, selbst rechtsstehende, haben dies anerkannt. Die Kirche aber ist nicht im geringsten Träger irgend eines stärkeren religiösen Geistes. Pfarrer Traub hat doch betont, wie die Engbergigkeit und Kleinlichkeit in unserer Kirchenverwaltung ein Verweis ist für den geistigen Niedergang unseres kirchlichen Lebens und für die Schwächung seines Fundaments. Die Fälle Jatho, Kraay und Traub gehören eng zusammen und sie können denen, die in der Kirche nur

eine Art Polizeieinrichtung

sehen, nur angenehm sein, denn sie zeigen, daß in unsere Kirche eine Art geistiger Prügelpädagogik eingeführt worden ist. Als das Spruchkollegium eingeführt wurde, behauptete man, daß es dem Zerleberverfahren die Schärfe des Disziplinarverfahrens nehmen sollte, aber es führt doch ebenso zur Maßregelung und bis zur Antidiskussion! Immer mehr verhärtet sich der Geist der Inquisition (Ob! rechts), der heimlichen Feme, gesteigert durch die Heimschleier des Disziplinarverfahrens. Auch heute hat sich hier die Denunziationslust gezeigt, die in der Kirche immer mehr heimisch wird. Mit aller Schärfe fordert Hedenroth, daß Baumgarten ein Straßprofessor auf den Hals gesetzt wird und er demütigt eine ganze Anzahl Religionslehrer, weil sie nicht den richtigen Geist hätten. Ist das nicht Denunziation und Gefinnungsschnäbele in ihrer gefährlichsten Art? Sie haben wirklich kein Recht sich auf 1813 zu berufen (Ob! rechts), wir erinnern uns dabei an die heilige Allianz und die Demagogenerie. Sie sollten 1813 gar nicht in den Mund nehmen, um sich nicht die Zunge zu verbrennen. Kein anderes Mittel mehr steht unsere Kirche zu ihrer Aufrechterhaltung, als daß sie die rein äußerlichen Formen und die Disziplin aufrecht erhält. So ist die Kirche zu einer Art Kaserne geworden, in die der Fall Kraay hineingepaßt mit dem Rotau der kirchlichen Behörden vor dem Militär. Die Art, wie der Staat seine Gewaltmittel der evan-

gelischen Kirche zur Durchsetzung ihrer Disziplin leiht, muß am meisten die wirklich Religiösen abscheuen, sich mit Kirchenangelegenheiten zu befassen. In Bezug auf Engbergigkeit und Kleinlichkeit mag die evangelische Kirche noch bedeutend hinter der katholischen zurückstehen. An einen Erfolg Ihrer Kritik an Fällen wie Kraay und Traub glauben Sie selbst nicht; der wäre erst möglich, wenn eine grundsätzliche Umorganisation der Kirche und eine vollkommene Umwälzung des antireligiösen kirchlichen Geistes stattfinden würde, der gegenwärtig die evangelische Kirche beherrscht. (Beifall! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. v. Campe schließt diese Debatte.

Beim Kapitel katholischer Kultus bittet Abg. Dr. v. Campe (natl.) um eine Erklärung vom Regierungstisch, daß die preussische Ordensgesetzgebung ohne Rücksicht darauf, ob im Reich das Jesuitengesetz aufrechterhalten wird oder nicht, im vollen Umfang bestehen bleibt.

Kultusminister v. Trost zu Solz: Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß vom Regierungstisch theoretische Erklärungen darüber abgegeben werden, was einmal geschehen soll. Wir haben das Jesuitengesetz und wir wollen abwarten, ob es aufgehoben wird. Erst dann wird eine Veranlassung vorliegen, zu der Frage des Abg. v. Campe Stellung zu nehmen. (Schallende Weiterkeit.)

Abg. Glattfelder (J.): Wir machen uns mit der Furcht vor den Jesuiten vor dem Ausland einfach lächerlich. Die Liberalen sollten wahrhaft freihetlich sein und für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen. (Bravo! im Zentrum. Lachen bei den Liberalen.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es war ein bißchen viel verlangt vom Minister, daß er Erklärungen für die Zukunft abgeben solle, unsere Minister haben genug damit zu tun, sich in der Gegenwart zurecht zu finden. (Weiterkeit.) Die Abfuhr Dr. Campes war reichlich verdient. Dem Zentrum könne kein größerer Gefallen getan werden, als daß eine Jesuitendebatte veranlaßt würde. Wir verlangen nach wie vor die Aufhebung des Jesuitengesetzes, weil es ein Ausnahmegesetz ist. Wenn aber Herr Glattfelder von Freiheit spricht, dann mag er erst einmal dafür sorgen, daß seine Partei diese Liebe zur Freiheit auch in der Wahlrechtsfrage beibringt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist es doch sonderbar, das Zentrum will die Jesuiten hereinlassen, damit sie uns Sozialdemokraten bekämpfen und die Nationalliberalen haben Angst. (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Zentrum und Sozialdemokratie Hand in Hand! (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ich gratuliere Herrn Glattfelder zu seinen neuen Freunden von ganzem Herzen. (Lachen im Zentrum.) Wenn das Zentrum von Freiheit spricht, dann wirkt das komisch. Es ist ein Wort vom Regierungstisch notwendig, um die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. (Lachen im Zentrum.) Meine Frage ist durchaus nicht theoretischer Natur, aber die ausweichende Antwort des Ministers ist symptomatisch dafür, daß die Regierung in der Jesuitenfrage nichts tun will.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Von einem Bündnis mit dem Zentrum kann keine Rede sein. Wir gehen mit jeder Partei zusammen, die gegen Ausnahmegeetze und für Freiheiten eintritt. Wenn die Nationalliberalen das einmal berücken würden, würden sie uns an ihrer Seite finden, ob sie es wollen oder nicht. Von einer Aufregung im Lande kann nicht gesprochen werden. Das Volk wünscht, daß das Zentrum diese Waffe endlich einmal aus der Hand genommen wird. Wenn sich die Nationalliberalen über die Rückkehr der Jesuiten so aufregen, so ist das wohl von der Angst diktiert, daß sie Konkurrenz bekommen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Jugendbewegung.

Ein halloster Bescheid.

Am 28. Februar sollten, wie unseren Lesern doch erinnerlich sein wird, in Berlin zwölf unpolitische Jugendversammlungen stattfinden mit dem Thema: „Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend“. Von diesen Versammlungen sind dann, wie wir seinerzeit berichteten, acht Versammlungen von vornherein aufgelöst worden, während vier Versammlungen in aller Ruhe zu Ende geführt werden konnten. Wegen der durch nichts gerechtfertigten Auflösung erhob der Genosse Wächner als Einbrucher der Versammlungen die Beschwerde, auf die nunmehr Herr v. Jagow folgenden Bescheid dem Reichsberichterstatter des Genossen Wächner hat zugehen lassen:

Berlin, den 28. März 1913.

Die Beschwerde des Herrn Otto Wächner über diejenigen Polizeibeamten, welche die öffentlichen Jugendversammlungen vom 28. Februar d. J. aufgelöst haben, muß ich nach Prüfung des Sachverhalts als unbegründet zurückweisen.

Als Tagesordnung war für sämtliche am 28. Februar veranstalteten Jugendversammlungen das gleiche Thema: „Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend“ bestimmt worden. Das zur Werbung für die Versammlungen verbreitete Flugblatt mit demselben Titel ließ ohne weiteres erkennen, daß in den Versammlungen für die Ziele und die Bestrebungen der proletarischen Jugendbewegung und gegen die vom Staate geförderte bürgerliche Jugendbewegung Stellung genommen werde sollte. Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 11. Juni 1912 in Sachen des Expedienten Bernhard Walle zu Hannover-Linden wider den Oberpräsidenten der Provinz Hannover war die Polizeibehörde daher berechtigt, anzunehmen, daß nach dem Gegenstande der Tagesordnungen die Versammlungen zu dem Zwecke veranstaltet wurden, um in ihnen auf die Jugendlichen im Sinne der sozialdemokratischen Partei einzuwirken, daß sie also politischen Charakter tragen sollten. Da die Versammlungen ausdrücklich als Jugendversammlungen einderufen wurden, übrigens auch überwiegend aus Jugendlichen bestanden, waren sie solche, welche den Strafgesetzen, nämlich dem § 18 Nr. 6 des Reichsvereinsgesetzes zuwiderließen.

Daher war die Polizeibehörde kraft ihrer allgemeinen Aufgabe, strafbare Handlungen zu verhindern, befugt, dem Zustandekommen der Versammlungen entgegenzutreten, die Fortsetzung der begonnenen Versammlungen und das fernere Zusammensein der Jugendlichen zu verhindern.

Wenn sich die betreffenden Polizeibeamten bei ihrem Vorgehen gegen die Jugendversammlungen des Ausdrucks „auflösen“ bedient haben, so haben sie damit nicht zu verstehen geben wollen, daß sie die Versammlungen auf Grund des § 14 des Reichsvereinsgesetzes haben auflösen wollen.

Vielmehr haben sie sich nur desjenigen Ausdrucks bedient, welcher auch für andere Fälle, in welchen der Fortsetzung einer ungesetzlichen Versammlung entgegengetreten wird, der üblich ist und in kürzester und deutlichster Form die für nötig erachtete Anordnung zur Kenntnis und Nachachtung der Versammlung bringt.

Die ganze Hallosterheit des Bescheides geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß zu allen zwölf Versammlungen auf denselben Flugblatt eingeladen wurde, und daß vier Versammlungen unter polizeilicher Ueberwachung stattfinden konnten. War das Flugblatt wirklich so gehalten, daß es die polizeiliche Auflösung der acht Versammlungen rechtfertigt, dann wären doch wohl sämtliche Versammlungen verhindert worden.

Orts-Krankenkasse
des
Zimmerergewerbes
zu Berlin.
Am Sonntag, den 13. April
1913, vormittags 10 Uhr, findet im
Schule-Festsälen, Münz-
straße 17 (Eingang Königsgraben)
die
Ordentliche
General-Versammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung pro 1912.
2. Bericht des Prüfungsausschusses.
3. Beschlußfassung über die Abnahme
der Jahresrechnung und Decharge-
erteilung.
4. Vortrag über die Reichsversicherungs-
reform.
5. Stellungnahme zur Angestellten-
versicherung.
6. Verschiedenes.
Die in den Versammlungen vom
22. November 1911 und 20. Novem-
ber 1912 geschloßenen Vertreter werden
hiermit eingeladen. Einladung legiti-
miert. 2385

Der Vorstand.
Aug. Branzel, Ewald Potermann,
Vorstandsvorsitzender, Schriftführer.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke
Wester, Gebrockenröcke, Smoking,
Fracks auf Seide
30-70 M.
Versandhaus „Germania“,
21 Unter den Linden 21
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Stoffe Neuheiten
für Herren
und Damen.
Einzelverkauf
zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorekstr. 75, pt.

Goburger Geld-Lose
Ziehung 8.-12. April
Lose Mk. 3.30.
Porto und Liste pro Lotterie
30 Pf., Ausland 60 Pf. extra,
versendet auch unter Nachn.
die allbekanntesten
Glückskollekte
Oppenheimer - Kaufmann
Gr. Bockenheimerstr. 21
Frankfurt a. M.
Prospekte aller Lotterien
gratis und franko.

Geschäfts-Jubiläum.
Das 50-jährige Geschäfts- und
Wieder-Jubiläum begeht am
5. April 1913 das Schuhwarengeschäft
W. Rosenthal (Inhaber
St. Döbelstr.) Blumenstr. 34 (neue
Nr. 57), was wir hiermit zur ge-
lähigen Kenntnis bringen.

Achtung!
6-700 Anzüge sowie
Sommerpaletots u. Wäster
Monatgarderobe
in feinsten Stoffen Berlin
gearbeitet, teils auf Seide, für
jede Figur passend, verkauft zu
sammend billigen Preisen
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochachtungsvoll
Bitte im eigenen Interesse auf
Kausnummer zu achten.
Mit II: **Neue Garderobe.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer**,
Ind.: P. Gollets
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben von
Max Grunwald
Heft 7:
Teuerung, Warenpreise und
Goldproduktion
von
J. Karski.
Heft 8:
Die Konsumgenossenschafts-
bewegung der deutschen
Arbeiterklasse
von
Paul Göhre.
Preis jedes Heftes 50 Pf.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 8708.

Firmen, bei denen unsere Kollegen ausgesperrt sind:

- | | |
|--|--|
| <p>Milger, Salzweber Str. 17, Berlin
Abel, Dargowitzer Str. 42, Berlin
Widrecht, Mühlener Str. 2, Char-
lottenburg
Krit, Richard, Oberstr. 34, Berlin
Augustin, Rich., Markgrafstr. 17,
Kobers, Herrn. Wiener Str. 16, Berlin
Kier, Robert, Wälderstr. 30, Berlin
Kinger, G., Zeltower Straße, Berlin
Kronshelm, Fern., Schilderstr. 5, Berlin
Kler, u. Sohn, Al. Hamburger Str. 9,
Reich, Jean, Drangenstr. 18, Char-
lottenburg
G. v. Könden, Bobbinstr. 59, Neutölln
W. J. Kobenstein, Potsdamer Straße,
Bärner, Max, Panfower Allee,
Reinickendorf
Bedmann u. Sohn, Neue Königstr. 21,
Böttger, D. G., Schützenstr. 49, Steglitz
Bogut, Gotthold, Kopenickstr. 10,
Berlitz, Steglitzer Str. 76, Lichterfelde
Büsch, Lorenz, Detmolder Straße,
Wilmersdorf
Böhler, Ernst, Mühlstr. 5, Charlottenburg
Beig, Karl, Randsberger Str. 17,
Barthaus, Ullrichstr. 21, Berlin
Boele, Erich, Lorstr. 21, Berlin
Braunert u. Sohn, Georg, Brunnen-
straße 115, Berlin
Braunert, Fritz, Schlegelstr. 24, Berlin
Biedermann, Paul, Grünwaldstr. 22,
Schöneberg
Benzing, E., Sedanstr. 1, Steglitz
Bopp, August, Ringgräber Str. 44,
Bau, Karl, Wilmersdorfer Str. 33,
Charlottenburg
Bendisch, Gebrüder, Schöneberg
Blauenburg, Karl, Bülowstr. 69, Berlin
Cornelius, Lindauer Str. 3, Schöneberg
Carthaus, Landsberger Str. 72, Berlin
Dahlström, Niels, Boedstr. 50,
Defontaine, August, G. m. b. H.,
Friedrichstr. 122/23, Berlin
Damasch, Jelle, Nordstr. 82, Berlin
Dunker, Otto, Kiehlstr. 24, Berlin
Dahler, C., Jungstr. 12, Lichtenberg
Döhrler, Bruno, Witzstr. 42, Zehlendorf
Dorfmann, Karl, Halenfelde, Berlin
Delors, Gust., Bamberger Str. 56,
Schöneberg
Dreier, Friedrichstr. 37, Berlin
Engelhardt, H., Kirchhofstraße, Berlin
Egnath, u. Hoberg, Stuttgarter,
Platz 5, Charlottenburg
Edert u. Schneider, Gartenstr. 113,
Eckhardt, Julius, Köpenick
Ehlers, Steglitzer Str. 57, Berlin
Eich u. Knopf, Rosenstr. 15, Neutölln
Franke, Greifswalder Str. 23, Berlin
Förster, Julius, Köpenickstr. 12, Berlin
Finte, Paul, Seelower Str. 1, Berlin
Fietz, Eugen, Kommandantenstr. 35,
Fengler, W., Nienskirchstr. 21, Berlin
Fischer u. Koch, Lindauer Str. 8,
Schöneberg
Gais, G., Bellevueallee 88, Berlin
Göling, Karl, Kopenickstr. 34 (neue
Nr. 57), was hiermit zur ge-
lähigen Kenntnis bringen.
Grunemann u. Sohn, Köpenicker
Straße 113, Berlin
Guhl, Rudolph, Reichsstr. 18, Berlin
Grosche, Adolph, Berliner Str. 28, Berlin
Groschmann, Chr., Kaiserstr. 110,
Karlshorst
Gessert, Albin, Thodenstr. 9, Berlin
Gildbrecht, Böhmische Str. 15, Neutölln
Gultrich u. Beder, Kleinbeeren-
Straße 24, Berlin
Grunow, Gust., Schillingstr. 3a, Berlin
Gehardt, H., Köpenicker Str. 14, Berlin
Gemeinhardt, Gust., Weidener
Straße 52b, Berlin
Göhler u. Sohn, Rathenowstr. 33, Berlin
Gagedorn, Otto, Probenstr. 14, Berlin
Guhst, W., Dresdener Str. 69, Berlin
Göing, August, Frankfurter Allee 73,
Goggenhaus, Bernauer Str. 19, Berlin
Göbe, G. J., Gneisenaustr. 90, Berlin
Goffmann u. Densch, Frankfurter
Allee 92, Berlin
Gomlich, Konrad, Berliner Straße,
Ranow
Gedenhof, Leibnizstr. 101, Char-
lottenburg
Gasse, Otto, Al. Alleeide
Gahn u. Lehmann, Köpenick
Garten u. Rattenmann, Feldstr. 33,
Groß-Lichterfelde
Gasse, R. U., Raderstr. 2, Berlin
Gandke, Paul, Wälderstr. 63, Berlin
Gersl, Pestalozzistr. 70, Charlotten-
burg
Geil, Eugen, Schillerstr. 35, Lichtenberg
Gante, Otto, Helmstr. 11, Schöneberg
Gartung, Emil, Wiener Str. 9, Berlin
Gasse, Grünauer Str. 8, Berlin
Gennung, Karl, Remeler Str. 49, Berlin
Gentler, W., Wilhelmstraße, Berlin
Goffmann u. Co., Rnh. Ober, Luisen-
straße 7, Schöneberg
Gein, Theodor, Friedbergstr. 37, Char-
lottenburg
Göborn, Emil, Hefenacher Str. 25,
Schöneberg
Gungmann, Emil, Frankfurt Allee 106,
Günthe, Hohen-Schönhausen
Gäger, F., Hefenacher Str. 80, Schöne-
berg
Jurgath, Hans, Wilhelmshöher Straße,
Friedenan
Jahn, Gustav, Altholzstr. 4, Berlin
Johmann, Liederer Str. 22, Berlin
Juchner, Hagedorferstr. 43, Berlin
Klostermann, Kaiser
Königs, Gebr., Boedstr. 15, Berlin
Kahl, Gustav, Hausstr. 72, Berlin
Kriger, Emdener Str. 54, Berlin
Kruze, Emil, Wälderstr. 38, Berlin
Kübelmann, R., Kinsbader Str. 26,
Charlottenburg
Kreisel, Viktor, Christburger Str. 43,
Kerz, Anton, Bülowstr. 47, Berlin
Kupisch, Anoldsdorferstr. 41, Charlotten-
burg
Kühlig, Hohenfriedbergstr. 6, Schöne-
berg</p> | <p>Kaufmann, Oskar, Krummstr. 60,
Charlottenburg
Kerger, Fritz, Dendlerstr. 11, Berlin
Kornalewski, J., Reichenberger Str. 147,
Kraus, Julius, Kaiserin-Angusta-
Allee 68, Charlottenburg
Kriger, Gustav, Steglitz
Kudler, F. E., Müllerstr. 165, Berlin
Krausch, Behmstr. 38, Berlin
Klinge, R., Wälderstr. 8, Berlin
Klopffisch, Holzmarktstr. 14, Berlin
Kudwig, Otto, Wälderstr. 34, Lichtenberg
Kriger, Fritz, Soalestr. 7, Neutölln
Kramm, u. Raithe, Joffener Str. 42,
Kops, Otto, Stuttgarter Platz 1,
Charlottenburg
Kurz, Altholzstr. 94a, Berlin
Krause, Gustav, Schwedter Str. 264,
Krause, Karl, Kopenickstr. 31, Berlin
Kleiber, Walter, Friedrich-Str. 85,
Charlottenburg
Krause, F., Wilhelm-Str. 27,
Krause, Paul, Kaiser-Wilhelm-Str. 44,
Krause, Robert, Reimerstr. 2, Berlin
Krause, J., Köpenickstr. 65, Reinicken-
dorf
Kühn, Wilhelm, Stalitzer Str. 11,
Klein, Rich., Hagenstr. 3, Berlin
Köhne, Paul, Karl-Luise-Str. 44,
Schöneberg
Krause, Wilh., Guertelstr. 42, Char-
lottenburg
Kühn, August, Jagenplatz 1, Berlin
Kopisch, Bruno, Rantstr. 149, Char-
lottenburg
Kühn, Ernst, Berliner Str. 129,
Kieker-Schönweide
Krause, Bruno, Bismarckstr. 98,
Charlottenburg
Kleinow, Ernst, Nürnberger Str. 17,
Kleinich, Altholzstr. 30, Berlin
Krause, u. Dreyer, Ortrudstr. 7,
Friedenan
Koch, Otto, Sedanstr. 60, Berlin
Köhler, Wilhelm-Str. 23, Berlin
Königer, Dreyerstr. 6, Berlin
Krause, Otto, Blumenstr. 1, Berlin
Krause, D., Kopenickstr. 121, Berlin
Krause, J., Steinmetzstr. 62, Berlin
Krause, Ernst, Langestr. 75, Berlin
Krause, Wilh., Gabelstr. 11,
Krause, Gebr., Steinmetzstr. 27, Berlin
Krause, Fritz, Steinmetzstr. 31, Berlin
Krause, Hermann, Franz-Landberg-Str. 50,
Neutölln
Krause, J., Krausestr. 3, Berlin
Krause, Paul, Kopenickstr. 93, Berlin
Krause, Karl, Schöneberger Allee 106,
Krause, Bismarckstr. 25, Groß-
Lichterfelde
Krause, Paul, Köpenickstr. 4,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Krause, Fritz, Altholzstr. 83b,
Krause, C., Grünstr. 14/15, Berlin
Krause, Wilh., Friedrichstr. 3,
Krause, Wilh., Luisen-Str. 5, Berlin
Krause, Potsdamer Straße, Char-
lottenburg
Krause, Schönweidestr. 6, Neutölln
Krause, Goethestr. 35, Charlottenburg
Krause, Schöneberger Str. 18,
Neutölln
Krause, J. u. Sohn, Altholzstr. 6,
Friedenan
Krause, Albert, Simonstr. 7, Berlin
Kra</p> |
|--|--|

Sonntag, den 6. April, mittags 1 Uhr:

Volks-Versammlungen

In den sechs Berliner Wahlkreisen:

Marinehaus, Brandenburger Ufer 1.
Café Gärtner, Holzsteiner Ufer 27/28.
Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112.
Godibrauerei, Tempelhofer Berg.
Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38.
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Graumann, Raumnstr. 27.

Süd-Ost, Baldemarstr. 75.
Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter
Allee 151/152.
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Comeniusäle, Memeler Straße 67.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichs-
hain 16-23.

Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Prater-Theater, Kastanienallee 7-9.
Gorussia-Säle, Ackerstr. 6/7.
Kastanienwäldchen (Inh. Walter), Badstr. 16.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

Im Wahlkreise Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg:

Bohnsdorf. Villa Kahl, Falkenruh.
Britz. Raddatz, Chausseestr. 39.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick. Stadttheater, Wilhelmstraße.
Friedenau - Steglitz. Albrechtshof,
Steglitz, Albrechtstr. 1a.
Johannisthal. Zur grünen Eiche,
Friedrichstr. 10 (12 Uhr).
Königs-Wusterhausen u. Umg.
Wedhorn, Altes Schützenhaus.
Lankwitz. Paradiesgarten (Schulz),
Mühlenstr. 21.

Mariendorf. Gesellschaftshaus,
Chausseestr. 305.
Neukölln. Bartshs Festsäle, Hermann-
straße 49.
Hohenstaufensäle, Rottbuser Damm 76.
Passage-Festsäle, Bergstr. 151/152.
Felsch, Kneesebeckstr. 49.
Nowawes. Singers Volksgarten,
Priesterstraße 31.
Schöneberg. Schlossbrauerei, Haupt-
straße 122-124.

Steglitz - Friedenau. Albrechtshof,
Steglitz, Albrechtstr. 1a.
Teltow. Bonow, Berliner Straße 16.
Tempelhof. „Wilhelmsgarten“,
Berliner Straße 9.
Trebbin. „Gesellschaftshaus“ (Emil
Schulz) (3 Uhr).
Treptow - Baumschulenweg.
„Concordia“, Treptower Park 69.
Wilmersdorf. Viktoriagarten,
Wilhelmsaue 114/115.

Im Wahlkreise Nieder-Barnim:

Bernau. Franz Salzmänn, Basdorfer
Straße.
Borsigwalde. Borsigwalder Festsäle.
Inh. Richard Hohn.
Friedrichshagen. „Eiskeller“,
Friedrichstr. 96/97.
Herzfelde. „Goldener Stern“, Haupt-
straße 57 (4 Uhr).
Hoh.-Schönhausen. Frh. Renher,
Berliner Str. 93.
Lichtenberg. „Schwarzer Adler“,
Frankf. Chaussee. — Café Bellevue,
Kummelsburg, Hauptstraße.

Liebenwalde. Restaurant Wagenheil,
Zehdenitzer Straße.
Nieder-Schönhausen. „Schwarzer
Adler“, Blankenburger Str. 4. Inh.
Kettig.
Ober-Schöneweide. „Wilhelminen-
hof“.
Oranienburg. „Waldhaus“, Sand-
hausen.
Pankow. „Zum Kurfürsten“, Berliner
Straße 102.
Reinickendorf-Ost. „Schützenhaus“,
Residenzstr. 1/2.

Reinickendorf - West. Hartmanns
Brauerei, Scharnweberstr. 101/4.
Schönwalde - Schönerlinde.
Schulz, Schönwalde (4 Uhr).
Stralau. „Markgrafen-Säle“, Mark-
grafendamm 35.
Tegel. Crapps Festsäle, Bahnhofstr. 1.
Waidmannslust. Hermsdorf,
„Bellevue“, Inh. A. Pfeffer, Schloss-
straße.
Weißensee. „Schloß Weißensee“.

Tagesordnung:

Volksopfer als Jahrhundertfeier!

Referenten sind: Gustav Bauer. Max Barth. H. Barentin. Dr. A. Bernstein. Adolf Buhl. Otto Büchner. Otto Braun. Paul Brühl. Eugen Brückner. Hermann Clajus. Ernst Däumig. Martha Demming. Wilhelm Dentzer. Emil Dittmer. Wilhelm Düwell. Emil Eichhorn. Oskar Ewald. Robert Fendel. Richard Fischer. Karl Freter. Ernst Gehrke. Karl Giebel. Theodor Glocke. Max Groger. Adolf Hoffmann. Karl Hetzichold. Karl Knoll. Karl Jahn. Paul John. Wilhelmine Kähler. Emil Kloth. Georg Ledebour. Dr. Karl Liebkecht. Bruno Lieske. Paul Litfin. Emil Lüdke. Franz Marks. Karl Melle. Albin Mohs. Dr. Julius Moses. Hermann Müller (Parteiort.). Leo Oitrowski. Wilhelm Pätzler. Wilhelm Pieck. Wilhelm Pfannkuch. Hugo Poetzsch. Adolf Ritter. Max Saffen. Hermann Silberichmidt. Robert Schmidt. Artur Stadthagen. Heinrich Ströbel. Georg Ucko. Karl Wermuth. Franz Wendel. Hermann Weife. Dr. H. Weyl. Mathilde Wurm. Fritz Zietich. Fritz Zubeil.

Der Einberufer. **Eugen Ernst**, Liefenstr. 16.

Heute abend Flugblattverbreitung!

Genossen! Seid pünktlich und zahlreich zur Stelle!

Nehmet Einsicht in die Urwählerlisten.

Nur noch heute, den 4., und morgen Sonnabend, den 5. April, liegen in den zum Landtagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Berlin-Wilmersdorf gehörigen Orten die Urwählerlisten zur Einsichtnahme aus.

Eine Ausnahme hiervon macht die Stadtgemeinde Berlin-Wilmersdorf, von der die Auslegung der Liste erst am Mittwoch, den 9., bis Freitag, den 11. April, erfolgt.

Auch in einer Anzahl zum Landtagswahlkreis Nieder- und Oberbarnim gehörigen Orte erfolgt die Auslegung der Liste in diesen Tagen.

Es ist daher Pflicht jedes Wählers, darauf zu achten, daß er sich durch die Einsichtnahme in die Liste sein Wahlrecht sichert.

Nachstehend veröffentlichen wir die Stellen der einzelnen Orte, soweit uns dieselben bekanntgegeben, an denen die Einsichtnahme in die Liste zu erfolgen hat.

Landtagswahlkreis Teltow, Beeskow-Storkow, Berlin-Wilmersdorf.

- Adlershof.** Im Gemeindeamt 2, Polodonsstr. 1, eine Treppe, im Bureau des Einwohnermeldeamts während der Dienststunden.
- Britz-Buckow.** Im Einwohnermeldeamt, Chausseestr. 20, von 8 bis 1 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags. Am Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
- Buckow.** Im Gemeindebureau am 4. und 5. April, nachmittags von 5-8 Uhr.
- Schmalbe.** Im Rathaus, Zimmer 3, während der Dienststunden.
- Tridensau.** Im Gemeindebureau, Feuerstr. 8, Zimmer Nr. 2, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.
- Königs-Wulderhausen und Umgegend.** Vormittags von 9-1 Uhr und nachmittags von 2-6 Uhr in den Gemeindebüros.
- Köpenick.** Im Rathaus täglich von 8 bis 1 vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Alle die Einsichtnahme betreffenden Anfragen sind zu richten an Emil Böhler, Richter Str. 6, Bornsdorfer Str.
- Kantow.** Im Rathaus Zimmer 24 von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.
- Nichtenrade.** Im Gemeindebureau während der Dienststunden.
- Niederfelde.** Am bisherigen Rathaus, Schillerstr. 20, und zwar von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.
- Maricuborf.** Im Rathaus, Zimmer 14, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und von 8 bis 8 Uhr abends.
- Marienthal.** Von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Amtsbureau, Kollerallee 20. Außerdem liegt eine Abschrift in den Lokalen von Friede, Rieperplatz 7, und Schiller, Kirchstr. 68, aus.
- Nieder-Schöneweide.** Von 9-1 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags im Einwohnermeldeamt, Köpenicker Str. 1.
- Schwarzehof.** Im Rathaus, Zimmer 3 (Polizeiwohng.), von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr.
- Steglitz.** Von vormittags 8 bis 3 Uhr nachmittags und nochmals von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Hause Schloßstr. 36 II.
- Treptow-Baumgartenweg.** Von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends im Rathaus.

Nieder-Barnim.

- Bernau.** Am 4. und 5. April von 8-12 Uhr mittags und von 2-6 Uhr nachmittags im Zimmer Nr. 2 auf dem Rathaus.
- Vorfladow-Wittenau.** Am 6., 7. und 8. April, vormittags von 8 bis nachmittags 3 Uhr, im Amtsbureau, Zimmer 20. Auch liegt die Liste in der Expedition von Dienst, Vorfladow, Rüststr. 10, aus.
- Brandshöhe.** Am 4., 5. und 6. April, vormittags von 9-12 Uhr, im Gemeindebureau.
- Frank, Buchholz.** Nur noch bis Sonnabend im Amtsbureau von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.
- Frederichshagen.** Am Sonnabend, den 5. April, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 6. April, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und am Montag, den 7. April, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus, Friedenstr. 87, Zimmer 10.
- Hermsdorf.** Den 6., 7. und 8. April in den Dienststunden und Sonntag vormittags von 9 bis 12 Uhr.
- Herzfelde.** Am 4., 5. und 7. April im Gemeindebureau, Hauptstr. 66a.
- Kallberge.** Nur noch heute und morgen im Gemeindebureau, Ardenstr. 27.
- Klein-Schönebeck, Nichtenau.** Heute und morgen während der Dienststunden im Gemeindebureau. Nach Rücksprache hat sich der Gemeindevorsteher bereit erklärt, die Urwählerliste auch nach den Dienststunden bis 8 Uhr abends einzusehen zu lassen. Für Klein-Schönebeck nimmt Genosse Dienke und für Nichtenau Genosse Schwertner sowie der Restaurateur Paul Wulstake zur Einsichtnahme entgegen.
- Mahlsdorf (Löhne).** Am 6. April von 11-1 Uhr und am 7. und 8. April von 8-3 Uhr im Rathaus. Für diejenigen, welche verabschiedet sind, wird von folgenden Stellen aus Einsicht genommen: Mahlsdorf-Süd bei Gust. Dräger (Feldstr.) und Wader, Köpenicker Allee, Ecke Bänkerstr.; „Kolonie“ bei Linke, Gernowstr.; „Mahlsdorf-Nord“ bei Anders, Bahnhofsstr.
- Neuenhagen a. Späha.** Am 4. und 5. April im Gemeindebureau und beim Genossen G. von, Mollstr. 21, im Laden.
- Nieder-Schönhausen.** Am 5. 6. und 7. April vormittags von 8 bis nachmittags 3 Uhr im Rathaus, Zimmer 24. Am Sonntag, den 6., findet die Einsichtnahme in die Liste nachmittags von 1 bis 5 Uhr statt.
- Ober-Schöneweide.** Von Sonntag, den 3. April, bis Dienstag, den 5. April, im Gemeindebureau, Rüststr. 23, Zimmer Nr. 10, in der Zeit von 8-1 Uhr vormittags. Besonders sei noch auf die vom Wahlkreisrat angefertigten Abschriften der Urwählerlisten aufmerksam gemacht. Dieselben sind ebenfalls vormittags von 8-11 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr in Lokalen, welche noch näher bekanntgemacht werden.
- Pankow.** Am Sonnabend, den 5. April von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 6. April von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und am Montag, den 7. April von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus, Breitenstr. 25/26 im großen Sitzungssaal (1. Obergeschoß).
- Reinickendorf.** Am 5., 6. und 7. April im großen Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 28-30, westlich von 9 bis 3 Uhr, Sonntags von 9-10 und 12-3 Uhr. Abschriften der Urwählerlisten können bei den Bezirksführern des Wahlkreises eingesehen werden.
- Stralau.** Am 6., 7. und 8. April von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Rathaus, Zimmer 8.
- Weißensee.** Am 7., 8. und 9. April, im Rathaus, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Außerdem können die Listen den ganzen Tag im Lokal von Preller, Berlinstr. 10, eingesehen werden.
- Wilmersdorf.** Freitag und Sonnabend, vormittags bis 12 Uhr. Eine Abschrift hält Genosse Adolf Brand, Wilhelmstr. 29, bis 8 Uhr abends zur Verfügung.

Landtagswahlkreis Nühavelland-Spandau.

- Hallenbagen, Zegefeld.** Nur noch heute Freitag und morgen Sonnabend in den Gemeindebüros Hallenbagen und Zegefeld.
 - Spandau.** Am 6., 7. und 8. April im Rathaus, Potsdamer Str. 59, im Obergeschoß, in der Zeit von 8-1 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags.
- Diejenigen Wähler, die in Ermangelung von Zeit an der Einsicht in die Liste verhindert sind, wollen unter Beibringung ausreichender Legitimation einen bekannten Genossen mit der Einsichtnahme betrauen oder aber sich an den durch rote Plakate kenntlichen Stellen einzeichnen.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Kreis, Abt. 1b. Heute Freitag, den 4. April, findet die Abteilungsversammlung im Lokal von Liebart, Carmen-Engel-Str. 51, statt. Vortrag des Genossen Dr. J. Moses: 1913, ein Opferjahr. — Vorher um 7 Uhr von den Zahlabendlokalen: Flugblattverbreitung.

Neukölln. Die nächste Stunde des Kurzes „Redebungen“ findet am Sonnabend, den 5. April, statt. Am Sonntag, den 6. April, abends 7 Uhr, in Variétés Festhallen, Hermannstr. 49: Großer Experimentalvortrag über: Flüssige Luft. Vortragender Herr Dr. Boh. Racher Lanz, Wilhelmsstr. 20. Sind bei den Funktionären, in den bekannten Niederlagen und abends vor Beginn des Vortrags am Saaleingang zu haben.

Steglitz. Heute von allen Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung.

Stralau. Freitag, den 4. April, abends 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Weißensee. Am Sonntag, den 6. April, morgens 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Pankow. Heute, abends von 7 Uhr an: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Genossen zur Landtagssitzung in Oberbarnim treffen sich zu einer Besprechung am Sonnabend, den 5. April, abends 8 Uhr, bei Parfen, Wremsstr. 47/48.

Reinickendorf-West. Wegen der öffentlichen Versammlung am Sonntag findet die Besichtigung des Anlages in der Wiesenstraße nicht am Sonntag, den 6. April, sondern am Sonntag, den 13. April, statt. Vor und nach der Volksversammlung können die Abschriften der Landtagswählerliste eingesehen werden.

Oranienburg. Freitag abend von den bekannten Zahlabendlokalen aus: Flugblattverbreitung.

Hohen-Schönhausen. Heute Freitag, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Bernau. Heute abend: Flugblattverbreitung. Sonnabend, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Salzmann. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Aufstellung der Wahlmänner. 4. Verschiedenes.

Vorfladow-Wittenau. Heute Freitag, abends 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus.

Waldmannsdorf und Glienicke. Die Genossen finden sich am Sonntag mit ihren Frauen Punkt 12 Uhr in den bekannten Lokalen ein, um gemeinschaftlich nach der Protestversammlung in Hermisdorf zu gehen.

Berliner Nachrichten.

„Appetitliches“ aus einer Heimstätte.

Ueber die Berliner Heimstätte zu Malchow, die für krankenleidende Frauen und Mädchen bestimmt ist, sind uns Bescheidwerden zugegangen. Sie richten sich gegen Vorkommnisse, die geeignet sind, einem den Aufenthalt in einer solchen Anstalt gründlich zu verleiden. Tatsächlich haben denn auch ein halbes Duzend Patienten sich dadurch veranlaßt gefühlt, ihre sofortige Entlassung zu fordern, die ihnen gewährt werden mußte. Die Ursache des Verdrusses war wieder einmal das Essen, über das ja in Anstalten die Klagen nie ganz verstummen. Diesmal haben wir es aber nicht mit einer der üblichen Klagen zu tun, die der Aufenthaltende schämer brühen kann, nicht mit einer bloßen Bemängelung der Schmackhaftigkeit des Essens.

Es handelt sich diesmal um eine in der Heimstätte zu Malchow in der vorigen Woche vorgekommene Malfenerkrankung, die auf eine Mittagsmahlzeit zurückzuführen wird und nach Lage der Sache auch kaum anders zu erklären ist. Wenn Pflegegeschwestern davon betroffen worden wären, so hätte wahrscheinlich die bürgerliche Presse alarmierende Artikel gebracht und ohne weiteres von Vergiftungserscheinungen gesprochen. Wir erinnern daran, wie vor einigen Jahren im Birchow-Krankenhaus eine Anzahl Pflegegeschwestern nach Gemüß von Schabeleisch erkrankten und eine Vergiftung durch Fleischgeist angenommen wurde. Bei Patienten nennt man so etwas nicht Vergiftung, sondern tagiert es nur als Uebelkeit, die sich in Durchfall und Erbrechen äußert. Durchfall und Erbrechen traten auch bei Patientinnen der Heimstätte zu Malchow plötzlich auf, nachdem ihnen am Tage vorher ein Gericht Spinaat mit Bouqueten aufgesetzt worden war. Die Erkrankten vermuteten die Ursache nicht in den Bouqueten, bei deren Zubereitung wohl auch Fleischreste mitverwendet werden, sondern in dem Spinaat, der natürlich nicht aus frischem Gemüß, sondern aus Konserven zubereitet worden war. Der herbeigerufene Arzt schickte die Kranken ins Bett und ließ ihnen Gegenmittel reichen, worauf Besserung eintrat und im Laufe von 1 bis 1 1/2 Tagen Genesung erzielt wurde. Dem Gatten einer Patientin verschärfte auf Befragen die Oberschwester, sie wisse sich gar nicht zu erklären, wodurch die Erkrankung hervorgerufen sein könne. Von dem Spinaat habe doch auch das Personal gegessen, aber bei keinem sei ähnliches zu bemerken gewesen. Uns wird gesagt, daß Patientinnen, die den Spinaat verschmäht hatten, gesund geblieben seien. Das erst führte zu der Vermutung, der Spinaat sei die Ursache der Malfenerkrankung.

Noch hatte unter den Patientinnen die Aufregung über die der Oberschwester „unerklärlichen“ Erkrankungen sich nicht gelegt, als schon am vierten Tage nach dieser Affäre ein neues A u s s e h e n i g e l i c h d v i e n P a t i e n t i n n e n v ö l l i g d e n A p p e t i t v e r l o r b. Bei einem Mittagsmahl geschah's, daß die servierende Schwester Margarete, als sie mit der Suppenausstellung schon bei einem der letzten Teller angelangt war, plötzlich aus dem Suppentopf eine Maus herauslöschte. Erschrocken eilte sie mit dem Teller hinaus, um die unerwünschte Fleischbeilage den Augen der bereits ihre Suppe lösselnden Patientinnen zu entziehen. Aber schon war der Anlaß ihres Entsetzens bemerkt worden, und von Ekel geschüttelt legten die Wissenden die Köpfe weg. Bald lehrte die Schwester ohne das Mäuslein zurück, mit fragenden Blicken empfangen von den Patientinnen, denen die Ekstase vergan-

gen war. „Nein, essen Sie nicht,“ sagte sie jetzt, „da war eine Maus drin!“ Vorbei war's nun mit dem Appetit auch bei den anderen. Die Schwester fühlte das Reinkliche dieses Vorkommnisses, aber so sehr tragisch schienen sie es nicht zu nehmen. Schwester Jungard wußte der Sache sogar eine scherzhaftige Seite abzugewinnen und erzählte der Oberschwester eine Geschichte von einer Maus, die ihre Suppe fett gemacht habe, indem sie selber hineinbrang. Und die Oberschwester fand diesen Spaß so hübsch, daß sie ihn sogleich den Patientinnen wiedererzählte. Sollte ihnen das die üble Laune verschmecken, nachdem ihnen selber eine Mäusjesuppe serviert worden war? In einem gewöhnlichen Haushalt würde, wenn eine Hausfrau eine Maus im Suppentopf aufstülpte, vielleicht mancher sich versucht fühlen, das eine Schweinerei zu nennen. Bei einer Anstalt der Stadt Berlin soll man so etwas als ein Versehen hinnehmen, das schon mal vorkommen können. So ungefähr äußerte sich die Oberschwester, als noch an demselben Tage — es war Freitag — der Gatte einer Patientin sich darüber beklagte. Die Oberschwester behauptete auch hier, daß sie sich nicht erklären könne, wie das zugegangen sei. Zugegangen sein wird es sehr einfach. Die Heimstätte Malchow ist so sehr ein Tummelplatz der Mäuse, daß man sie geradezu als Mäuseparadies bezeichnen kann. Die Mäuse laufen dort nichts durch die Schlafträume und huschen über die Betten, und selbst am hellen Tage ist im Speiseaal beobachtet worden, daß während des Mittagsmahles ein Mäuslein furchtlos unter dem Tisch umherpazarierte. Kann man sich da wundern, daß in der Küche sich eine Maus im Suppentopf fing?

Die Mäusjesuppe verlor mehreren Patientinnen ihr letztes bißchen Laune. Ihrer fünf erklärten am Nachmittag der Oberschwester, daß sie nach diesen Erlebnissen genug von der Anstalt hätten und ihr sofort den Rücken zu wenden wünschten. Der Oberschwester war das sehr peinlich, aber sie mußte die fünf noch an demselben Tage von dannen ziehen lassen. Schon nach der Malfenerkrankung hatten zwei Patientinnen durch ihre schleunigst benachrichtigten Gatten sofort ihre Entlassung gefordert, die ihnen gleichfalls gewährt werden mußte. Wir nehmen an, daß die Leitung der Heimstätte bereits an das Heimstättenkuratorium über die Gründe dieses plötzlichen Verlangens der Patientinnen nach sofortiger Entlassung berichtet haben wird. Wird man in nächster Zeit durch eine amtliche Erklärung etwas Näheres über die Maus im Suppentopf erfahren? Und wird, was sehr viel wichtiger wäre, amtlich eine Meinung über die Ursache der Malfenerkrankung bekanntgegeben werden?

Ein zentrales Wasserverk für 20 Vorortgemeinden.

Am Damerichsee, zwischen Erkner und Rahndorf gelegen, soll zur Versorgung von etwa 20 Vorortgemeinden durch den Kreis Niederbarnim ein zentrales Wasserverk angelegt werden. Es ist aus diesem Anlaß in der Gegend von Hessewinkel und Erkner die Befürchtung entstanden, daß durch die Anlage, ähnlich wie bei den Brunnenwäldern, der Grundwasserspiegel sich senken oder gar der Damerichsee selbst gefährdet sein könnte. Dies ist jedoch ganz ausgeschlossen. Während die aneinandergereihten Brunnenwäldern bekanntlich keinen Zutluß haben und bedrohen bei Wasserentnahme sich senken müssen, ist der Damerichsee dem mächtigen Müggelsee vorgelagert und wird von der See durchgeflossen. Das zu erbauende Wasserverk liegt demgemäß in der wasserreicheren Gegend der Umgebung Berlins. Argwohn aber müssen natürlich Wasserhörsstellen für die Wasserversorgung der Bevölkerung angelegt werden. Die in Hessewinkel eingeleitete Protestbewegung dürfte keinen besonderen Erfolg haben, da sie von übertriebenen Befürchtungen geleitet wird.

Ueber den Plan, über den schon beim nächsten Zusammentritt des Kreisrates Beschluß gefaßt werden wird, erfahren wir das folgende: Die Wasserversorgung kommt fürs erste der Stadt Alt-Landsberg und den Landgemeinden Gelnick, Rahndorf, Kallberge, Nüdersdorf, Dahlmig, Münchehofe, Schöneiche, Klein-Schönebeck, Neuenhagen, Eggersdorf, Frederichsdorf, Petershagen, Talsdorf, Hennickendorf, Herzfelde und Weißsee zugute. Die Vorarbeiten und Versuche sind unter Teilnahme von Wasserbaufachmännern und Beteiligung der königlichen Versuchsanstalt für Wasserversorgung erfolgt. Das spezielle Projekt wurde vom Bauamt Mirau aufgestellt. Danach wird das Wasser in der Nähe des Damerichsees aus Tiefströmen gewonnen, durch eine Enteisungsanlage von Eisengehalt befreit und mittels einer das Versorgungsgebiet umschließenden Ringleitung den angeschlossenen Gemeinden und Gutsbezirken zugeführt. Zur Aufpeicherung des Wassers werden zwei Wassertürme erbaut, der eine auf dem Kranichberg bei Nüdersdorf, der andere in der Nähe von Alt-Landsberg. Das vom Flutau zu verwendende Grundstück liegt zwischen der Chaussee und der Eisenbahn Mahlsdorf-Erkner und hat nach Süden einen direkten Zugang zum See zur Herstellung einer Schiffsahrtsablage. Die Tiefströme werden sich an der Vahlsinia entlangziehen. Es handelt sich um ein 50 Morgen großes Waldgrundstück, das vom Forstmeister an den Kreis zum Durchschnittspreis von 130 M. pro Quadratmeter verkauft werden wird. Die gesamten Anlagekosten des Werkes belaufen sich auf 3 100 000 M.

Aus der „Zeit am Montag“ ist der Chefredakteur Karl Schmidt ausgeschieden. In seiner Wochenschrift „Die Tribüne“ legt er dar, daß Differenzen mit dem Verleger der „Zeit am Montag“ ihn zu seinem Ausscheiden veranlaßt hätten. Auch der Mitarbeiter der „Zeit“ Dr. Lauterbach hat seine Kündigung erhalten.

Die Sanierung der Luftfahrbetriebs-Gesellschaft.

Die Verhandlungen zwischen der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Luftfahrbetriebs-Gesellschaft und der Witterfelder Luftfahrzeug-Gesellschaft sind nunmehr glücklich zu Ende geführt worden. Die Luftfahrbetriebs-Gesellschaft in Witterfeld hat sich erboten, die zahlreichen Gläubiger des Berliner Unternehmens zu befriedigen und die Weiterführung des Betriebes zu übernehmen. Schon in den nächsten Tagen werden die beiden Ballone, der P. L. VI. und das kleinere Schiff, in gewohnter Weise ihre täglichen Passagierfahrten wieder aufnehmen. Ob die beiden Luftschiffe allerdings dauernd in Berlin bleiben werden, ist bis jetzt noch fraglich. P. L. VI. wird wahrscheinlich, wie bisher, auch in diesem Jahre wieder Flüge nach größeren deutschen Städten unternehmen und dort Passagierfahrten ausführen.

Eine Explosion

Am gestrigen Vormittag um 10 1/2 Uhr in der Schweigehalle von Anton, Reindorfstr. 57, statt. Ein Arbeiter war damit beschäftigt, ein leeres Benzinfäß zu schweißen, als dasselbe plötzlich explodierte. Der Deckel flog in großem Bogen über die umliegenden Häuser, die Fenster scheibeln in einem Umkreise von 10 Metern zertrümmert. Der Arbeiter trug Brandwunden im Gesicht davon. Dr. Jacobsohn leistete ihm die erste Hilfe, worauf er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus geschafft wurde.

Aus der Irrenanstalt Herzberge

Sind gestern zwei wegen Gemeingefährlichkeit internierte Geisteskranken entwichen. Sie unternahm mit noch zwei Kameraden gemeinsam einen Fluchtversuch. Sie durchbrachen die Linie der ausgeposteten Posten und bedrohten die Pfleger. Zwei Flüchtlinge wurden gefaßt und überwältigt, während zwei andere über die Umfassungsmauern entkamen, darunter ein alter Einbrecher namens Pöschke.

Durch ein Zehnjahre vertrat hat sich ein vielgeachteter Einbrecher, der sich seit acht Tagen unter dem Namen Ingenieur Kramer aus Frankfurt a. M. in Berlin aufhielt. Dem Kriminalbeamten Gehrig fiel auf einem Rundgang in einem Lokal im Norden der Stadt ein junger Mann auf, der das Geld mit vollen Händen ausgab. Obgleich der Zeiter Koffischel und Klinger trug, so kam ihm sein Gebaren doch verdächtig vor, und je länger und näher der Beamte ihn ansah, um so mehr erinnerte ihn seine Erscheinung an das Bild eines gewerkschaftlichen Einbrechers, der von mehreren Staatsanwaltschaften in West- und Süddeutschland gefaßt wurde. Gehrig beobachtete den jungen Mann und stellte so fest, daß er als Ingenieur Kramer in einem Hotel in der Chausseestraße wohnte. Dort suchte er ihn gestern nachmittags auf, um sich seine Papiere einmal anzusehen. Weil diese nicht ganz in Ordnung waren, so forderte er den Gast auf, mit ihm nach der Wache zu kommen. „Kramer“ ging auch zunächst ruhig mit. Auf der Straße aber versetzte er dem Beamten plötzlich einen Stoß vor die Brust, daß derselbe tonnenweit und hinfiel, ergriff dann die Flucht und lief die Friedrichstraße hinunter. Der Beamte raffte sich gleich wieder auf, verfolgte den Flüchtigen und rief durch ein Zeichen mit der Pfeife uniformierte Schutzmänner herbei, mit deren Hilfe er dann „Kramer“ an der Ecke der Nollatsstraße wieder festnahm. Auf dem Reiterwache verweigerte der Verhaftete jede Auskunft. Auf dem Polizeipräsidium aber erlosch man ihn bald als den Mann, den Gehrig in ihm vermutet hatte, den 21 Jahre alten Einbrecher Karl Böhlen, den die Staatsanwaltschaften von Hagen, Münster, Bielefeld, Frankfurt a. M. und München wegen schwerer Einbrüche suchten. Der Verbrecher, der jetzt diesen Staatsanwaltschaften vorgeführt wird, besaß noch 500 M. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei hatte er in Berlin in sechs Tagen für neue Kleidungsstücke, Kostüme und andere Geschenke an „Damen“ und Beherren schon über 1500 M. ausgegeben. Darnach scheint es, daß er nach einem größeren Beutezug unmittelbar nach Berlin gekommen war.

Durch das Fallen und Klagen eines Balons mit Salzsäure getriebenen die Bewohner des Hauses Dirsenstr. 42 in Gefahr. Der Balon war auf einem Treppendeckel geplogt und die Salzsäure zum Teil aufgelaufen. Die Dämpfe füllten den Treppenaufgang, weshalb die Feuerwehr alarmiert werden mußte, die jede Gefahr beseitigte.

Die zum Waschen eingeweihte Wäsche einer ganzen Familie wurde in der letzten Nacht im Hause Seelower Straße 18 gestohlen.

Am Portal der Irrenanstalt trug, Arbeitslosigkeit hat den 47 Jahre alten Arbeiter Karl V. aus der Friedenstraße 87 zum Selbstmordversuch getrieben. V. wurde gestern von dem Maschinenmeister an Eingangsportale der Irrenanstalt in Herzberge erhängt aufgefunden. R. schnitt den Lebensnerven sofort ab und unternahm Wiederbelebungsbemühungen, die auch Erfolg haben sollten. V. wurde sodann nach dem Rummelsburger Krankenhaus gebracht.

Wer ist der Tote? Aus der Spree gelandet wurde am Reichslager die Leiche eines jungen Mannes, der sich, wie mehrere Zeugen haben, vor einiger Zeit auf dem Gelände der Marschallbrücke sitzend eine Kugel in den Kopf schoß und dann hinterrücks in das Wasser fiel. Alle Nachforschungen nach seiner Leiche blieben erfolglos, bis sie jetzt zum Vorschein kam. Daß es sich um den Mann, auch wirklich handelt, geht aus schon daraus hervor, daß man mehrere Patronen in seiner Tasche fand. Außerdem stimmt die Beschreibung, die damals von dem Selbstmörder gegeben wurde, mit dem Aussehen des Geländeten überein. Dessen Persönlichkeit ließ sich jedoch bisher nicht feststellen. Wie es scheint, stammt er aus Breslau. Bei ihm vorgefunden wurde u. a. eine Karte, die er jedoch selbst geschrieben und an eine Frau gerichtet hat, die ihn nur flüchtig gekannt hat und keinerlei Angaben machen kann, die zu der Feststellung seiner Persönlichkeit führen könnten. Der Tote, dessen Leiche nach dem Schaulause gebracht wurde, ist ungefähr 16 bis 20 Jahre alt und 1,56 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, ein barloses Gesicht, blonde Augenbrauen, kleine Ohren und lüdenhafte Zähne und trug einen dunkelgrauen Jackettanzug mit der Firmenbezeichnung The American Central Hotel, Friedrichstraße 143/144, ein weißes Chemisett mit kleinen blauen Karos und schwarze Schuifische. Ein weißes Taschentuch, das man bei ihm vorfand, ist P. E. gezeichnet, ein Trauring, den er trug, N. A. 3 S. 1912 S. E.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Salensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Als die Stadtverordneten Mittwoch abend den Sitzungssaal betreten, fanden sie eine Einladung zu einem Bismarcksonnenfest. Das hat nun an sich nichts zu bedeuten; interessant ist nur, daß der Aufruf auch von fortschrittlichen sowie von katholischen und Zentrumsvereinen unterschrieben war und das, obgleich Bismarck sein Leben lang die Fortschrittspartei auf das Gehäßigste beschuldigt hat, und die Zentrumsparteie behauptet, daß heute noch die Katholiken schwerer unter einem von Bismarck geschaffenen Ausnahmegesetz leiden. Daß die Sozialdemokraten nicht über ein solches Maß von Selbstentäußerung verfügen, sollte sich bald zeigen. Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, worin zur Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums Wilhelm II. 200 M. als Beitrag zu einer vom Vorstand des Deutschen Städtetages beschlossenen Guldigungsadresse gezeichnet werden und ferner vorgeschlagen wird, dem Ausgleichsfonds ein Kapital von 100000 M. zu entnehmen, dessen Zinsen zu gemeinnützigen oder nützlichen Zwecken unter wesentlicher Berücksichtigung hilfsbedürftiger Kriegsteilnehmer verwendet werden sollen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender sprach Stadtverordneter Köhler die Hoffnung aus, daß die Versammlung aus Dankbarkeit gegen den Kaiser die Vorlage einstimmig genehmigen werde. Stadtverordneter Schröder erklärte, daß die sozialdemokratischen Vertreter die letzten seien, die den hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmern nicht eine möglichst kräftige städtische Beihilfe gönnen, insbesondere ihrer Meinung, daß für die Unterstützung der Veteranen in erster Reihe das Reich in Frage komme. Aus sei zugunsten, daß die vom Magistrat vorgeschlagene Form eine würdige sei, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wolle, daß die Freude am Regierungsjubiläum irgendwie zum Ausdruck kommen müsse. Aber eben die Annahme, daß ein solcher Anlaß vorliege, müßten die Sozialdemokraten von sich weisen, weil der derzeit in Preußen regierende Monarch eben ihren Idealen gegenüber den oft verkündeten Standpunkt, daß der Träger der Krone über den Parteien stehe, denn doch in zu drastischer Weise zum Ausdruck gebracht habe. Seine Stellung zu den Kämpfen der Ar-

beiterchaft im allgemeinen habe Wilhelm II. dadurch gekennzeichnet, daß er jeden, der Arbeiter, welche ihre Arbeit vollführen wollten, zum Streik anreize, mit Zuchthaus bestrafen wolle, und die Träger der sozialdemokratischen Ideen im besonderen habe er als eine Horde von Menschen bezeichnet, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen. Äußerungen ähnlicher Art aus dem Munde Wilhelm II. über die Fortkämpfer der großen sozialdemokratischen Kulturbewegung, der Millionen Deutscher mit Begeisterung anhängen, seien zu Dutzenden anzuführen; und diesen Tatsachen gegenüber wäre es für Vertreter der Sozialdemokratie eine einfache Selbstverständlichkeit, daß sie mit Entschiedenheit sich gegen die Bewilligung aller Mittel wenden, durch die eine Guldigung zum Ausdruck kommen solle.

In resigniertem Tone entgegnete Stadtverordneter Leidig hierauf, daß ja „bedauerlicherweise“ die antimonarchische Sozialdemokratie eine überaus zahlreiche Anhängerschaft aufweise, doch müßten alle übrigen Parteien, die jetzt noch die große Mehrheit bildeten, um so entschiedener ihre Ergebenheit dem Monarchen gegenüber zum Ausdruck bringen. In einem Zwischenruf entgegnete Schröder, daß es im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahlen mit der großen Mehrheit eine problematische Sache sei. Eine weitere Debatte über den als sehr kühn empfundenen Gegenstand wurde durch Annahme eines Schlußantrages abgebrochen. Mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen gab darauf die Stadtverordnetenversammlung der Magistratsvorlage ihren Segen.

Aus den weiteren Verhandlungen hebt wir hervor, daß die Veranlassung einer Magistratsvorlage zustimmte, wonach dem Vaterländischen Frauenverein für das von ihm unterhaltene Säuglingsheim 6000 M. als Beihilfe für das laufende Geschäftsjahr bewilligt werden sollte. Stadtverordneter Dräse teilte auf eine Anfrage des Stadtverordneten v. Nagow mit, daß der erwähnte Verein zwar die Einrichtung des Heims zum guten Teil aus eigenen Mitteln bestritten habe, jedoch trage die Stadt zu dem voraussichtlichen Defizit von 7800 M. die geforderte Summe bei. Stadtverordneter (Sog.) meinte bei dieser Gelegenheit, daß die angeführte Zahl doch die Schwärmer für die vielberufene freie Niederstätigkeit zum Nachdenken bringen solle. Wenn die Stadt fast das gesamte Risiko und außerdem noch die Mietkosten auf ihre Ruppe nehme, dann ziemt es sich einfach, die ganze gemeinnützige Einrichtung in eigener Regie zu verwalten.

Eine Magistratsvorlage, die für die auf dem städtischen Friedhof zu erbauende Leichenhalle mit Krematorium, für eine Urnenhalle und sonstige Neuerungen auf dem Friedhof die nötigen Mittel verlangte, wurde dem Finanzausschuß überwiesen, nachdem Stadtrat Heinrich an den Kostenschätzungen verschiedenes beantragt hatte.

Eine Vorlage, wonach Pflanzgelder, die im Besitze eines Vermögens von nicht mehr als 300 M. sind, als hilfsbedürftig angesehen werden sollen, fand Zustimmung.

Das Deutsche Institut für Weltliteratur will in einer Villa auf dem Joachimsthaler Gymnasialgrundstück die Öffentlichkeit dienlich machen. Es sollen dort Lesezimmer für Tageszeitungen, für technisch-gewerbliche sowie für sozialwissenschaftliche, philosophische und politische Zeitschriften eingerichtet werden; ferner will die Gesellschaft eine Handbibliothek, ein Zeitungs- und ein Kartenrepertorium der Weltliteratur herrichten. Alle diese Einrichtungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und zwar in der Weise, daß die Besucher einen Jahresbeitrag von 1 bis 2 M. zu zahlen haben. Gleich dem Berichtstatter Schulze bemängelte auch Stadtrat Schröder diese Einschränkung, die die nicht-sündige Benutzung des Instituts zur Unmöglichkeit mache. Wenn erwähnt werde, daß das Eintrittsgeld die Lebenshaltung durch Personen, die die Räume lediglich als Wärmeballe benutzen wollten, verhindern solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die unentgeltlich geöffneten Leseshallen der Stadt Berlin unter diesem vermeintlichen Vorwand nicht zu leiden hätten. Auch diese Vorlage ging an den Finanzausschuß.

Weiter erklärte sich die Versammlung mit der Annahme einer Erbchaft in Höhe von 56000 M. einverstanden, die die in Wilmerdorf verlebte Witwe Marie Pock der Stadt vermacht hat.

Rosenthal.

Entscheidung. Der Voranschlag schließt in Einnahme und Ausgabe mit 819 155,09 M. ab. Die Einnahmen der Allgemeinen Verwaltung betragen 14 834,83 M., die Ausgaben insgesamt 112 840,00 M. Der Beitrag für polizeiliche Zwecke ist auf 15 820 M. festgesetzt. Für gemeinnützige Anstalten und Wohlfahrtsvereinigungen, wie Verbandskrankenhaus, Säuglingsfürsorge usw. sind 19 820 M. vorgesehen. Genosse Wilbrodt beantragte die für die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz eingesezte Summe von 100 M. auf 200 M. zu erhöhen und den Titel als Beitrag an freiwillige Sanitätskolonnen zu bezeichnen. Dem Antrage wurde ohne Debatte zugestimmt. Zur Bildung eines Rücklagefonds für die in Aussicht genommene Straßenbahnvorlage wurden 9000 M. bewilligt. Der Voranschlag der Steuerverwaltung balanciert mit einer Einnahme von 279 487,67 M. und einer Ausgabe von 29 940,20 M. Bei dem Kapitel Schuldenverwaltung sind für die Regulierung der Kastanienallee 16 000 M. als Darlehen von der Kreisparlase angelehnt. Hierbei betonte Genosse Wilbrodt, daß es doch profittlicher sei, gleich die Durchlegung bis Nordend durchzuführen, um eine bessere Verbindung mit diesem Ortsteil herzustellen. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Aufnahme einer Anleihe von 170 000 M. von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg für den Bau einer Zentralschule und für Zwecke der Kanalisation, ferner für ein Darlehen von 113 700 M. erfordern 11 500 M. mehr für Verzinsung und Amortisation. Die hauptsächliche Unterhaltung der Straßen, Wege und Brücken ist mit 9555 M. veranschlagt, Straßenreinigung, Reinigung und Beleuchtung mit 10 000 M. Die Straßenerhaltung erfordert einen Zuschuß von 44 232,33 M. Eine scharfe Kritik übte unser Genosse beim Titel: Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Bürgersteige. Selbst bürgerliche Vertreter mußten anerkennen, daß die Kritik berechtigt sei. Bei Vergebung des Gemeinde-Spielplatzes verlangte Genosse Wilbrodt, daß derselbe allen Gemeindegliedern ohne Ansehen der Partei zur Verfügung gestellt wird. — Der Zuschuß zur Armenverwaltung beträgt 7348 M. Bei dieser Position vertriebs unser Vertreter auf die trostlose Verfassung des Armenhauses. Er beantragte, daß das Armenhaus in Wäldchen von der Bildsäule verschwinde und die Armen in Mietwohnungen untergebracht werden, um ihnen dadurch auch eher Gelegenheit zu geben, in geordnete Verhältnisse zurückzukommen. Es erfolgte einstimmige Annahme dieses Antrages. — Bei der Schulverwaltung ist ein Zuschuß von 99 911,65 M. erforderlich gegen 89 651 M. im Vorjahr. Für die Zwecke der Volksbibliothek und Jugendbücherei sollen 300 M. hergegeben werden. Im Jahre 1912 wurden für Schülerwanderungen und Unterbringung schwächerer Kinder in Erholungsheimen 1000 M. veranschlagt. Der Etat sieht wiederum Mittel für diesen Zweck vor. Das Wasserwerk hat 350 Anschlüsse zu versorgen, wofür eine Gebühreneinnahme von 67 200 M. eingestellt ist. Für Herstellung von Hausanschlüssen und sonstige Einnahmen sind insgesamt 68 350 M. veranschlagt. Der Schuldendienst erfordert die Summe von 40 518,74 M. Zum Reservefonds bleiben voraussichtlich 11 618,50 M. übrig. — Bei der Kanalisationsverwaltung geht der Voranschlag mit 30 912,50 M. auf. — Der Voranschlag für außerordentliche Einnahmen und Ausgaben beträgt 260 000 M. — Das Vermögen der Gemeinde beträgt A) an Kapital 136 087,13 M., B) an Baugrundstücken 2 432 900 M., zusammen 2 568 987,13 M. Die Schulden der Gemeinde betragen A) feste Anleihen 1 663 628 M., B) schwedende Anleihen 1 828 870,96 M. Genosse Wilbrodt beantragte, den Reservefonds von 10 000 M. für Zwecke des Rathausbaues zu streichen, da voraussichtlich in längerer Zeit nicht an den Bau desselben gedacht werden kann. Ebenfalls beantragte er die höhere Besteuerung der unbebauten Grundstücke zu Spekulationszwecken. Beide Anträge fanden keine genügende Unterstützung.

Ralsberge-Rüderdorf.

Ein entsetzlicher Unfall trug sich am Dienstag gegen Mittag in der Nähe der Rüderdorfer Portlandzementwerke von C. C. Wegener zu. Dort ging eine Frau Gehrmann aus Talsdorf den Weg an dem Eisenbahnsteig entlang, obwohl das Überschreiten dieses Weges verboten ist. Plötzlich brach ein Zug heran. Frau G. mußte der Gefahr, vom Zug überfahren zu werden, aus dem Wege gehen. Sie stellte sich auf diesem Grunde an die dicht neben dem Gleise befindliche Mauer der Wegener'schen Fabrik. Trotzdem wurde sie aber von dem Zuge erfasst und über zugerichtet. Sie wurde sofort in Hoffungsloftem Zustande in das Rüderdorfer Verbandskrankenhaus geschafft.

Ober-Schöneweide.

Die Turnstunden der Damenabteilung des Arbeiterturnvereins „Obersee“ haben am Donnerstag, den 3. April, wieder begonnen, sie finden fortan jeden Donnerstag, von 1/8—10 Uhr im Restaurant Wilhelmshof statt. Arbeiterinnen, die gewillt sind, sich der Damenabteilung anzuschließen, können sich an jedem Turnabend melden.

Cranienburg.

In einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am Dienstag wurde der als unbesoldeter Beigeordneter gewählte Stadtrat Emil Krehl eingeführt. Der stellvertretende Bürgermeister zu Puttlitz hob die Verdienste des neuen Beigeordneten während seiner 35jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter unserer Stadt hervor. — In der nun folgenden geheimen Sitzung schritt man u. a. zur Vorberedung der Wahl eines Vorstehers-Stellvertreters, welche durch das Ausschreiben des Beigeordneten Krehl bedingt ist. Aller Voraussicht nach dürfte dieselbe auf den Stadtw. Kiewow fallen.

Der neue Bürgermeister unserer Stadt, Herr v. Loebell, hat nunmehr sein Amt angetreten. Somit ist der seit nahezu 7 Jahren verwaiste Posten wieder ordnungsmäßig besetzt. Der seit sechs Monaten in kommissarischer Vertretung mit diesem Amt betraute Regierungsrat Herr zu Puttlitz hat seine Tätigkeit am Landratsamt in Rauen wieder aufgenommen.

Eine Masernepidemie, welche schon großen Umfang angenommen hat, veranlaßte unsere Fraktion in der vergangenen Woche, bei dem Magistrat Schritte zu unternehmen, um den Krankheitsherd einzudämmen. In diesem Antrage unserer Genossen wurde gefordert, daß es zweckmäßig erscheine, den Schulanfang hinauszuschieben, um so einer weiteren Ansteckungsgefahr vorzubeugen, zumal schon vor Ostern besonders die unteren Klassen zur Hälfte wegen dieser Krankheit die Schule meiden mußten. Der Magistrat hat dem Antrag unserer Genossen nicht stattgeben können, da ein beim Kreisarzt eingeholtes Gutachten dagegen spricht. Demgegenüber ist beachtet worden, daß Familien vorhanden waren, in denen sämtliche Kinder erkrankt waren. Auch bei der Einschulung sind Kinder bemerkt worden, welche im höchsten Stadium dieser Krankheit standen.

Jugendveranstaltungen.

Kopenick. Für die britische Schulentlassene Jugend findet am Sonnabend, den 3. April, im Stadtheater eine Jugendfeier statt unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Rammerchor“, ferner des hier bereits bekannten Musikdirektors Herrn A. Schorsch-Berlin. Außerdem haben ihre Mitwirkung zugesagt: Frau Frieda Kufchner (Gesang), Frau Hilde Schäfer, Frau Hedwig Bernhardt (Regulationen). Die Festeire wird Herr Walber Krawinkel, Eintritt 25 Pf. Jugendliche Verionen unter 18 Jahren haben freien Eintritt. Es wird erwartet, daß die Arbeiterkassen diese Veranstaltung nach besten Kräften unterstützen und für Massenbesuch Sorge tragen. Willens sind an den bekannten Stellen erhältlich.

Vorkladowe, Wittmann und Tegel. Sonntag, den 6. April, nachmittags 2 Uhr, findet in den Vorkladowe Festhallen, Konradstraße Ecke Spandauer Straße, eine öffentliche Jugendversammlung statt. Tagesordnung: „Die Ziele der freien Jugendbewegung“. Referent: Georg Kähler. Zeitlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Agitiert eifrig und erscheint in Massen.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Sonntag: Spielpartie nach Hertenberg. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr in Pankow, Nordbahnhof; abends 8 1/2 Uhr Jugendheim Tegel. Die Jugendlichen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Arbeiterturnverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Die zum Sonntag, den 6. April, angelegten Touren finden infolge der Demonstrationenversammlungen nicht statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen — Pankow —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht beantwortet. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbestätigung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

D. G. (G.) 6. Sprechen Sie beim Arbeitersekretariat, Engelstraße 14/15 (Gewerkschaftshaus), vor. — S. M. 65. 1. und 2. hängt von der Lage und der Tätigkeit der Straßbedor ab. — P. Z. 23. Eine Klage gegen den Verkäufer würde Erfolg haben, wenn Sie die von Ihnen bezogenen Versicherungen beweisen können. — W. S. 21. 1. Sofern Sie im Brautstande tätig waren, eine Versicherungspflicht nicht. 2. Werden die Kleidungsstücke auf Lager gehen. — G. 41. Die Einfindung einer solchen Erklärung ist nutzlos. Sie müssen für Vertretung im Termin Sorge tragen. Dem Vertreter müssen Sie schriftliche Vollmacht übermitteln. — Pöschmann, Pankow. Der Abzug des Krankengeldes war unbegründet. Ihre Tochter kann beim Kaufmannsgericht auf Zahlung Klage erheben.

Witterungsbericht vom 3. April 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Eminence	768	W	2	Dunkel	6	Saparanda	763	SW	1	Rebel	1
Damberg	769	NO	2	bedeckt	7	Cetersburg	765	W	1	Rebel	3
Berlin	767	W	2	bedeckt	9	Witten	768	NO	2	bedeckt	7
Frankf. a. M.	764	NO	2	Regen	7	Wittenberg	767	W	1	bedeckt	6
München	761	W	4	bedeckt	5	Paris	769	NO	2	wolkig	3
Wien	763	W	1	bed. dd.	10						

Wetterprognose für Freitag, den 4. April 1913.

Etwas kühler, nordwärtig wolkig mit leichten Regenschauern und stellenweise nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am 2.4.	am 3.4.	Wasserstand	am 2.4.	am 3.4.
Remel, Mühl	363	-23	Saale, Großh.	130	-4
Bregel, Ansbach	67	-11	Saale, Spandau	63	+3
Beigels, Thurn	229	-12	Saale, Rathenow	106	-4
Ober, Ratib	152	+2	Spree, Spremberg	84	0
Krosen	164	-7	Spreew. Seefrau	106	+2
Frankfurt	168	+8	Weser, Hörden	185	+1
Barthe, Schimm	96	-4	Weser, Hörden	286	-1
Landsberg	74	+1	Weser, Wilsleben	418	-2
Reze, Borkum	96	-6	Weser, Wilsleben	232	-10
Elbe, Zeitz	73	-4	Weser, Wilsleben	251	-18
Dresden	-30	-6	Weser, Wilsleben	106	-8
Berlin	265	-23	Weser, Wilsleben	172	-5
Magdeburg	221	-21	Weser, Wilsleben	97	-8

+) bedeutet Zufluß, — Zufl. — ? Unterpegel.

Eine Qualitätsmarke
ersten Ranges! Allbewährt,
überall beliebt und unübertroffen!

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf.

Man achte ausdrücklich auf den
Namen **Henkel** und weise
minderwertige Nachahmungen
zurück!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Heute Billige Lebensmittel

Soweit
Vorrat

Konserven

Elite-Stangen-Spargel	1/4 Dose 195
Stangen-Spargel extra stark	175
Stangen-Spargel II	140
Bruchspargel extra stark . . .	145
Bruchspargel I	125
Bruchspargel II	100
Kaiser-Schoten fein	105
Junge Schoten extra fein . . .	85 Pf.
Junge Schoten I	70 Pf.
Junge Karotten	48 Pf.
Schoten u. Karotten II . . .	55 Pf.
Leipziger Allerlei extra fein .	95 Pf.
Kohlrabi in Scheiben, mit Grün .	27 Pf.
Karotten geschnitten	27 Pf.
Spinat	38 Pf.
Preisselbeeren	68 Pf.
Erdbeeren	88 Pf.

Fische

Lebende Hechte	Pfund 95 Pf.
Aale mittelstark	Pfund 125
Spiegelkarpfen 4-6 Pfd. schwer .	Pfund 88 Pf.
Frische grosse Plötzen	Pfund 25 Pf.
Kabliau im ganz., ohne Kopf	Pfund 13 Pf.
Seelachs i ganz., ohne Kopf	Pfund 10 Pf.
Schellfisch	Pfund 15, 25 Pf.
Seemuscheln	100 Stück 25 Pf.
Bratschollen	Pfund 8 Pf.

Wild und Geflügel

Brathühner	Stück 1 ⁵⁰ bis 2 ⁹⁵	Fasanen	Stück 2 ²⁵ bis 3 ⁰⁰
Suppenhühner	Stück 1 ⁵⁰ bis 2 ⁷⁰	Kaninchen wild, gestreift	Stück 80, 90 Pf.
Enten	Stück 2 ⁶⁰ bis 3 ⁷⁵	Rehkeulen	Stück 6 ⁵⁰ bis 7 ⁷⁵
Tauben	Stück 45, 60, 80 Pf.	Rennier Ragout	Pfund 35 Pf.
Junge Gänse	Pfund 1 ¹⁰	Blatt Pfund 70 Pf. Keule Pfund 1 ¹⁰ Rücken Pfund 95 Pf.	

Frisches Fleisch

Ochsenfleisch

Schmorfleisch	Pfund 85 Pf.
Kamm-Querrippe	Pfd. 65 Pf.
Brust-Fehrippe	Pfund 75 Pf.
Gulasch	Pfund 65 Pf.
Roastbeef ohne Knochen	Pfd 1 ⁴⁰

Kalbfleisch

Keule Nierenbraten im ganzen	Pfund 95 Pf.
Kamm	Pfund 75 Pf.
Brust-Bug	Pfund 80 bis 90 Pf.
Haxe	Pfund 65 Pf.
Schnitzel	Pfund 2 ⁰⁰

Schweinefleisch

Kamm u. Schuft	Pfund 90 Pf.
Kotelett	Pfund 1 ⁰⁰
Schinken u. Blatt im ganzen	Pfund 85 Pf.
Eisbein Dickbein	Pfund 70 Pf.
Kabier	Pfund 90 Pf. bis 1 ⁰⁵

Hammelfleisch

Dünnung	Pfund 70 Pf.
Keule	Pfund 1 ⁰⁰
Rücken	Pfund 95 Pf.
Rinderfilet ausgeschält im ganzen	Pfund 1 ³⁰

Obst und Gemüse

Blutapfelsinen Dtz.	30, 45, 60 Pf.
Apfelsinen	Dtz. 30, 40, 50 Pf.
Kochäpfel	Pfund 12 Pf.
Kalif. Äpfel	Pfund 25, 35 Pf.
Amerik. Äpfel	Pfund 20, 25 Pf.
Ananas	Pfund 65, 70 Pf.
Mandarinen	Pfund 20, 25 Pf.
Tafelbirnen (Amorellen)	Pfund 30, 35 Pf.
Blumenkohl	Kopf 5, 10, 15 Pf.
Schlangengurken	Stück 30 Pf.
Salat	2 Kopf 15 Pf.
Chicorée	2 Pfund 35 Pf.
Schwarzwurzeln	5 Pfund 30 Pf.

Wurstwaren

Feine Leberwurst	Pfund 110
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Westfäl. Mettwurst	Pfund 115
Leberrotwurst	Pfund 115
Jagdwurst	Pfund 105
Schinkenspeck	Pfund 125
Mausschinken	Pfund 135
Teewurst	Pfund 115
Zerelat u. Salami	Pfund 130

Frisch. Maitrank aus Mosel-Wein 1⁰⁰

aus Rhein-Wein 75 Pf. Apfel-Wein 60 Pf.

Himbeersaft garantiert rein, mit Raffinade eingekocht 60 Pf. Literflasche

Aktiengesellschaft für chemische Produkte

vormalig H. Scheidtmann
Berlin

Bilanz-Konto per 30. September 1912

Aktiva		Passiva	
RM.	RM.	RM.	RM.
Grundstücke, Gebäude, Fabriken- und Bureaueinrichtungen	6021744,25	Kapital	11000000,--
Effekten und Beteiligungen	16500712,63	Reservefonds	7349479,53
Raffa	58852,56	Spezial-Reservefonds	525000,--
Briefe	9051,70	Versicherungsfonds	275000,--
Banknoten	10698,52	Unbesohbene Einlagen	2790,--
Debitoren	8375233,--	5%ige Anleihe aus 1909 unipr. Beitrag 3600000	
Waare	52050,--	bis h. Abfall	223000
Baren- und Material-Vorräte	1546813,73	5%ige Anleihe aus 1909 verleiht nicht eingelöste Obligationen	18300,--
		Restkapital auf erworbenene Fabriken:	
		unrückzahl. Betr. 3585000	
		bis h. Abfall	2706000
		Obligationen und Partial-Obligationen	348750,99
		Anleihe-Zinsen-Einzugs-Konto	65936,67
		Schuldoren	7057202,14
		Bank-Anleihe	52050,--
		Gewinn- und Verlust-Konto	2720475,50
		Storno ab:	
		Abf. d. d.	512860,44
		Gewinn	2207615,06
			83175184,39
			83175184,39

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1911/12

Soll		Haben	
RM.	RM.	RM.	RM.
Allgem. Spesen-Konto	841003,84	Gewinn-Vortrag aus 1910/11	100884,21
Steuern u. Verzögerungen	243348,25	Erträge aus Fabriktion u. Beteiligungen	3859200,41
Reparaturen	241682,08	Verkauf und Miets	65405,05
Bilanz-Konto:			
Abf. d. d.	512860,44		
Gewinn	2207615,06		
	4026489,67		4026489,67

Schulpflichtige Kinder

Wird der Uebertragung von Haar-krankheiten besonders zugesehrt. Durch regelmäßige Waschungen der Kopfhaut und der Haare mittelst

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“

wird diese Gefahr vermindert, wenn nicht beseitigt. Das millionenfach bewährte Haarpflegemittel „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ macht das Haar schuppenfrei, glänzend und gibt auch kürzlichem Haar volles Aussehen. — Man verlange beim Einkauf ausdrücklich „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ mit der nebenstehenden Schutzmarke und lehne Nachahmungen der Original-Fabrikates kategorisch ab. (Paket 20 Pf., 7 Pakete M. 1,50), auch mit El., Teer-, Kamillen-, Schwefel-, Lanolin-, Peru-Tannin-, Kräuter-, Birkenbalsam- oder Sauerstoff-Zusatz (Paket 25 Pf., 7 Pakete M. 1,50), in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.



Schutzmarke. Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N27.

Sängerabteilung I. Süd-Ost

M. d. A. S. B. — Chorleiter: Herr Paul Kurz.

Sonntag, den 6. April 1913:

Weiterer Konzert-Abend

in der **Brauerei Friedrichshain.**

Mitwirkende: Frau Anni Sander, Vortragskünstlerin

Herr Armin Liebermann (Cello).

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Billets im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.

Rauchen nicht gestattet.

Gegen die Polenpolitik!

In unserer Verlage ist erschienen:

Die preußische Polenpolitik.

Von **Hermann Wendel.**

Preis 1,20 RM. Ungefährte Vereinstausgabe 60 RM.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Engelhardt



Special hell

Ein Qualitätsbräu

Wurstwaren, Lebensmittel usw.

zu Engros-Preisen!

Prima Gohseiner, Thüringer-, Cervelat- und Salamtwurst	pro Pfund bei 5 Pfund 1.30 RM.
Feine Leber-, Braunschweiger, Land-, Leber-, Jagd- und Fleischwurst	bei 5 Pfund 90 Pf.
Mettwurst, Grün- und Rotwurst	bei 5 Pfund 70 Pf.
1a. Zwiebelleber- und Rotwurst	bei 5 Pfund 55 Pf.

Freitags und Sonnabends besonders billige Tage in sonstigen Lebensmitteln.

Billigste Bezugsquelle für Restaurateure und Metzgermeister.

Walter Steller vorm. J. Kabitz
Stadtbahnhofen 20, Gontard-Strasse
vis-à-vis vom Eingang der Zentral-Markthalle. — Tel.: 10 592.

Heines Werke | Reuters Werke
3 Bände 4 Mark | 3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts | Buchhandlung Vorwärts

Dichte Dächer — Farbige Dächer — Neue Dächer

Dachpax-Fabrikate!

Dachpax schwarz zur Reparatur und Anstrich — nicht tropfend! Pixfarbe weiß, rot, grün usw. Pixpappe unübertroffen! Farbige Carbolineum zur Holzimprägnierung! Streichfertige Farbe für alle Zwecke. — Preise, Gebrauchsangeweisungen, Rat usw. franko und kostenlos!

Dachpax-Gesellschaft, Klemann & Co., G. m. b. H., Berlin S. 61, Planufer 35. Telefon: Moritzpl. 1936.

